

Eilers, Lea et al.

Research Report

Untersuchung im Rahmen der Ausgestaltung des Demografieportals des Bundes und der Länder

RWI Projektberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Eilers, Lea et al. (2014) : Untersuchung im Rahmen der Ausgestaltung des Demografieportals des Bundes und der Länder, RWI Projektberichte, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/111437>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Untersuchung im Rahmen der Ausgestaltung des Demografieportals des Bundes und der Länder

Forschungsprojekt im Auftrag des Beschaffungsamt des
Bundesministeriums des Inneren

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Dr. Henning Osthues-Albrecht; Reinhold Schulte (stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerkhoff;
Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;
Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber; Hermann Rappen; Reinhard Schulz;
Dr. Michael N. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Lars P. Feld; Prof. Dr. Stefan Felder;
Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl, Ph.D.; Prof. Dr. Justus
Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger; Prof. Regina T.
Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Projektbericht

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Germany

Phone +49 201-81 49-0, Fax +49 201-81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2014

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

**Untersuchung im Rahmen der Ausgestaltung des Demografieportals des Bundes
und der Länder**

März 2014

Forschungsprojekt im Auftrag des Beschaffungsamt des Bundesministeriums
des Inneren

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Untersuchung im Rahmen der Ausgestaltung des Demografieportals des Bundes und der Länder

März 2014

Forschungsprojekt im Auftrag des Beschaffungsamt
des Bundesministeriums des Inneren

Projektbericht

Projektteam

Lea Eilers, Martina Köster, Dr. Uwe Neumann, Adam Pilny, Dr. Sandra Schaffner (Projektleiterin), Dr. Markus Scheuer, Barbara Treude

Das Projektteam bedankt sich herzlich bei Katharina Brach, Ulrike Schild, Daniela Schwindt und Sabine Weiler für die Unterstützung bei der Erstellung des Berichts.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 3

2. Studien und Berichte 5

2.2 Der demografische Wandel in Baden-Württemberg – Herausforderungen und Chancen 6

2.3 Hessen Land der Einzelkinder – 6. Hessischer Familienbericht 7

2.4 Bildung im Zeitalter des demografischen Wandels – Vierter Bildungsbericht 8

2.5 Dank Elterngeldreform beziehen mehr Väter Elterngeld 9

2.6 Auswirkungen des demografischen Wandels auf Pflege und Grundsicherung in Sachsen 10

2.7 Dorfmanager könnte schrumpfende Regionen aktiv begleiten 12

2.8 Landbewohner kaufen lieber in großen Supermärkten als bei Tante Emma 13

2.9 Viele Ausländer ziehen nach Deutschland, viele Deutsche ziehen weg 14

2.10 Familienatlas 2012 bewertet Regionen nach Familienfreundlichkeit 15

2.11 Väter verbringen durch das Elterngeld mehr Zeit mit ihren Kindern 16

2.12 Nordrhein-Westfalen: Manche Regionen werden schrumpfen, andere wachsen 17

2.13 Förderprogramme in den Neuen Bundesländern könnten noch besser abgestimmt werden 18

2.14 Bevölkerung Brandenburgs sinkt - 3. Demografiebericht des Landes 19

2.15 Deutschlands Familienpolitik fehlt ein ganzheitliches Konzept 20

2.16 Ohne Migranten würde Hessens Einwohnerzahl schrumpfen 21

2.17 Demografischer Wandel lässt Zahl der Krankenhausfälle und Pflegebedürftigen steigen 22

2.18 Demografischer Wandel lässt Schülerzahlen sinken 23

2.19 Neue Bundesländer am stärksten vom Rückgang der Erwerbspersonenzahl betroffen 24

2.20 Immer mehr ältere Arbeitnehmer 25

2.21 Altersgerechte Arbeitsgestaltung im demografischen Wandel 26

2.22 Wohlstand hängt von der Gesundheit Älterer ab 27

2.23 Wie Hessen dem demografischen Wandel trotzt 28

2.24 Die Stadt Oldenburg im demografischen Wandel 29

2.25 Wegfall der Frühverrentung: Risiken und Nebenwirkungen 30

2.26 Gemeinsam gegen regionale Schrumpfung 31

2.27 Demografischer Wandel: Bedarf an Grundschulen in Brandenburg sinkt 32

2.28 Lebenssituation im Alter zunehmend gut 33

2.29 Der demografische Wandel im Bürgerdialog 34

2.30 Migranten im Alter deutlich schlechter gestellt 35

3. Statistiken 36

3.1 Je kleiner die Kinder, desto häufiger arbeiten Mütter Teilzeit 36

3.2 Berufssoldaten sind die jüngsten Pensionäre, Länderbeamte die ältesten 38

3.3 Ältere im Osten stärker auf gesetzliche Rente angewiesen als im Westen 40

3.4 Chinesische Studenten erobern deutsche Hochschulen 42

3.5 Zuwanderung vor allem nach Süddeutschland 44

3.6 Deutlich mehr Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Ostdeutschland 46

3.7 Akademikerinnen im Westen bleiben am häufigsten kinderlos 48

3.8 Versorgungsleistungen für Länder steigen in den kommenden 25 Jahren 50

3.9 Westdeutsche Frauen bekommen häufig sehr kleine Renten - Ungleiche Verteilung der Rentenhöhe zwischen alten und neuen Bundesländern 52

3.10 Bessere Erreichbarkeit von Oberzentren im Westen 54

3.11	Vor allem westdeutsche Frauen beziehen im Alter Grundsicherung	56
3.12	Ostdeutsche Frauen erhalten höhere Renten	58
3.13	Renten von Männern auf dem Land niedriger	59
3.14	Demografischer Wandel beeinflusst die Zahl der Erwerbstätigen	60
3.15	Viele Erwerbstätige wohnen im Umland der Großstädte.....	62
3.16	Allgemeinärzte: Niedrigste Dichte in den neuen Bundesländern und Nordrhein-Westfalen	64
3.17	Demografischer Wandel lässt Schülerzahlen drastisch sinken	66
3.18	Zuwanderer nach Deutschland immer besser ausgebildet	68
3.19	Sicherung der Daseinsvorsorge ist in ländlichen Regionen besonders große Herausforderung.....	70
3.20	Demografischer Wandel ist Herausforderungen bei der Stärkung der Wirtschaftskraft	72
3.21	Ballungszentren haben größten Bedarf an Integrationsleistungen.....	74
3.22	Herausforderungen des demografischen Wandels regional sehr unterschiedlich	76
3.23	Migranten sind weniger oft erwerbstätig.....	78
3.24	Jeder dritte Deutsche engagiert sich im Ehrenamt	80
3.25	Höhere Lebenserwartung von Frauen in Deutschland – Unterschiede im Gesundheitszustand.....	82
3.26	Auf einen Beitragszahler kommen immer mehr Rentner.....	84
3.27	Viele Migranten bleiben langfristig in Deutschland.....	86
3.28	Städtische Regionen haben höheren Anteil an Abiturienten	88
3.29	Pflegequote steigt deutschlandweit, aber es gibt regionale Unterschiede.....	90
3.30	Deutschland Erwerbsbevölkerung altert	92
4.	Literaturverzeichnis	94

1. Einleitung

Deutschland ist wie viele andere entwickelte Länder von einem starken demografischen Wandel geprägt. Zum einen führen ein veränderter Lebenswandel und eine bessere medizinische Versorgung zu einem längeren Leben, während gleichzeitig die Geburtenraten sinken bzw. stagnieren. So ist die Bevölkerung von 82,3 Mill. im Jahr 2000 auf 80,4 Mill. Personen im Jahr 2012 zurückgegangen (Statistisches Bundesamt), während sich der Anteil der unter 25-Jährigen von 26,8% auf 24,7% im Jahr 2011 verringert hat und die über 65-Jährigen nun 41,2% der Bevölkerung ausmachen (33,1% im Jahr 2000). Insgesamt schrumpft also die Bevölkerung und wird dabei gleichzeitig immer älter. Dies hat viele Auswirkungen, unter anderem auch auf die Sozialversicherungssysteme und öffentlichen Haushalte, da immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentnern gegenüber stehen. Damit dieses Missverhältnis dauerhaft aufgefangen werden kann, sind sowohl Anpassungsmechanismen in den Sozialversicherungssystemen als auch im gesellschaftlichen Leben nötig.

Politische Herausforderungen zeigen sich zum einen darin, den demografischen Wandel abzubremsen, und zum anderen darin, Strukturen an die veränderte Bevölkerung anzupassen. Eine Instrument, um den Rückgangs an Erwerbstätigen abzubremsen, stellt langfristig die Erhöhung der Fertilität sowie mittelfristig der Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen dar. Einige familienpolitische Maßnahmen, wie das Elterngeld oder der Rechtsanspruch auf Kita-Plätze, haben zum Ziel die Erwerbstätigkeit (von Frauen) zu erhöhen. Erwerbstätigkeit und Einkommen lassen sich auch durch gute Ausbildung aufgrund verbesserter Arbeitsmarktchancen erhöhen. Nicht nur aus diesen Gründen ist die Förderung von Bildung und Weiterbildung insbesondere in Zeiten des demografischen Wandel ein sehr wichtiges Thema. Neben der klassischen Bildung im Schulalter oder als junge Erwachsene spielt frühkindliche Bildung aber auch lebenslanges Lernen in Form von Weiterbildung eine immer größere Rolle.

Immer mehr ältere Menschen, die immer länger leben – und dies meist nicht in der Großfamilie, führen entsprechend auch zu einem veränderten Lebenswandel der älteren Generation. Ältere Menschen haben andere Ansprüche an ihr Umfeld, wie Wohnungen und Infrastruktur, sodass Themen wie barrierefreies Wohnen immer wichtiger werden. Gleichzeitig steigen durch eine höhere Lebenserwartung auch die Gesundheits- und Pflegekosten, was dazu führt, dass die entsprechenden Sozialsysteme immer wieder an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen, damit die Kosten die Einnahmen nicht dauerhaft übersteigen und gleichzeitig die Versorgung aller gewährleistet bleibt.

Diese deutschlandweite Entwicklung ist jedoch in den einzelnen Regionen Deutschlands unterschiedlich stark ausgeprägt. So sind zum einen starke Ost-/West-Unterschiede und zum anderen starke Stadt-/Land-Unterschiede zu beobachten. Zwar sind Geburtenraten und Lebenserwartung ähnlich, aber innerdeutsche Migration insbesondere vom Land in die Ballungsgebiete führt zu unterschiedlich stark ausgeprägtem demografischem Wandel. Entsprechend stehen auch die einzelnen Regionen und ihre Entscheidungsträger vor unterschiedlichen Herausforderungen und Chancen.

Aus diesen Gründen hat die Bundesregierung eine Demografiestrategie entwickelt, in deren Rahmen auch ein ebenenübergreifendes Demografie-Portal aufgebaut wurde. Es soll die verschiedenen Handlungsfelder zusammenführen und dabei Informationen bereitstellen, demografische Themen aktuell aufbereiten, gelungene Projekte beispielgebend herausstellen und zu einem breiten und intensiven Demografiediskurs anregen. Das Demografieportal des Bundes und der Länder soll über Fakten zum demografischen Wandel informieren aber auch als

Austauschplattform aller Beteiligten dienen. Es gliedert sich in die Themen „Demografischer Wandel“, „Familie, Kinder und Jugend“, „Leben im Alter“, „Stadt, Land und Infrastruktur“, „Interkommunale Zusammenarbeit“, „Arbeit, Fachkräfte und Wirtschaft“, „Bildung und Qualifizierung“, „Gesundheit und Pflege“, „Verwaltung und Finanzen“ sowie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Der Aufbau und die Pflege des Portals wurden dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) übertragen.

Das RWI hat 30 Studien und Berichte für das Demografieportal zu demografischen Themen zusammengefasst. Diese Studien und Berichte sollen das Demografieportal ergänzen und umfassen eine Vielzahl an wichtigen Themen des demografischen Wandels. Dabei handelt es sich unter anderem um Länderberichte zum demografischen Wandel, um Studien zu familienpolitischen Maßnahmen wie das Elterngeld, Studien zur Alterung der Gesellschaft sowie Berichte zur Migration in Deutschland und zur regionalen Schrumpfung.

Zu den verschiedenen Themen des Demografieportals wurden zudem 30 Statistiken beschrieben.. Die verschiedenen Statistiken handeln u.a. von der Erwerbstätigkeit, dem Renteneintritt sowie der Einkommenssituation im Alter, Erreichbarkeiten und regionale Versorgung sowie der Zuwanderung nach Deutschland. Dabei befassen sich viele der Statistiken mit der regionalen Heterogenität innerhalb Deutschlands

Die Zusammenfassungen der Studien sowie die Beschreibungen der Statistiken folgen in den nachfolgenden beiden Kapiteln.

2. Studien und Berichte

2.1 Soziale Sicherungssysteme brauchen Reformen, um stabil zu bleiben

Die Studie der Kommission „Die Zukunft der Arbeitswelt“ der Robert-Bosch-Stiftung fasst die Herausforderungen des demografischen Wandels für Deutschland zusammen und macht Handlungsvorschläge, insbesondere wie das Arbeitsangebot bis zum Jahr 2030 gesichert werden kann und welche Reformen der sozialen Sicherungssysteme nötig sind. Untersucht werden sechs Handlungsfelder: Arbeitsmarkt, Unternehmenspolitik, Sozialpartnerschaft, Bildungs- und Qualifizierungssystem, Arbeitsrecht und Soziale Sicherung. Dabei wird eine Kombination verschiedener Maßnahmen vorgeschlagen.

Prognosen der Kommission der Robert-Bosch-Stiftung sagen voraus, dass die Zahl der Menschen im Kernerwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren zwischen 2010 und 2030 um 6,1 Millionen bzw. 12 % sinken wird, während die Zahl der Älteren steigen wird. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich nach dem Jahr 2030 noch deutlich verstärken. So wird sich der Altenquotient – die Anzahl der über 65-Jährigen je 100 Personen im Alter zwischen 20 bis unter 65 Jahren – bis zum Jahr 2060 wohl fast verdoppeln.

Diese Entwicklungen stellen den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, könnte das Arbeitsangebot durch drei verschiedene Szenarien stabilisiert bzw. gesteigert werden, die im Detail analysiert werden: Zunächst könnte die Zahl der Erwerbstätigen erhöht werden. Dies ließe sich durch eine längere Lebensarbeitszeit, höhere Beschäftigungsquoten von insbesondere Frauen und Älteren, bessere Integration von Migranten und stärkere Zuwanderung erreichen. Zweitens könnte die Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigem durch mehr Arbeitsstunden oder eine geringere Teilzeitquote erhöht werden und drittens könnte die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Letzteres lässt sich mit einer verbesserten Qualifizierung, lebenslangem Lernen und mehr Innovationen erreichen.

Aufgrund ihrer Szenarien empfehlen die Autoren konkrete Reformen und Maßnahmen. Darunter fallen etwa, die Kinderbetreuung auszubauen und zu verbessern sowie das Ehegattensplitting durch ein Kindersplitting zu ersetzen. Des Weiteren seien Reformen der Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse, des Bildungssystems und des Elterngelds nötig. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme sollte die Lebensarbeitszeit durch eine Anpassung des Rentenalters erhöht werden. Außerdem sind Veränderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung nötig; hier wird eine Bürgerprämie vorgeschlagen. Auch auf Seite der Tarifpartner und Unternehmen sind Änderungen nötig. Hier schlagen die Autoren unter anderem eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung und organisation insbesondere Älterer vor. Einzelmaßnahmen reichen jedoch nicht aus, um die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Vielmehr müsste ein Bündel an Reformen umgesetzt werden.

Studie

Norbert Walter, Heinz Fischer, Peter Hausmann, Hans-Peter Klös, Thomas Lobinger, Bernd Raffelhüschen, Jutta Rump, Susan Seeber, Michael Vassiliadis (2013). Die Zukunft der Arbeitswelt - Auf dem Weg ins Jahr 2030.

2.2 Der demografische Wandel in Baden-Württemberg – Herausforderungen und Chancen

Der Bericht des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg stellt die Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen des demografischen Wandels im Bundesland dar. Beleuchtet werden alle Lebensbereiche, die vom demografischen Wandel beeinflusst sind. Zudem werden die sich ergebenden Konsequenzen und Chancen dargestellt.

Ausgehend von Voraussrechnungen beschreibt der Demografiebericht die demografische Entwicklung des Landes Baden-Württemberg – beginnend bei der Geburtenentwicklung und ihren Einflussfaktoren bis hin zur steigenden Lebenserwartung. Er analysiert die zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem sowie beispielsweise Sportvereine oder den PKW-Bestand. Aber auch die Folgen für die Sozialversicherung und die zukünftige Pflegebedürftigkeit bzw. der daraus folgende Bedarf für Pflegepersonal werden berücksichtigt. Abschließend werden die Ergebnisse für das Land Baden-Württemberg mit den Entwicklungen in Gesamtdeutschland und anderen Bundesländern sowie im weltweiten Kontext verglichen.

Ein Schwerpunkt des Berichtes liegt auf den Chancen und Konsequenzen, die sich aus der demografischen Veränderung Deutschlands ergeben. Zusammengefasst lauten sie: Die geringe Geburtenrate und die dadurch kleiner werdenden Schulklassen können genutzt werden, um die Unterrichtsqualität zu verbessern. Die schrumpfende Erwerbspersonenzahl kann hingegen durch eine höhere Erwerbsbeteiligung aufgefangen werden, insbesondere durch eine steigende Beteiligung der Frauen.

In Bezug auf das steigende Lebensalter wird auch von steigendem Konsum ausgegangen. Denn je länger Menschen leben, desto länger konsumieren sie. Hier eröffnen sich neue Wachstumschancen, beispielsweise im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen und der Freizeitgestaltung. Ältere besitzen ein beachtliches Kaufpotenzial: das Nettoeinkommen eines Haushalts in Baden-Württemberg, dessen Haupteinkommensbezieher zwischen 65 und 80 Jahre alt ist, liegt minimal unter dem eines Haushalts mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. Im Alter zwischen 55 bis 65 Jahren liegt das Nettoeinkommen sogar ein Viertel über dem des ‚jungen Haushalts‘. Die bessere körperliche Verfassung Älterer führt auch zu einer steigenden Beteiligung dieser Generation in Sportvereinen, Bürgerstiftungen und der Jugendarbeit. Diese Aktivitäten könnten das Miteinander der älteren und jüngeren Generation fördern.

Im Jahr 2050 wird die Altersstruktur Baden-Württembergs voraussichtlich im bundesdeutschen Durchschnitt liegen. So wird es Anteile von 15% der unter 20-Jährigen, 52% der 20- bis 64-Jährigen und 33% der über 65-Jährigen haben. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland zu den Ländern gehört, für die eine schrumpfende Bevölkerung zu erwarten ist, während die durchschnittliche Bevölkerung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union leicht steigen wird.

Bericht

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2009), Der demografische Wandel in Baden-Württemberg Herausforderungen und Chancen. Reihe Statistische Analysen, 1/2009.

2.3 Hessen Land der Einzelkinder – 6. Hessischer Familienbericht

Das Hessische Sozialministerium hat im Mai 2013 unter dem Titel „Hessen hat Familiensinn“ den 6. Hessischen Familienbericht veröffentlicht. In ihm werden vor allem die Entwicklung der Familienzusammensetzung, der Kinderbetreuung, der frühkindlichen Bildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium in Hessen betrachtet. Außerdem werden familienpolitische Maßnahmen des Landes vorgestellt.

In Hessen leben immer mehr Personen im jüngeren und mittleren Lebensalter in Einpersonenhaushalten. Zwar werden weiterhin viele Ehen geschlossen, jedoch lebensbiografisch immer später. Zudem werden auch viele Ehen wieder geschieden. Die „traditionelle Ehe“ ist weiterhin die dominierende Grundlage der Familie, wenngleich sich neue Formen des Zusammenlebens herausgebildet haben.

Der Bericht zeigt, dass 77,3% aller Kinder in Hessen in einer Familie mit ihren verheirateten Eltern aufwachsen, während 17,6% der Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil und 5,1% in einer Lebensgemeinschaft aufwachsen. Insgesamt haben die meisten Familien mit Kindern lediglich ein Kind. Familien mit zwei Kindern sind noch sehr üblich, Familien mit mehr als drei Kindern sind bereits eine Ausnahme. Die Betreuung der Kinder ist weiterhin primär Aufgabe der Eltern, wobei die Mütter den Großteil der Familienarbeit tragen, auch wenn Väter sich zunehmend stärker an der Kindererziehung beteiligen.

Das Land Hessen sieht es als seine Aufgabe, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Hierzu sollen die Betreuungszeiten an das Arbeitsleben sowie die Bedürfnisse der Familien angepasst werden. Gleichzeitig soll das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen. Große Bedeutung kommt deshalb den außerfamiliären Betreuungseinrichtungen zu.

Im Bereich der außerfamiliären Kinderbetreuung lässt sich in Hessen ein deutlicher Zuwachs beobachten. Aktuell gibt es in dort Betreuungsplätze für 32% der Kinder unter drei Jahren und für alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Für die Betreuung und frühkindliche Bildung hat das Land Hessen im Jahr 2012 rund 355,8 Mio. Euro veranschlagt (71,2 Mio. Euro im Jahr 2002). Neben Kindertageseinrichtungen spielen öffentlich geförderte Tagesmütter und -väter insbesondere aufgrund ihrer größeren Flexibilität eine immer stärkere Rolle in der Kinderbetreuung.

Erkenntnisse aus der Forschung haben ergeben, dass sich Bildungssysteme als besonders erfolgreich erweisen, wenn sie auf eine frühe Förderung der Kinder abzielen. Das Land Hessen versucht dem durch vielfältige Maßnahmen Rechnung zu tragen, beispielsweise die „Qualifizierte Schulvorbereitung“ und das „Hessische Kinderförderungsgesetz“.

Bericht:

Hessisches Sozialministerium (2013), Sechster Hessischer Familienbericht – Hessen hat Familiensinn.

2.4 Bildung im Zeitalter des demografischen Wandels – Vierter Bildungsbericht

Der zum vierten Mal veröffentlichte Bildungsbericht der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung informiert grundlegend über die gegenwärtige Situation des deutschen Bildungssystems im Jahr 2012. Dabei berücksichtigt der Bericht die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die verschiedenen Bildungsbereiche und die daraus resultierenden Anforderungen an das Bildungswesen.

Bund, Länder und Kommunen geben jährlich 172,3 Milliarden Euro (2010) für das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland aus. Das entspricht einem Anteil von 7% am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Damit erhält jede Schülerin und jeder Schüler durchschnittlich rund 5 500 Euro (2009). Im internationalen Vergleich lagen 2008 die absoluten deutschen Bildungsausgaben für jede Bildungsteilnehmerin bzw. jeden Bildungsteilnehmer mit 9 100 US-Dollar geringfügig über dem OECD-Durchschnitt von 8 800 US-Dollar. Der Bedarf an Bildungsausgaben wird durch den fortwährenden Strukturwandel zur Dienst- und Wissensgesellschaft und den voranschreitenden technologischen Fortschritt in Zukunft weiter steigen. Darüber hinaus wird die Aufteilung der Bildungsausgaben eine immer wichtigere Rolle spielen. Der Bericht verdeutlicht die Notwendigkeit, die Bildungsinfrastruktur zukünftig stärker an das regional unterschiedliche Ausmaß des demografischen Wandels anzupassen. Hierbei muss beispielsweise berücksichtigt werden, dass in den nächsten Jahren ein großer altersbedingter Ersatzbedarf an Lehrerinnen und Lehrern bestehen wird. Zum jetzigen Zeitpunkt sind mehr als ein Drittel der Beschäftigten in allen Bildungseinrichtungen über 50 Jahre und älter, innerhalb des Schulwesens sind es beinahe die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer. Der Bedarf an Lehrkräften betrifft vor allem den vorschulischen- und Primarbereich sowie die Kindertagesbetreuung.

Das deutsche Bildungssystem hat seinen Fokus auf die frühkindliche Ausbildung verschoben. Dies vor allem, weil Bildungs- und Sprachunterschiede insbesondere zwischen Migranten und Nichtmigranten möglichst im vorschulischen Bereich behoben werden sollen. Laut Bericht können verbindliche Ganztagschulen hier wertvolle Beiträge leisten und außerdem zum Abbau sozialer Ungleichheit beitragen. Bisher gibt es die meisten Ganztagschulen jedoch nur in offener Form. Zudem führt der weiterhin starke Anstieg erwerbstätiger Frauen zu einem erhöhten Betreuungsbedarf. Die steigende Teilnahme an Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige, insbesondere durch den gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf Betreuung, erfordert einen flächendeckenden Ausbau solcher Einrichtungen. Daneben gilt es die Teilnahme von Kindern mit Migrationshintergrund in Ganztagschulen und Betreuungsstätten zu erhöhen.

Der Bericht betont ferner die unzureichende Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland. Hier besteht die Chance, ältere- und geringer qualifizierte Personen besser für aktuelle Arbeitsmarkterfordernisse zu qualifizieren und damit effektiv das Arbeitskräftepotenzial zusichern.

Bericht

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), Bildung in Deutschland 2012: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf.

2.5 Dank Elterngeldreform beziehen mehr Väter Elterngeld

Vor dem Hintergrund der Elterngeldreform im Jahr 2007 untersucht die Studie den Elterngeldbezug von Vätern. In einem ersten Schritt wird untersucht, welche Faktoren zu einer Entscheidung von Vätern für eine Elternzeit führen. In einem zweiten Schritt wird deren Dauer exemplarisch für die Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern analysiert. Insgesamt zeigt sich, dass sowohl ökonomische Überlegungen also auch weitere Faktoren, wie der Bildungsgrad und die Anzahl der Kinder, die Elternzeitsentscheidung von Vätern beeinflussen.

Seit dem Jahr 2007 wird das Elterngeld Müttern und Vätern als Lohnersatzleistung für die Zeit gezahlt, in der sie ihr Kind zuhause betreuen und daher keine Erwerbstätigkeit ausüben können. Es richtet sich nach der Höhe des Nettoeinkommens des zuhause bleibenden Elternteils vor der Geburt des Kindes. Das Elterngeld steht Müttern und Vätern gleichermaßen zu. Es kann für maximal 14 Monate beantragt werden, wenn beide Elternteile mindestens zwei Monate Elternzeit beantragen.

Während vor dem Jahr 2007 weniger als 5% der Väter Elterngeld beantragten, lag ihr Anteil im Jahr 2007 bei 18% und im Jahr 2010 sogar bei 25%. Der Anteil der Mütter blieb konstant bei 96%. Die Autorin untersucht im ersten Teil der Studie, welche Faktoren einen Einfluss auf diese gestiegene Beteiligung von Vätern an der Elternzeit haben.

Es zeigt sich, dass sich Väter in Ostdeutschland häufiger für eine Elternzeit entscheiden. Ebenso nehmen Väter häufiger beim ersten Kind Elternzeit in Anspruch als bei weiteren Kindern. Die Wahrscheinlichkeit Elterngeld zu beziehen, steigt außerdem mit dem Alter des Vaters sowie dem Schulabschluss beider Eltern. Verdient die Mutter mehr als der Vater, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass der Vater Elterngeld bezieht. Umgekehrtes gilt, wenn der Vater mehr verdient. Beides trifft besonders stark auf Westdeutschland zu. Keinen Einfluss auf die Elterngeldentscheidung scheinen die Größe des Wohnortes sowie das Haushaltseinkommen zu haben.

Drei Viertel der Väter, die Elterngeld beziehen, tun dies für 2 Monate, wohingegen Mütter Elterngeld überwiegend für 12 Monate oder länger beziehen. Dies gilt insbesondere für Doppelverdiener-Paare. Die Studie untersucht im zweiten Teil die Einflussfaktoren auf die Dauer des väterlichen Elterngeldbezugs exemplarisch in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Auch hier wird das Ost-West-Gefälle sichtbar: Väter in Mecklenburg-Vorpommern beziehen häufiger Elterngeld als in Schleswig-Holstein.

Die Studie zeigt darüber hinaus, dass sowohl ein geringes Einkommen des Vaters als auch ein hohes die Dauer der väterlichen Elternzeit steigen lässt. Die Autorin begründet dies mit besonders niedrigen Verdienstaufschlägen bei der ersten Gruppe von Vätern und für die zweite Gruppe mit der Vermutung, dass gutverdienende Väter sich eine längere Reduktion ihres Einkommens eher leisten können. Befinden sich die Mütter in Ausbildung oder arbeiten selbstständig, nehmen Väter ebenfalls häufiger eine längere Elternzeit in Anspruch, was auf eine Unterstützung der Mutter durch ihren Partner hindeutet.

Studie

Trappe, Heike (2013): Väter mit Elterngeldbezug: Nichts als ökonomisches Kalkül?. Zeitschrift für Soziologie (42:1), 28-51.

2.6 Auswirkungen des demografischen Wandels auf Pflege und Grundsicherung in Sachsen

Die 2011 veröffentlichte Studie im Auftrag des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz Sachsen befasst sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme in Sachsen. Die Studie zeigt, dass mit einem Anstieg der Älteren aber auch der Pflegebedürftigen in Sachsen zu rechnen ist, was sich auch in einem Anstieg der Grundsicherung im Alter und der Hilfe zur Pflege widerspiegelt. Dabei gibt es jedoch Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen des Bundeslandes.

Inhaltlich werden in der Studie vor allem zwei Bereiche untersucht: Zum einen geht es um den Einfluss des demografischen Wandels auf die weitere Entwicklung der Sozialhilfe, insbesondere um die Gewährleistung der Grundsicherung im Alter und Hilfe der Pflege. Hier konstatieren die Autoren eine Forschungslücke, die mit ihrer Studie für Sachsen geschlossen werden soll. Zum anderen werden in der Studie alle einschlägigen Berechnungen bis auf die Landkreisebene heruntergebrochen, so dass regionale Unterschiede aufgezeigt werden können.

Zu Beginn der Studie wird die künftige demographische Entwicklung für den Freistaat insgesamt und die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte erläutert. Dabei werden Unterschiede zwischen den Großstädten Leipzig und Dresden und den übrigen Landkreisen festgestellt. Während die Bevölkerung außerhalb der Großstädte zurückgeht und immer älter, finden diese Entwicklungen in den Großstädten nicht oder nur abgeschwächt statt. Diese Ergebnisse bilden die Grundlage der weiteren Berechnungen.

Anschließend werden die möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Pflege anhand dreier Szenarien aufgezeigt. Ein Szenario nimmt konstante Pflegewahrscheinlichkeiten an, eines geht davon aus, dass sich mit zunehmender Lebenserwartung die Pflegebedürftigkeit in ein höheres Alter verschiebt und eines nimmt an, dass Verwandte seltener die Pflege übernehmen werden. Aus diesen unterschiedlichen Annahmen wird der unterschiedliche Bedarf an Pflegeheimplätzen errechnet und verglichen. Unabhängig vom Szenario ist bis 2030 ein starker Anstieg an Pflegefällen im ganzen Bundesland zu erwarten. Abhängig vom Szenario könnte es ab 2020 allerdings weiterhin zu einer erhöhten Nachfrage nach Pflegeleistungen aber auch zu einer weniger angespannten Situation kommen.

Bei der Untersuchung der möglichen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Grundsicherung im Alter wird wieder von verschiedenen Annahmen ausgegangen. Szenario 1 nimmt Konstanz der Alterseinkommen an, Szenario 2 dagegen sinkende Alterseinkommen. Szenario 3 geht davon aus, dass es für eine Sensitivitätsanalyse angesichts der Unsicherheit zusätzlich notwendig ist, eine Alternative zu berechnen, bei der die Alterseinkommen für Gesamtsachsen sinken. Die verschiedenen Szenarien bilden Ober- und Untergrenzen einer möglichen zukünftigen Entwicklung, wobei im pessimistischsten Szenario die Zahl der Empfänger und der Ausgaben drastisch ansteigt.

Anschließend werden die Auswirkungen einer größeren Anzahl von Pflegebedürftigen auf die Hilfe zur Pflege untersucht. Hier sind große Ausgabensteigerungen zu erwarten, die sich jedoch sehr unterschiedlich auf die einzelnen Landkreise verteilen. Im Gegensatz zur Grundsicherung im Alter werden diese Ausgaben von den einzelnen Landkreisen getragen.

Die Autoren schlagen vor, dass in der Pflegestufe 1 mehr ambulante als stationäre Pflege erfolgen sollte. Des Weiteren sollte es neue informelle Pflegearrangements geben. So könnten die Mehrausgaben reduziert werden. Allerdings ist dies immer abhängig von der Entwicklung

der gesetzlichen Pflegeversicherung. Hier fordern die Autoren eine ausreichende reale Dynamisierung der Leistungen.

Studie

Bernd Raffelhüschen, Tobias Hackmann, Christoph Metzger (2011), Alter | Rente | Grundsicherung (ARG), Eine Studie für Sachsen im Auftrag des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz. Die Broschüre kann heruntergeladen werden unter www.publikationen.sachsen.de.

2.7 Dorfmanager könnte schrumpfende Regionen aktiv begleiten

Die Studie des Johann Heinrich von Thünen-Instituts fasst die Ergebnisse dreier Expertenworkshops zusammen, die 2012 und 2013 mit unabhängigen Experten aus Wissenschaft und Praxis stattfanden. Es ging dabei um die Probleme, Chancen und Gestaltungsoptionen regionaler Schrumpfung. Die gesellschaftliche Teilhabe der Bürger soll in Zukunft auch in Gebieten gesichert sein, die von Schrumpfung betroffen sind, wobei die räumlichen Differenzierungen und Interaktionen beachtet und genutzt werden sollten. Das Ergebnis der Workshops schlägt sich in konkreten Handlungsempfehlungen nieder.

Regionale, das heißt regionale Bevölkerungsumverteilungen zu Ungunsten des ländlichen Raums, sind charakterisiert durch langfristigen Bevölkerungsrückgang und Alterung und resultieren so in einer ökonomischen Strukturschwäche. Grund für die Schrumpfung ist der Wegzug junger Menschen in strukturstarke Regionen, sie betrifft als solche Gesamtdeutschland. Nach Ansicht der Experten muss regionale Schrumpfung aktiv gestaltet werden, damit es nicht zu größeren regionalen Ungleichheiten kommt. Dabei werden in der Studie drei zentrale Handlungsfelder identifiziert, für die jeweils konkrete Handlungsempfehlungen vorgeschlagen werden: Leerstand und Innenentwicklung, Versorgungsstruktur und Mobilität sowie regionale Wirtschaft und Arbeit.

Im Bereich der baulichen Entwicklung schlagen die Autoren vor, insbesondere gegen Leerstand vorzugehen, z.B. durch Abrisse oder Zwischennutzung. Von der Nutzung neuer Flächen sollte daher abgesehen werden. Des Weiteren wird gefordert, dass betroffene Gemeinden sich vor der Umsetzung eines Siedlungskonzeptes auf regionaler Ebene vernetzen und so ein integriertes und konkretes Konzept ausarbeiten. Diese Vernetzung soll auch durch interministerielle Initiativen auf Länderebene unterstützt werden sowie durch eine teilweise gemeinsame Etatverwaltung.

Die Daseinsvorsorge soll vor allen Dingen durch passgenaue Angebote, etwa im Bereich der Bildung, gesichert werden. Zudem soll die Mobilität aller Personengruppen gefördert und damit ihre Versorgungsqualität erhöht werden. Bezüglich der Versorgungsqualität soll vor allen Dingen die langfristige Rolle von Institutionen, z.B. in Form eines „Demografie-Checks“, geprüft werden. Grundsätzlich sollte der Erhalt von Daseinsvorsorge aber immer oberste Priorität haben. Insbesondere wird vorgeschlagen in diesem Bereich stark schrumpfenden Regionen entgegenzukommen, z.B. in Form von günstigeren Förderkonditionen.

Um die regionale Wirtschaft zu fördern, wird gefordert, aktuelle gesellschaftliche Trends für die regionale Entwicklung einzusetzen. Beispielsweise könnte ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein für regionale Produkte genutzt werden, um die (Lebensmittel-)Produktion vor Ort zu stärken. Die Erwerbstätigkeit in der Region sollte auf zwei Wegen zu erhöht werden: Gesteigerte Attraktivität lokaler Arbeitgeber und bessere Erreichbarkeit von Arbeitsmarktzentren außerhalb der Region.

Insgesamt schlagen die Autoren vor, die regionale Entwicklung aktiv durch einen Dorfmanager zu gestalten, der als Ideengeber, Netzwerker, Motivator und Moderator fungieren soll.

Studie

Patrick Küpper, Annet Steinführer, Stefen Ortwein, Moritz Kirchesch (2013), Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen. Braunschweig und Bonn, September 2013.

2.8 Landbewohner kaufen lieber in großen Supermärkten als bei Tante Emma

Die Studie des Johann Heinrich von Thünen-Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung fragt nach der Versorgung insbesondere mit Lebensmitteln im ländlichen Raum. Auf Basis einer systematischen Bestandsaufnahme werden die aktuellen Konzepte zur Sicherung der Nahversorgung diskutiert. Da die Landbevölkerung sehr mobil ist, gibt es bisher offenbar noch keine Engpässe in der Lebensmittelversorgung.

Nahversorgungseinrichtungen und insbesondere die im Fokus der Studie stehenden Lebensmittelmärkte ziehen sich zunehmend aus kleineren Orten zurück. Die Gründe hierfür liegen sowohl auf der Seite der Nachfrager als auch der Anbieter. Zum einen hat die Motorisierung und damit ganz allgemein die Mobilität der Landbevölkerung zugenommen und damit auch die Ansprüche an Qualität, Preis und Umfang des Sortiments. Auf der anderen Seite ist der Absatzmarkt für Lebensmittel stark umkämpft und stagnierend. Daher haben sich größere Verkaufsstellen in den Zentren der ländlichen Räume zulasten der traditionellen Dorfläden durchgesetzt.

Trotzdem stellt die Untersuchung fest, dass die regionale Ausdünnung der Nahversorgung mit Lebensmitteln bisher nur bei einem relativ geringen Anteil von sieben bis 15% der betroffenen Bewohner ländlicher Räume zu Unzufriedenheit geführt hat. Angesichts ihrer guten Motorisierung bewertet die Landbevölkerung die wohnortnahe Versorgung offensichtlich geringer als Vorteile, die große Anbieter zu bieten vermögen. Bei Personen mit eingeschränkter eigener Mobilität ist dazu allerdings vor allem die Unterstützung der Familie erforderlich. Auch schon länger existierende Dienste – wie rollende Supermärkte und ambulante Pflege- und Haushaltshilfen – werden zusätzlich genutzt, während Lieferdienste und der Internethandel noch keine Rolle bei der Überwindung von Mobilitätseinschränkungen in ländlichen Räumen zu spielen scheinen.

Derzeit erzeugt die Alterung der Landbevölkerung noch keinen zusätzlichen Problemdruck hinsichtlich der Versorgung, da die Motorisierung bis ins Alter gegeben ist und die familiäre Vernetzung noch intakt zu sein scheint. Ob sich letzteres bewahren lässt, wird angesichts der Zu- und Abwanderung skeptisch beurteilt.

Die Studie stellt verschiedene Konzepte zur Überwindung von ländlichen Versorgungsengpässen vor: Filial- und Franchisekonzepte, Multifunktionsläden mit der Einbindung ergänzender Zusatzdienstleistungen, Integrationsläden zur Teilhabe benachteiligter Gruppen am Arbeitsleben und Bürgerläden mit der Unterstützung der lokalen Bevölkerung. Es hat sich herausgestellt, dass auch der Erfolg alternativer Nahversorgungseinrichtung zuallererst vom Standort abhängt, genauer gesagt von den Faktoren Ortsgröße, Einzugsgebiet und Parkmöglichkeiten. Als Mindestgröße für die Überlebensfähigkeit einer Verkaufsstelle wird in der Literatur eine Ortsgröße von 1 000 Einwohnern genannt, bei kleineren Orten lohnen sich nur mobile Angebote und Lieferdienste. Bei stationären Läden wird eine Mindestverkaufsfläche von 200m² für notwendig gehalten. Angesichts des begrenzten Sortiments liegen die Chancen dieser alternativen Läden nicht in der Grund-, sondern in der Ergänzungsversorgung.

Der Raumplanung werden nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten attestiert, da sich auch in der Nahversorgung das Unternehmerverhalten einerseits und das Verbraucherverhalten andererseits letztlich durchsetzen werden.

Studie

BMVBS (Hrsg.): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikation 02/2013.

2.9 Viele Ausländer ziehen nach Deutschland, viele Deutsche ziehen weg

Im Jahr 2012 besaßen etwa ein Fünftel aller in Deutschland lebenden Personen einen Migrationshintergrund. Die Zahl der zugezogenen Ausländer ist in den vergangenen Jahren wieder stark gestiegen, wodurch das von der Bundesregierung verfolgte Ziel der Fachkräftesicherung in Deutschland unterstützt wurde. So macht der Migrationsbericht der Bundesregierung deutlich, dass es auch in den kommenden Jahren ein Ziel sein sollte, ausländische Fachkräfte dauerhaft nach Deutschland zu holen.

Personen, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt über Staatsgrenzen hinweg räumlich verlagern, werden in Deutschland als Migranten in einer Wanderungsstatistik amtlich verzeichnet. Im Jahr 2012 wurden in Deutschland 1 080 936 Zuzüge registriert, ein Anstieg um 12,8% gegenüber dem Jahr 2011. Dagegen stieg die Zahl der Fortzüge 2012 um nur 4,9% auf 711 991. Der Wanderungsgewinn – bestehend aus Zuwanderung minus Fortzügen – betrug damit knapp 369 000 Personen.

Mehr als drei Viertel aller Zuwanderer zogen aus einem europäischen Staat nach Deutschland, ihr Hauptherkunftsland war Polen. Hinsichtlich der Altersstruktur gab es beträchtliche Unterschiede zwischen Deutschen und zugezogenen Ausländern. So lag der Anteil der unter 40-Jährigen bei den Migranten bei rund drei Viertel, während deutlich weniger als die Hälfte der deutschen Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe angehört. Allgemein führt die Immigration zu einer Verjüngung der deutschen Gesamtbevölkerung, wenn gleich dieser Effekt durch die gleichzeitige Abwanderung Jüngerer verringert wird.

Im Migrationsbericht wird zwischen verschiedenen Migrationsformen differenziert. Den überwiegenden Anteil der Einwanderungsarten bilden demnach die EU-Binnenmigration, der Aufenthalt zum Zwecke der Ausbildung, der Familiennachzug und die Erwerbsmigration. Um das Abwandern hochqualifizierter ausländischer Studenten nach Beendigung des Studiums abzufedern, wurde im Aufenthaltsgesetz eine 18-monatige Aufenthaltserlaubnis nach Beendigung des Studiums eingeräumt, damit Absolventen eine angemessene Stelle finden können.

Obwohl Deutschland über die vergangenen zwei Jahrzehnte fast ausschließlich positive Wanderungssalden verzeichnet, steigt die Zahl der Fortzüge von Ausländern stetig. Innerhalb der deutschen Staatsbürger sinkt zwar die Zahl der Fortzüge, doch ziehen immer noch mehr Menschen fort als zurückziehen. Hauptzielland ist dabei bereits seit mehreren Jahren die Schweiz. Während die Gründe für eine Einwanderung nach Deutschland gut dokumentiert sind, sind die Auswanderungsgründe allerdings weniger bekannt.

Mehr als zwei Drittel der Ausländer, die Deutschland verlassen, war weniger als vier Jahre in der Bundesrepublik. Teilweise handelt es sich dabei um hochqualifizierte Arbeitnehmer, die nur für einen befristeten Zeitraum in Deutschland tätig sind. Im europäischen Vergleich war Großbritannien im Jahr 2011 das Hauptzielland internationaler Zuwanderer gefolgt von Deutschland, Spanien und Italien. Gleichzeitig ist Spanien im Europa-Vergleich das Land mit den größten Fortzügen allgemein und Polen mit den Fortzügen inländischer Bürger. Deutschland liegt hier jeweils an vierter Stelle.

Bericht:

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) - Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung – Migrationsbericht 2012

2.10 Familienatlas 2012 bewertet Regionen nach Familienfreundlichkeit

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im Juli 2012 die Ergebnisse zur „Sicherung regionaler Chancen im demografischen Wandel“ unter dem Titel „Familienatlas 2012“ veröffentlicht. In diesem wird jede Region in eine von neun Kategorien gestuft, die von „Top-Regionen für Familien“ bis hin zu „strukturschwachen Regionen für Familien“ reichen.

Der demografische Wandel in Deutschland führt zu markanten Trends, sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen. Um einem starken Geburtenrückgang bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft entgegenzuwirken, müssen Regionen vor allem für Familien mit Kindern attraktiv erscheinen. Denn ihnen fällt die zentrale Rolle zur Sicherung einer langfristig ausgeglichenen Altersstruktur zu. Vor allem in ländlichen Regionen ist die Attraktivität der Lebensbedingung für Familien vom Zugang und Qualität der Infrastruktur, des öffentlichen und kulturellen Lebens geprägt. Demnach sieht sich die regionale Wirtschaft mit der Aufgabe konfrontiert, attraktive Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen, die den wachsenden Unterschied in der lokalen Altersstruktur aufhalten.

Im Zuge des Wettbewerbs um Familien beleuchtet der Bericht die Kriterien zur Attraktivität von Städten und Regionen für Familien. Dabei hängen familiäre Entscheidungen sowohl von der jeweiligen Familienphase und -konstellation, als auch von ihrem ökonomischen Hintergrund und individuellen Präferenzen ab. Als bundesweite Studie beschränkt sich der Familienatlas auf den Ansatz sämtliche Regionen flächendeckend zu vergleichen und Auskunft über relevante familienpolitische Aspekte zu geben. Einerseits werden dabei jeweils vier kommunalpolitische Handlungsfelder analysiert; die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnsituation und Wohnumfeld, Bildung, sowie Angebote und Organisation der regionalen Familienpolitik. Andererseits wird der Ansatz um Rahmenbedingungen im Bereich Arbeitsmarkt und Demografie ergänzt, die die Situation der Familien detailliert abbildet. Die Attraktivität einer Region als Arbeits- und Lebensraum wird durch gute berufliche Perspektiven auf einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt gesteigert und bietet somit eine gute Voraussetzung für Familien. Hingegen sind sinkende Geburtenraten, sowie rückläufige Kinder- und Jugendlichenanteile bei gleichzeitiger Zu- und Abwanderung von Familien eine besondere Herausforderung für Regionen. Daran anknüpfend beinhaltet der Bericht das Handlungsfelder-Ranking für Deutschlands Regionen, die höchst unterschiedliche Stärken und Defizite aufweisen. Im Anschluss daran geht es um die Frage wie Deutschlands Regionen familienfreundlicher werden.

Abschließend werden die familienfreundlichen Faktoren im regionalen Wettbewerb beleuchtet. Dabei gilt eine Region für Familien als besonders attraktiv, wenn gleichzeitig die kommunalpolitischen Handlungsfelder sowie die Rahmenbedingungen, mit guten Bedingungen für Familien punkten können. Im Familienatlas wird jede Region in eine von neun Kategorien gestuft, die von „Top-Regionen für Familien“ bis hin zu „strukturschwachen Regionen für Familien“ reichen.

Bericht:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012), Familienatlas 2012 – Regionale Chancen im demografischen Wandel sichern.

2.11 Väter verbringen durch das Elterngeld mehr Zeit mit ihren Kindern

Die Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zu den Auswirkungen von Elterngeld und Elternzeit untersucht anhand einer Befragung von jungen Eltern unter anderem, ob und in welchem Maße das Elterngeld Auswirkungen auf Arbeitsmarktbeteiligung und Familienleben hat. Die Studie zeigt, dass Väter, die Elterngeld beziehen, eine stärkere Bindung zu ihrem Kind entwickeln, während Mütter zunehmend häufiger nach einem Jahr in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Allerdings passen die Kinderbetreuungs-möglichkeiten häufig nicht zu den Erfordernissen erwerbstätiger Mütter.

Seit dem 1. Januar 2007 haben Eltern bis zu zwölf bzw. 14 Monate nach der Geburt ihres Kindes Anspruch auf Elterngeld. Die RWI-Studie zeigt, dass im ersten Jahr nach der Geburt die Erwerbstätigkeit von Müttern zwar wie vor der Elterngeldreform zurückgeht, es kehren aber mehr Frauen als zuvor nach 12 Monaten zurück in den Arbeitsmarkt. Dabei arbeiten die meisten Frauen auf eigenen Wunsch Teilzeit. Ein weiterer großer Teil der Frauen kehrt nach drei Jahren wieder in den Arbeitsmarkt zurück.

Durch das Elterngeld haben auch Väter die Möglichkeit, sich stärker an der Kinderbetreuung zu beteiligen. Die Befragung zeigt, dass sie das tatsächlich tun, auch wenn sie häufig nur zwei Monate Elternzeit in Anspruch nehmen. Dadurch ergibt sich dennoch eine intensivere Bindung zwischen Vater und Kind.

Während des ersten Lebensjahres werden Kinder vor allem durch die eigenen Eltern oder Großeltern betreut. Erst danach werden externe Betreuungsangebote wie Kitas oder Tagesmütter verstärkt in Anspruch genommen. Allerdings bewerten viele Eltern die Betreuungsmöglichkeiten als unzureichend, was teilweise den (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt für Mütter verhindert bzw. verzögert. Dabei spielen sowohl Verfügbarkeit der Plätze als auch die Betreuungszeiten eine Rolle. Die Autoren resümieren, dass das Elterngeld zusammen mit einer besseren Betreuungssituation und flexibleren Arbeitszeitmodellen größere Wirkung zeigen würde.

Die Befragung untersucht zudem die finanzielle Situation junger Familien. Wie sich zeigt, variiert die Höhe des Elterngeldes stark zwischen den Beziehern. Väter beziehen häufiger Elterngeld über 1 000 Euro als Mütter. Ein nicht geringer Anteil an Frauen bezieht nach dem Elterngeld Erwerbseinkommen. Allerdings sind die Einkommen aufgrund der hohen Teilzeitquote durchschnittlich geringer als vor der Geburt des Kindes. Insgesamt bewirkt das Elterngeld, dass einkommensschwache Haushalte im ersten Jahr nach der Geburt teilweise mehr Einkommen beziehen als vorher, während vor allem Familien mit einem hohen Einkommen die größten Einschnitte erleben. Dies führt zu einer Angleichung der Haushaltseinkommen, die aber nach dem ersten Jahr wieder deutlich zurückgeht.

Studie

RWI (2009), Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Studie zu den Auswirkungen des BEEG auf die Erwerbstätigkeit und die Vereinbarkeitsplanung: Endbericht. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2.12 Nordrhein-Westfalen: Manche Regionen werden schrumpfen, andere wachsen

In der Diskussion um die (möglichen) Auswirkungen des demografischen Wandels spielen regionale Aspekte noch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Regionale Ausgangsbedingungen wie die wirtschaftliche Prosperität und die Siedlungsstruktur beeinflussen sich jedoch wechselseitig und haben Auswirkungen auf die örtlichen Bevölkerungszahlen. Innerhalb von Nordrhein-Westfalen variieren regionale Ausgangsbedingungen und demographische Perspektiven in erheblichem Umfang. Dementsprechend unterscheiden sich die regionalpolitischen Implikationen. Während beispielsweise die Einwohnerzahlen von Köln und Bonn voraussichtlich steigen werden, werden sie im östlichen Teil des Ruhrgebiets abnehmen.

Innerhalb von NRW fand seit den 1950er Jahren eine erhebliche Bevölkerungsverlagerung zwischen unterschiedlichen Teilräumen statt. Während die Ballungkerne seit Anfang der 1960er Jahre zunächst vor allem an ihr unmittelbares Umland Bevölkerung verloren (Suburbanisierung), gewannen in den 1990er Jahren vor allem die ländlich geprägten Räume an Bevölkerung. Für die regionale Entwicklung waren neben Unterschieden der Geburtenraten in den Landesteilen vor allem Wanderungen im Zuge der Suburbanisierung sowie – im Falle des Ruhrgebiets – Abwanderungen wegen der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung maßgebend. Seit 2000 haben die verschiedenen Teilräume (Ballungkerne, Ballungsrandzonen, ländliche Räume) eine in etwa ausgeglichene Wanderungsbilanz.

Den Bevölkerungsvorausrechnungen von 2005 bis 2025 des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS) zu Folge kann auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte zwischen Wachstums- und Schrumpfsregionen unterschieden werden. Wachstumsregionen sind die Städte Köln, Bonn sowie der Kreis Paderborn, die voraussichtlich mehr Geburten als Sterbefälle und mehr Zu- als Abwanderung verzeichnen können, sowie elf Landkreise und die vier kreisfreien Städte Aachen, Bielefeld, Düsseldorf und Münster, in denen voraussichtlich zwar mehr Sterbefälle als Geburten stattfinden werden, dies aber durch mehr Zu- als Abwanderung kompensiert werden wird. Der Bevölkerungsanteil der Wachstumsregionen in NRW wird voraussichtlich von 37,5% (2005) auf 40,6% (2025) ansteigen. Unter den Schrumpfsregionen kann zwischen denen unterschieden werden, in denen Sterbeüberschüsse die Wanderungsgewinne übertreffen (mittleres Ruhrgebiet, Niederrhein, Ostwestfalen, Bergisches Land) und Regionen mit Sterbeüberschüssen und Wanderungsverlusten (Randgebiete in Ostwestfalen, westlicher und der östlicher Teil des Ruhrgebiets sowie angrenzende Gebiete des Münsterlandes und Sauerlandes).

Studie:

ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2010), Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen. 2. Auflage. ILS-Forschung 1/10. Dortmund: ILS.

2.13 Förderprogramme in den Neuen Bundesländern könnten noch besser abgestimmt werden

In den Neuen Bundesländern macht sich der demografische Wandel durch sinkende Bevölkerungszahlen, Überalterung und selektive Wanderungsverluste bemerkbar. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Förderprogrammen, die direkt oder indirekt die daraus entstehenden Herausforderungen in Angriff nehmen. In dem Bericht zu „Maßnahmen von Bund und neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels“, der im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer erstellt wurde, wird die Förderkulisse der neuen Länder dargestellt und deren Wirksamkeit untersucht. Zudem wird gezeigt, wie sich die Abstimmung verschiedener Programme verbessern ließe.

Der erste Teil des Berichts befasst sich mit der aktuellen Situation des demografischen Wandels. Dabei stellt sich heraus, dass die Regionen im Nordosten der Neuen Länder am stärksten betroffen sind. Die dortigen Kommunen sind häufig auf Hilfen der EU, des Bundes und der Länder angewiesen, die in diesem Bericht untersucht werden. Im Hinblick auf demografierelevante Handlungsfelder werden Programme aus den Europäischen Strukturfonds (EFRE, ESF) sowie dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) genauso betrachtet wie die INTERREG-Programme, die Bund-Länder-Programme zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (GRW), zur Verbesserung der Agrarstruktur (GAK) und zur Städtebauförderung. Auf Bundesebene werden Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs untersucht.

Zunächst erfolgt eine Analyse der Förderinstrumente hinsichtlich der Daseinsvorsorge angesichts der demografischen Herausforderungen. Anschließend werden die Relevanz und Effektivität der Förderungen in Bezug auf die Herausforderungen des demografischen Wandels untersucht. Als solche Herausforderungen gelten der notwendige Umbau von Infrastrukturen und die Neuorganisation von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen.

Generell stellt sich die Frage, wie die Förderung möglichst passgenau auf die Herausforderungen des demografischen Wandels ausgerichtet werden kann. Dabei ist zu beachten, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Förderprogrammen mittel- oder unmittelbar auf die Sicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge im demografischen Wandel abzielen. Allerdings sehen die Autoren des Berichts Möglichkeiten zur Verbesserung von deren Relevanz und Effektivität. Insbesondere wird hervorgehoben, dass ressortübergreifendes Handeln weitestgehend noch nicht erfolgt, für den Umgang mit den vielfältigen Problemen des demographischen Wandels aber unerlässlich ist. Die daraus abgeleitete Politikempfehlung zielt auf eine bessere Abstimmung und Bündelung der Förderung ab.

Bericht

Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH und Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (2010), Abschlussbericht Forschungsvorhaben: Maßnahmen von Bund und neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels. Im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer. Schwerin.

2.14 Bevölkerung Brandenburgs sinkt - 3. Demografiebericht des Landes

Der Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Demografischer Wandel“ unter der Federführung der Staatskanzlei Brandenburg beschreibt ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Situation in Brandenburg die Konsequenzen und den Handlungsbedarf im Land. Darüber hinaus zeigt er ressortübergreifende Strategien und weiterführende Ideen zum Umgang mit dem demografischen Wandel auf.

Um die Konzepte, Maßnahmen und politischen Herausforderungen des demografischen Wandels in Brandenburg beleuchten zu können, zeigt der Demografiebericht sowohl die momentane Situation als auch die Entwicklung seit den 1990er Jahren auf. Während die 90er Jahre von einer – bedingt durch die Nähe Brandenburgs zu Berlin – positiven Wanderungsdynamik geprägt waren, gab es in den 2000er Jahren ein Geburtendefizit. Für die Zukunft zeigt sich, dass der Trend der Internationalisierung, die für eine konstante Bevölkerungsentwicklung nötig ist, in Brandenburg schwach ausgeprägt ist. Daher werden die Bevölkerungszahlen Brandenburgs wohl auch zukünftig sinken.

Nach der „Bestandsaufnahme“ und einem Blick in die Zukunft werden die demografierelevanten Konzepte und Maßnahmen dargestellt. Dabei wird insbesondere auf die Themenbereiche Mobilität, Gesundheit, Jugendarbeit und Fachkräfte als auch die Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen eingegangen. Der Bericht weist aber nicht nur auf die Problematik hin und beschreibt zukünftige Maßnahmen, sondern stellt auch beispielhaft die Erfahrungen aus vorherigen umgesetzten Maßnahmen dar. Im Themenbereich regionale Entwicklung wird beispielsweise auf die Hochschulen als „Bleibe- und Kommenfaktor“ eingegangen, um damit die Zuwanderung der jüngeren Generation zu sichern. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Brandenburg zu stärken soll verstärkt die Lebenssituation für Familien mit Kindern verbessert werden. Dazu zählt auch das Anpassen der Wohngebäude an die Bedürfnisse von Familien, gleichzeitig aber auch an die der Seniorinnen und Senioren. Weitere Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bestehen darin, die Kulturpolitik zu stärken und finanzpolitische Handlungsspielräume zu sichern. Im dritten Teil des Berichtes werden die künftigen politischen Herausforderungen in unterschiedliche Leitthemen untergliedert und genauer beleuchtet.

Im vierten Kapitel wird das Forum „Marktplatz der Möglichkeiten“ präsentiert. Im Rahmen dieses Projektes werden monatlich beispielgebende Demografieprojekte vorgestellt und zur Nachahmung für andere Bundesländer bereitgestellt. Zusätzlich wird auf das DemografieForum Brandenburg hingewiesen. Es dient dem Informationsfluss zu politischen Entwicklungen und neuesten Demografie- Beispielen.

Bericht

Staatskanzlei Brandenburg, IMAG „Demografischer Wandel“ (2011), Anlage zur Kabinetttvorlage 357/11.

2.15 Deutschlands Familienpolitik fehlt ein ganzheitliches Konzept

Die Studie „Familienpolitik und Geburtenrate – Ein internationaler Vergleich“ untersucht die Auswirkungen der Familienpolitik auf die Geburtenrate in 28 OECD-Ländern. Dabei zeigt sich ein Zusammenhang zwischen einer Vielzahl von Maßnahmen und der Geburtenrate. Daraus ergeben sich für Deutschland Handlungsempfehlungen, die insbesondere auf eine ganzheitliche Familienpolitik abzielen. Diese werden sich allerdings erst in einigen Jahren auf die Fertilitätsrate auswirken.

Die zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland liegt mit 1,3 bis 1,4 Kindern je Frau zwischen 15 und 45 Jahren seit geraumer Zeit deutlich unter dem Niveau, das für dem Erhalt der Elterngeneration notwendig wäre und damit im unteren Drittel der Industrienationen. Im Gegensatz dazu haben Neuseeland, Irland, Australien, die USA, die Länder Skandinaviens und Frankreich deutlich höhere Geburtenraten. In der Familienpolitik zeigt sich, dass die Transferleistungen in Deutschland vor allem in Steuererleichterungen bestehen. Diese liegen ähnlich wie das Kindergeld im guten Mittelfeld oder sogar in der Spitzengruppe der verglichenen Länder. Allerdings ist die Betreuungsinfrastruktur, speziell in Westdeutschland, im internationalen Vergleich deutlich schlechter.

Mit Hilfe eines multivariaten Regressionsmodells wird untersucht, inwieweit die verschiedenen Empfehlungen der Familienpolitik einen Einfluss auf die Geburtenrate eines Landes haben. Hier scheint die Kombination aus Transferleistungen und Infrastrukturpolitik die Geburtenrate zu erhöhen. Allerdings wirken auch die Wirtschaftsstruktur und die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung auf die Fertilitätsrate.

Die Ergebnisse der Studie legen den Schluss nahe, dass eine ganzheitliche Familienpolitik Auswirkungen auf die Geburtenrate hat. Allerdings erfolgt die Wirkung in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern zeitverzögert. Veränderungen in der Familienpolitik müssen also dauerhaft, verlässlich und akzeptiert sein, damit sie ihre Wirkung entfalten können.

Des Weiteren haben offenbar nicht nur einzelne Instrumente der Familienpolitik Auswirkungen auf die Geburtenrate, sondern es ist ein ganzheitliches Konzept abgestimmter Maßnahmen nötig. Brüche in der Familienpolitik, wie die momentan fehlende U3-Betreuung, müssen behoben werden. Bei alledem gilt es aber zu berücksichtigen, dass Familien in ihren Wünschen und Präferenzen sehr unterschiedlich sind. Die Entscheidung für das erste Kind kann beispielsweise durchaus anders motiviert sein als die Entscheidung für weitere Kinder, Mehrkindfamilien können eine besondere Unterstützung brauchen.

Studie

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011), Familienpolitik und Geburtenrate – Ein internationaler Vergleich.

2.16 Ohne Migranten würde Hessens Einwohnerzahl schrumpfen

Der Hessische Integrationsmonitor 2013 gibt einen umfassenden Einblick in Themenfelder der Integration wie Arbeitsmarkt, Soziales, Bildung sowie Kultur einschließlich Religion. Neben objektiv messbaren Faktoren gibt der Monitor Auskunft über die Gefühle der Zugehörigkeit bzw. Ausgrenzung der Hessen mit Migrationshintergrund.¹

Der Monitor hält als zentrale Ergebnisse fest, dass rund jeder vierte Hesse einen Migrationshintergrund besitzt, davon jedoch deutlich mehr als die Hälfte auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Hessen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt jünger als die Gesamtbevölkerung. Unter ihnen befinden sich besonders viele Kinder unter 6 Jahren, von ihnen hat fast jedes zweite einen Migrationshintergrund. Zwei Drittel der ausländischen Neuzuwanderer kommen aus Mitgliedsländern der Europäischen Union, die meisten aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Ohne Zuwanderung würde die hessische Bevölkerung nicht nur schwächer zunehmen, sondern schrumpfen.

Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist neben der sogenannten „Heiratsmigration“ das Hauptmotiv der Immigranten. Dabei ist ihr Qualifikationsprofil sehr unterschiedlich. Einerseits ist der Anteil der Hochqualifizierten an der Gesamtbevölkerung höher, andererseits aber auch der Anteil der Personen ohne berufliche Qualifikation. Die Kennzahlen der erfolgreichen Beteiligung der Personen mit Migrationshintergrund am Erwerbsleben haben sich in den vergangenen Jahren verbessert. Die Erwerbsbeteiligung ist seit 2005 um sieben Prozentpunkte auf 65% gestiegen, wobei der Anteil befristeter und geringfügiger Arbeitsverhältnisse allerdings weiterhin überdurchschnittlich ist. Ähnliches gilt für die Arbeitslosigkeit von Ausländern, die zwischen 2006 und 2011 von 22% auf 15% zurückgegangen ist. Allerdings hat jeder zweite Arbeitslose in Hessen einen Migrationshintergrund. Die gleiche Tendenz lässt sich beim Armutsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund feststellen, das in den vergangenen Jahren zwar zurückgegangen ist, jedoch mit 27% immer noch ungleich größer ist als das der Hessen ohne Migrationshintergrund mit 11%.

In den vergangenen Jahren ist die soziale und kulturelle Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in die hessische Gesellschaft weiter fortgeschritten. Während die Verankerung in Familien bei dieser Bevölkerungsgruppe ausgeprägter ist als bei Nichtmigranten und sich dies auch in einer höheren Geburtenrate niederschlägt, verbessert sich das Verhalten der Migranten in anderen integrationsrelevanten Bereichen. So schätzen vier Fünftel der Personen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, ihre mündliche Sprachkompetenz als gut oder sehr gut ein, bei der schriftlichen Kompetenz sind es rund zwei Drittel. Das subjektive Gefühl der Zugehörigkeit zur hessischen Gesellschaft hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen, so fühlen sich 96% aller Personen mit Migrationshintergrund in Hessen wohl. Das sind 10 Prozentpunkte mehr als 2011. Der Integrationsmonitor zieht somit das allgemeine Fazit, dass die strukturellen Unterschiede zwischen Hessen mit und ohne Migrationshintergrund allmählich aber stetig abnehmen.

Bericht

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2013), Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2013. Wiesbaden.

¹ Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach der Definition des Statistischen Bundesamts „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

2.17 Demografischer Wandel lässt Zahl der Krankenhausfälle und Pflegebedürftigen steigen

Im November 2010 veröffentlichten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder das zweite Heft in der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“. Die Studie „Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern“ einen Überblick über die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung im höheren Alter. Insbesondere thematisiert der Bericht, wie sich dies auf die Zahl der in Krankenhäusern behandelten Personen und die Pflegebedürftigen auswirkt.

Der demografische Wandel ist geprägt durch rückläufige Geburtenraten bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft. Die Bevölkerungsgruppe der über 60-Jährigen und insbesondere der über 80-Jährigen wird in den kommenden Jahrzehnten stark zunehmen; 2050 wird diese Bevölkerungsgruppe prognostiziert bereits 40% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Gleichzeitig lässt gesteigener Wohlstand, medizinischer Fortschritt, gesündere Ernährung und körperlich weniger stark belastende Arbeit die Lebenserwartung ansteigen. Da sich ein Zusammenhang zwischen Alter und Krankheitsbildung zeigt, wird sich auch die Anzahl der Pflegebedürftigen und der stationär zu behandelnden Patienten erhöhen. Als Konsequenz daraus ergeben sich höhere Ausgaben im Gesundheitswesen.

Von 1995 bis 2008 ist die Zahl der Krankenhausbehandlungen in Deutschland von 15,8 auf 17,9 Millionen gestiegen. Trotz sinkender Bevölkerungszahlen wird ein weiterer Anstieg um ca. 8% bis 2030 erwartet. Bei Frauen, insbesondere aber bei Männern ab dem 60. Lebensjahr gibt es eine Zunahme der Krankenhausfälle, wobei die älteren Patienten besonders häufig von Herz-Kreislauferkrankungen und Neubildungen (Krebs) betroffen sind. In der Altersgruppe der 20- bis 40-Jährigen hingegen nehmen Frauen aufgrund von Schwangerschaft und Geburt einen vergleichsweise höheren Anteil an der Zahl der Krankenhausfälle ein.

In Bezug auf die jeweilige Aufenthaltsdauer im Krankenhaus wurde im Betrachtungszeitraum ein kontinuierlicher Rückgang der durchschnittlichen Verweildauer stationärer Aufenthalte von 11,4 auf 8,1 Tage beobachtet, wobei nicht beurteilt werden kann, ob sich der Trend langfristig fortgeschrieben.

Seit 1999 ist die Anzahl der Pflegebedürftigen um 11% angestiegen – im Dezember 2007 waren in Deutschland über zwei Millionen Menschen pflegebedürftig, wobei 83% der Altersgruppe der über 65-Jährigen angehörten und davon 68% weiblich waren. Mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen wurden in Privathäusern von Familienangehörigen oder ambulanten Pflegediensten versorgt, während die Übrigen in Pflegeheimen betreut wurden.

Im Jahr 2007 waren in Deutschland 3,9 Millionen Menschen 80 Jahre und älter, 1999 waren es noch 2,9 Millionen. Im Zuge der zunehmenden Alterung der Gesellschaft wird bis 2030 ein Anstieg der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung von 4,4% erwartet. Auch aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Mobilität und der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen ist langfristig ein Trend zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste wahrscheinlich.

Bericht

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg., 2010) - Demografischer Wandel in Deutschland – Heft 2 - Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern

2.18 Demografischer Wandel lässt Schülerzahlen sinken

Im Januar 2009 veröffentlichten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder das dritte Heft in der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ unter dem Titel „Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern“. Nach einem Überblick über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung der unter 25-Jährigen thematisiert der Bericht, wie sich die Folgen des demografischen Wandels auf die Zahl der betreuten Kinder im Vorschulalter und auf die Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen auswirken. Demnach werden bis zum Jahr 2020 im Sekundarbereich I bis zu ein Fünftel weniger Schüler erwartet.

Der demografische Wandel in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine niedrige Geburtenrate und den Rückgang der Bevölkerungszahl. Berechnungen zufolge wird sich die Bevölkerung in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen von 20,8 Millionen im Jahr 2007 auf 17,7 Millionen im Jahr 2020 verringern. Im gleichen Zeitraum wird dabei die Bevölkerungsgruppe der Kinder unter 6 Jahren um 7% und die der 6-10-Jährigen sogar um 15% schrumpfen. Zudem zeigt sich, dass die Zahl der Schüler in den Sekundarstufen I und II stark zurückgehen wird.

Des Weiteren wird betrachtet, wie sich die Bevölkerungsentwicklung voraussichtlich auf die Betreuung von Kindern unterschiedlicher Altersstufen auswirken wird. Dies insbesondere deshalb, weil ein umfassendes Kinderbetreuungsangebot die Basis zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist. Demnach wurde im Jahr 2007 für jedes sechste Kind unter drei Jahren eine Tagesbetreuung in Anspruch genommen, wobei es Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern gab. Im Vergleich zur Kleinkinderbetreuung lag die Kindertagesbetreuung der 3- bis unter 7-Jährigen mit 81% wesentlich höher. Ihre zukünftige Entwicklung hängt sowohl von der demografischen Entwicklung als auch von der Betreuungsquote ab.

Im letzten Teil werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung der Schülerzahlen an Schulen im Primar- und Sekundarbereich beleuchtet. Im Schuljahr 2005/06 besuchten 3,2 Millionen Kinder den Primarbereich, wobei die Schülerzahlen seit 1992 um 7,5% gesunken sind. An der Schülerzahl gemessen, nimmt die Sekundarstufe I (5. bis 9. bzw. 10. Klasse) den größten Bereich im Schulsystem ein und wurde 2005/06 von knapp 4,9 Millionen Schülern besucht. Bis 2020 werden im Sekundarbereich I bis zu ein Fünftel weniger Schüler erwartet. Dies wirkt sich gleichermaßen auf die Schülerzahlen der Sekundarstufe II (nach der 9./10. Klasse) aus, obwohl seit 1992 ein deutlicher Anstieg der Schülerzahlen in der gymnasialen Oberstufe erkennbar ist. Bis 2020 wird für alle drei Bildungsbereiche eine stark unterschiedliche Entwicklung der Schülerzahlen in den Bundesländern erwartet. Ein stärkerer Rückgang wird vor allem für Westdeutschland prognostiziert, dieser liegt in unterschiedlichen regionalen Wanderungsbewegungen und Altersstrukturen begründet.

Bericht

Statistische Ämter der Bund und Länder (2009), Demografischer Wandel in Deutschland – Heft 3 - Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern.

2.19 Neue Bundesländer am stärksten vom Rückgang der Erwerbspersonenzahl betroffen

Im November 2009 veröffentlichten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder das vierte Heft in der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ unter dem Titel „Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbspersonen“. Der Fokus des Berichts liegt auf der erwarteten Zahl der Erwerbspersonen in den jeweiligen Bundesländern. Hier zeigt sich ein Rückgang, der in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich stark ausfallen wird.

Der demografische Wandel in Deutschland ist geprägt durch eine zunehmende Alterung der Gesellschaft. Gleichzeitig sinkt die Bevölkerungszahl insgesamt, was auch Auswirkung auf die Zahl der Erwerbspersonen – alle Personen, die ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben und eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen – hat.

Im Jahr 2005 gab es in Deutschland 42,6 Millionen Erwerbspersonen. Den Berechnungen der Statistischen Ämter zufolge wird diese Zahl bis 2020 um 3,1 Millionen Erwerbspersonen sinken. Zudem wird bis 2030 nochmals mit einem Rückgang um 4,5 Millionen auf 35 Millionen Erwerbspersonen gerechnet. Für die Erwerbspersonenvorausberechnung werden Informationen zur Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und zum Verlauf der Erwerbsbeteiligung herangezogen.

Die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl wird in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ausfallen und wird im Bericht für jedes Land detailliert beschrieben. Dabei wird bis 2020 ein deutlicher Rückgang in den neuen Bundesländern erwartet, am stärksten ist Sachsen-Anhalt mit einem errechneten Rückgang von 25% betroffen. Hamburg hingegen kann im gleichen Zeitraum noch mit einem Zuwachs von 2% rechnen. Nach dem Jahr 2020 wird die Zahl der Erwerbspersonen dann aber in allen Bundesländern absinken. Selbst Hamburg wird ein Rückgang von 6% prognostiziert, während Sachsen-Anhalt ein Verlust von 38% vorausgesagt wird.

Wenngleich aktuell nur rund 25% der Erwerbspersonen zur Altersgruppe der über 50-Jährigen gehören, wird der Anteil bis 2020 rapide auf ca. 35 % steigen. In Hamburg ist dieser Anteil momentan am geringsten (23,5%) und in Sachsen am höchsten (28%). Der Anteil älterer Erwerbspersonen weist bis 2030 einen weiterhin steigenden Trend auf. Obwohl eine steigende Erwerbsbeteiligung in einzelnen Altersgruppen zu erwarten ist, ist nicht mit einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Gesamtbevölkerung zu rechnen. Im Gegenteil: viele Erwerbspersonen weisen eine stetig ältere Altersstruktur auf und nähern sich dem Rentenalter an.

Bericht

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg., 2009) - Demografischer Wandel in Deutschland – Heft 4 - Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbspersonen

2.20 Immer mehr ältere Arbeitnehmer

Ein wirksames Mittel zur Eindämmung des Fachkräftemangels und der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung ist die Sicherung einer hohen Erwerbsbeteiligung älterer Menschen. Mit dem Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ dokumentiert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das von der Bundesregierung verfolgte Ziel, mehr Menschen in hohem Alter zu beschäftigen. Der Report erscheint halbjährlich und soll neben den bestehenden Herausforderungen auch Lösungsmöglichkeiten zum Gestalten einer altersgerechten Arbeitswelt aufzeigen. Hierzu werden aktuelle Trends, Forschungsbeiträge aber auch Praxisbeispiele vorgestellt.

In Deutschland ist jede fünfte Person über 65 Jahre oder älter. Im Jahr 2030 wird dies sogar auf ein Drittel der Bevölkerung zutreffen, während die Zahl der Jugendlichen deutlich schrumpfen wird. Die Zahl der Erwerbstätigen verringert sich um 12 Prozent. Diese Entwicklungen zeigen, dass in Zukunft immer weniger und deutlich ältere Erwerbstätige die soziale Sicherung stemmen müssen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind das Heranziehen von qualifizierten Zuwanderern sowie die Förderung älterer Arbeitnehmer vonnöten. Aktuelle Studien belegen, dass ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Unternehmen zu mehr Produktivität verhelfen können: Durch ihre langjährige Berufserfahrung vermeiden sie häufiger Fehler und können ihr Wissen an die jüngere Belegschaft weitergeben.

Im europäischen Vergleich der Erwerbstätigenquote Älterer (55 bis 64 Jahre) liegt Deutschland auf Platz 2 hinter Schweden. Der Ländervergleich zeigt ferner, dass das Heraufsetzen des Rentenalters eine höhere Erwerbsquote Älterer begünstigt. Dies ist auf den höheren Anreiz, in Beschäftigung zu bleiben oder eine neue Arbeit zu suchen, zurückzuführen. Frühere Renteneintrittsalter in Kombination mit staatlichen Förderprogrammen zur Frühverrentung sowie Höhe und Dauer von Arbeitslosengeldzahlungen wirken sich demnach nachteilig auf eine hohe Erwerbsquote Älterer aus.

Unternehmen und Beschäftigte müssen sich weiterhin an eine schnell ändernde Arbeitswelt anpassen und das vorhandene Potenzial nutzen. Neben der Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades älterer Arbeitnehmer ist auch die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels von großer Bedeutung.

Bericht

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ Ausgabe 1: Entwicklung des Arbeitsmarkts für Ältere

2.21 Altersgerechte Arbeitsgestaltung im demografischen Wandel

Der zweite Fortschrittsreport des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales befasst sich mit der Umsetzung altersgerechter Arbeitsgestaltung und Arbeitsorganisation. So lautet der Appell an die Betriebe und Unternehmen, dem Strukturwandel in der Erwerbsbevölkerung rechtzeitig zu begegnen und mit Investitionen in Gesundheit und Qualifizierung älterer Beschäftigter vorhandene Potenziale zu nutzen.

Als das Rentensystem im Jahr 1957 gegründet wurde, lag die durchschnittliche Lebenserwartung noch elf Jahre unter dem heutigen Niveau. In Zukunft wird sie weiter steigen und damit das Verhältnis von Rentnern und Erwerbstätigen erhöhen. Im Jahr 2020 werden mehr als 40 Prozent aller Erwerbstätigen 50 Jahre und älter sein. Hinzu kommt die geringe Geburtenrate seit Mitte der 1970er Jahre, welche den Mangel an qualifizierten Nachwuchsfachkräften verschärft.

Vor diesem Hintergrund mobilisieren Unternehmen ihre älteren Mitarbeiter schon jetzt mehr denn je. Insgesamt hat sich die Zahl der 55-bis 64-Jährigen Erwerbstätigen in den letzten Jahren stark erhöht und liegt mit derzeit 60 Prozent weit über dem OECD-Durchschnitt, was einem Anstieg um fast 70 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 entspricht. Gleichzeitig hat die Politik mit dem Ausstieg aus der staatlich geförderten Frühverrentung ein Signal hinsichtlich der Erwerbstätigkeit Älterer gesetzt.

Vor allem große Unternehmen gestalten schon jetzt den Strukturwandel, um in Zukunft nicht an wirtschaftlicher Leistung und Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Drei wesentliche Handlungsschwerpunkte spielen bei der Umstellung eine wichtige Rolle:

1. Unternehmen müssen Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsorganisation und der Arbeitsplatzgestaltung vornehmen. So muss zum einem auf die körperliche Belastbarkeit der älteren Beschäftigten Rücksicht genommen werden, zum anderen Mechanismen geschaffen werden, die den Wissensaustausch zwischen Jung und Alt fördern.

2. Unternehmen und Betriebe haben die Chance, Mitarbeiter gesundheitlich zu fördern, um so spätere Ausfälle in höherem Alter zu verhindern. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement kann hier präventive Aufgaben übernehmen, das sowohl das Verhalten der Beschäftigten positiv beeinflusst als auch für die stetige Verbesserung der Arbeitsbedingungen sorgt.

3. Um eine lange Erwerbstätigkeit älterer Beschäftigter zu gewähren, müssen betriebliche Fort- und Weiterbildung auch für diese aufrechterhalten bleiben. Die kontinuierliche Integration technischen Wandels sorgt dafür, dass Mitarbeiter auch in hohem Alter ihre Produktivität voll ausschöpfen.

Die Konzepte zur altersgerechten Arbeitsgestaltung sind vielfältig und werden durch neue Erkenntnisse aus der Forschung und Praxis bereichert. Allerdings haben viele Unternehmen den Einsatz älterer Beschäftigter als Maßnahme zur Eindämmung des Fachkräftemangels noch nicht hinreichend realisiert. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen haben hier noch großes Potenzial.

Bericht

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ Ausgabe 2: Altersgerechte Arbeitsgestaltung

2.22 Wohlstand hängt von der Gesundheit Älterer ab

Der dritte Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ widmet sich dem Thema Gesundheit älterer Mitarbeiter. Weil krankheitsbedingte Ausfälle mit enormen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind, soll insbesondere geklärt werden, welche Maßnahmen ein lebenslanges und gesundes Arbeiten ermöglichen.

Die Zahl der älteren Beschäftigten wächst stetig von Jahr zu Jahr, insbesondere die Gruppe der 60 bis 64-Jährigen erfuhr seit 2005 eine Verdoppelung auf aktuell 1,5 Millionen. Dabei hat sich deren Gesundheit im Durchschnitt gegenüber früher deutlich verbessert. Dies gilt allerdings nicht für alle Tätigkeiten: Nach wie vor sind Berufe, in denen harte körperliche Arbeit erforderlich ist oder Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten erfolgt, verantwortlich für einen Großteil der gesundheitsbedingten Ausfälle. Allerdings steigen vor allem Ausfälle, die durch psychische Belastungen verursacht werden, rapide an. Aufgrund dessen verzeichnete man für das Jahr 2011 einen Produktionsausfall von fast sechs Milliarden Euro; die Krankheitskosten lagen um das Fünffache darüber. Psychische und physische Belastungen verursachen also gleichermaßen krankheitsbedingte Ausfälle. Politik, Unternehmen und auch die Beschäftigten haben somit ein großes Interesse an der Vermeidung zu großer Belastung und der damit verbundenen Ausfälle. Dauerhafter Schutz vor zu hoher und zu niedriger physischer Belastung wird demnach vom Gesundheitsbegriff umfasst und vom Arbeitsschutzgesetz berücksichtigt.

Weil durch den demografischen Wandel der Stellenwert älterer Beschäftigter gestiegen ist, ist deren gesundheitliche Verfassung umso wichtiger. Obwohl Ältere im Durchschnitt nicht sehr viel häufiger erkranken als Jüngere, fallen sie doch länger aus. Die Gruppe der über 45-Jährigen ist auch häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen. Am häufigsten betroffen sind Sozial- und Erziehungsberufe. Hinsichtlich der psychischen Belastung bei der Arbeit lassen sich klare Tendenzen erkennen: Erwerbstätige mittleren Alters erfahren die höchste Belastung, während Ältere und Jüngere weniger davon betroffen sind. Sie hingegen leiden häufiger an Monotonie. Eine Anhäufung von Risikofaktoren über die Erwerbszeit ist besonders problematisch, kann aber durch rechtzeitigen Berufs- und Tätigkeitswechsel vermieden werden.

Insgesamt ist das Erreichen der Regelaltersgrenze für die meisten Erwerbstätigen möglich, sofern die Rahmenbedingung der Arbeit stimmen und sowohl dauerhafte als auch einseitige Belastungen vermieden werden. Diese Ziele können durch Zusammenspiel von Politik, Unternehmen und Beschäftigten erreicht werden.

Bericht

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ Ausgabe 3: Länger gesund arbeiten

2.23 Wie Hessen dem demografischen Wandel trotzt

Die Interministerielle Arbeitsgruppe „Demografie“ der Hessischen Landesregierung veröffentlichte im Juni 2013 ihren „3. Demografie-Bericht“. Nachdem ein Überblick über die wesentlichen Herausforderungen des demografischen Wandels für die hessische Landespolitik gegeben wird, thematisiert der Bericht die bereits ergriffenen Maßnahmen, um sowohl resultierenden negativen Folgen entgegenzuwirken, als auch Chancen des Wandels optimal zu nutzen.

Der demografische Wandel in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine niedrige Geburtenrate und einem Rückgang der Bevölkerungszahl bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft. Wenngleich der Bevölkerungsrückgang in Hessen derzeit noch weniger zu spüren ist, wird laut Bevölkerungsvorausberechnung die Einwohnerzahl im Jahr 2030 voraussichtlich deutlich unter 6 Millionen liegen und bis 2050 auf 5,5 Millionen sinken. Schon aus diesem Grund sieht sich die Hessische Landesregierung in der Pflicht, mithilfe aktiver Gestaltung optimale Weichen für die zukünftige Entwicklung zu stellen.

Des Weiteren werden Veränderungen im Altersaufbau und in der Entwicklung regionaler Unterschiede prognostiziert. Vor allem die großen Städte im südhessischen Raum profitieren von Zuwanderungen, sodass ein deutliches Nord-Süd-Gefälle spürbar wird. Dabei setzt die Hessische Landesregierung auf gezielte regionale Wirtschaftsförderung, Stärkung der Innovationskraft und eine demografiefeste Infrastruktur, um die Attraktivität, insbesondere der ländlichen Regionen, zu steigern.

Eine Ursache des demografischen Wandels liegt in der anhaltend niedrigen Geburtenrate. Mit durchschnittlich 1,39 Kindern pro Frau liegt die Kinderzahl in Hessen auf einem niedrigen Niveau. Während im Jahr 1970 das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes unter 25 Jahre lag, beträgt es heute 29,5 Jahre. Gründe dafür sind unter anderem höhere Bildungsabschlüsse und eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen. In den Mittelpunkt der Familienpolitik rückt somit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hessen hat sich als Ziel gesetzt, ein kinder- und familienfreundliches Wohn- und Lebensumfeld zu schaffen und darüber hinaus ein umfassendes Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung anzubieten.

Der Demografie-Bericht thematisiert auch die Problematik der älter werdenden Gesellschaft. Langfristig wird angenommen, dass sich die Bevölkerungsgruppe der unter 60-Jährigen stark reduziert und der Anteil der Gruppe der 60- bis 80-Jährigen bis 2030 von 21% auf 27% steigert. Die „Seniorenpolitische Initiative“ beabsichtigt eine zielgerichtete Bündelung von Unterstützungsmaßnahmen und strebt die Verwirklichung des Rechts auf Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an.

Als weiteres zentrales Handlungsfeld befasst sich die Hessische Landesregierung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt. Bis 2030 wird ein Arbeitskräftemangel von 300 000 bis 400 000 Personen prognostiziert. Vor allem Personen mit Berufsausbildung oder einem Hochschulabschluss werden gesucht werden. Demgegenüber besteht ein Überschuss an ungelerten Arbeitskräften. Dieser Problematik soll zum einen das Grundkonzept „Fachkräftesicherung Hessen“ entgegenwirken; zum anderen soll die Attraktivität der Landesverwaltung als Arbeitgeber verbessert werden um hier Nachwuchs zu sichern.

Bericht

Hessische Staatskanzlei (2013), 3. Demografie-Bericht. Bericht aus der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Demografie“.

2.24 Die Stadt Oldenburg im demografischen Wandel

Der demografische Wandel rückt seit mehr als einem Jahrzehnt in den Fokus der Öffentlichkeit und wird von der Bundesregierung als eines der wichtigsten Themen der zukünftigen Jahre gehandelt. Folglich werden die resultierenden Herausforderungen zunehmend auch auf Länder- und kommunaler Ebene diskutiert. So veröffentlichte die niedersächsische Stadt Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Demografie im August 2013 ihren ersten Demografiebericht.

Anhand statistischer Informationen der städtischen Einwohnerdatei und der amtlichen Statistik des Landes wird der soziodemografische Wandel der Jahre 2011 und 2012 in Oldenburg skizziert. Nach einem Überblick über den demografischen Ist-Zustand wird eine Vorausberechnung des prognostizierten Trends gegeben. Im Vergleich zu anderen deutschen Städten rechnet Oldenburg bis 2020 mit einer weiterhin moderat zunehmenden Bevölkerungszahl. Das Bevölkerungswachstum ist dabei durch Wanderungsgewinne gekennzeichnet, wobei vor allem junge Menschen im Alter von 19 bis 35 Jahren im Zuge eines Studium oder einer Ausbildung nach Oldenburg ziehen. Die Wanderungshäufigkeit nimmt mit steigendem Alter jedoch deutlich ab.

Neben einer hohen Anzahl junger Erwachsener ist die Altersklasse der 45- bis 50-Jährigen in der oldenburgischen Bevölkerung stark vertreten. Zukünftig wird ein starker Anstieg der Altersgruppen ab 55 Jahre und der überwiegend hochbetagten Personen ab 80 Jahre erwartet. Relativ konstante Zahlen werden für Kinder prognostiziert. Dennoch wird die Zahl der Kinder, die eine weiterführende Schule besuchen, sinken.

Der demografische Wandel in Deutschland ist durch eine niedrige Geburtenrate gekennzeichnet. Auch in Oldenburg sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden, wobei sich der Trend noch deutlich verstärken wird. Gründe hierfür sind neben der Abnahme der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau das Verschieben der Geburt bzw. der Schwangerschaft in einen späteren Lebensabschnitt. Insbesondere bei Frauen bis 25 Jahre haben die Geburten stark abgenommen, sich im Gegenzug in der Altersgruppe der 30- bis 35-jährigen Frauen aber erhöht. Weil es weniger Familien gibt und vermehrt andere Formen des Zusammenlebens gewählt werden, ist schon jetzt eine starke Abnahme der größeren Haushalte festzustellen.

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung sind somit auch in Oldenburg zu spüren. Demnach werden im Bericht mögliche kommunale Handlungsmöglichkeiten und -aktivitäten thematisiert, um die negativen Folgen bestimmen und ihnen gezielt entgegenwirken zu können. Die Handlungsschwerpunkte liegen dabei auf den Themen Bildung und Wissenschaft, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Soziales, Integration, Stadtentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Sport sowie Freizeit und Kultur.

Bericht

Stadt Oldenburg (2013), Demografiebericht 2013 - Bericht aus der Stabstelle Demografie.

2.25 Wegfall der Frühverrentung: Risiken und Nebenwirkungen

Die Studie analysiert die Auswirkungen und Risiken der weitreichenden Neuausrichtung der deutschen Rentenpolitik weg von der Frühverrentung hin zu einer längeren Lebensarbeitszeit. Dabei wird das Sozio-oekonomische Panel Deutschlands (SOEP) verwendet und die dadurch gegebene Möglichkeit einer Längsschnittanalyse genutzt. Die Ergebnisse deuten zum einen darauf hin, dass ältere Arbeitnehmer länger erwerbstätig bleiben, aber gleichzeitig die soziale Ungleichheit innerhalb der älteren Generation steigt.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Deutschland spielt das Renteneintrittsalter bzw. die Erwerbstätigkeit Älterer eine besondere Rolle. Über mehrere Jahre hinweg wurde in Deutschland die Frühverrentung durch verschiedene Reformen in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren systematisch gefördert. Die Erwerbsquoten im Vorruhestandsalter bewegten sich in Deutschland entsprechend auf sehr niedrigem Niveau. Die Alterung Deutschlands führt zu einem wachsenden Ungleichgewicht zwischen Rentenbeitragszahlern und Rentenempfängern. Dies machte einen Paradigmenwechsel erforderlich: Diesem Ungleichgewicht wird seit einigen Jahren mit Rentenreformen entgegengewirkt.

Die Studie untersucht unter anderem, inwieweit sich durch die Rentenreformen Veränderungen in der Erwerbstätigkeit und dem Renteneintrittsalter Älterer ergeben. Des Weiteren wird die Erfüllung der neuen Erwartungen älterer Arbeitnehmer und die damit verbundenen Risiken in Bezug auf das finanzielle Wohlergehen im Ruhestand untersucht. Zur Beantwortung dieser Fragen wird das SOEP herangezogen. Dabei werden drei Geburtskohorten untersucht, wobei für jede Kohorte der Zeitpunkt des Übergangs in Erwerbslosigkeit bzw. Rente, das Risiko der Altersarbeitslosigkeit und die Höhe des Renteneinkommens betrachtet werden.

Basierend auf der Längsschnittanalyse kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass ein Altersanstieg beim Übergang in die Rente und beim Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit im Kohortenvergleich festzustellen ist. Allerdings zeichnet sich auch ab, dass die Verlängerung des Erwerbslebens unterschiedlich stark je nach Qualifikationsniveau ausfällt: Insbesondere gering qualifizierte ältere Arbeitnehmer sind nicht so lange erwerbstätig.

Trotz des Paradigmenwechsels weg von der Frühverrentung haben viele Arbeitnehmer zum Zeitpunkt des Renteneintritts noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht. Entsprechend spielt Frühverrentung in Deutschland auch weiterhin eine wichtige Rolle, da sie bei einigen Gruppen zu Rentenkürzungen führt: Diese sind über einen kürzeren Zeitraum erwerbstätig und kommen auch nicht mehr in den Genuss der Frühverrentungsregelungen der 1970er bis 1990er Jahre. Das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ist jedoch immer mit finanziellen Einbußen bei der späteren Rente verbunden.

Studie

Buchholz, S., Rinklake, A. und Blossfeld, H.-P. (2013). Umkehr von Frühverrentung in Deutschland Eine Längsschnittanalyse der Auswirkungen der jüngsten Rentenreformen auf den Zeitpunkt des Erwerbsausstiegs und die Rentenhöhe. *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*.

2.26 Gemeinsam gegen regionale Schrumpfung

Vor dem Hintergrund der regionalen Schrumpfung und Alterung haben sich 13 betroffene Regionen aus 11 europäischen Ländern zu einer von der EU geförderten Projektgruppe zu dem Thema DART (Declining, Ageing and Regional Transformation) zusammengeschlossen. Ziel des Projektes ist es, regionenübergreifend über Lösungsansätze zu diskutieren sowie gute Praxisbeispiele austauschen und anwenden zu können. Der Abschlussbericht beleuchtet die demografischen Probleme der Partnerregionen sowie gute Lösungsansätze aus der Praxis. Des Weiteren werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Alle Regionen der DART-Projektgruppe sind durch einen deutlichen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet. Zusätzlich lässt sich beobachten, dass die Bevölkerungsgruppe der Über-65-Jährigen zwischen 1993 und 2009 stark angestiegen ist, dass aber die Zahl der Kinder zwischen 0 und 14 Jahren abgenommen hat. Zwei Effekte verstärken diese demografischen Trends: Zum einen bekommen Frauen ihr erstes Kind immer später. So liegt der Durchschnitt in den DART-Regionen bei 30 Jahren. Außerdem sind viele der Regionen von Abwanderung betroffen, zumeist aufgrund von besseren Arbeitsmarktchancen in Ballungszentren. Die deutschen Regionen in Brandenburg und Sachsen weisen mit einer Schrumpfung von über 19% den größten Bevölkerungsrückgang auf. Auch der Abwanderungstrend und die späte Geburt des ersten Kindes sind hier – im Vergleich zu den anderen DART-Regionen – am stärksten.

Daher sollen im Rahmen des DART-Projektes Erfahrungen insbesondere in drei Themenbereichen ausgetauscht werden: Gesundheitsversorgung und Wohlfahrt, Lebenslanges Lernen und Arbeitsmarkt sowie eine zugleich innovative und traditionelle Wirtschaft. Insgesamt konnten 89 „Good Practices“, also gute Praxisbeispiele, identifiziert werden. Angelehnt an diese Praxisbeispiele stellen die Projektteilnehmer detaillierte Forderungen für eine regionale und europäische Handlungsstrategie auf.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung wurden dabei die Schwerpunkte eines gesunden Lebens sowie einer verbesserten Versorgung im Krankheitsfall diskutiert. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Care Academy in Limburg, Niederlande, die eine Verbindung zwischen Gesundheits- und Lehreinrichtungen schafft.

Im Bereich des Lernens wurden insbesondere die Notwendigkeit der Möglichkeit des lebenslangen Lernens sowie verbesserte EDV-Kenntnisse und ein integrativer Arbeitsmarkt betont. Ein gutes Beispiel aus der Praxis findet sich hier in Potsdam, wo ältere Arbeitslose und Studenten gemeinsam an einem innovativen Projekt arbeiten.

Im wirtschaftlichen Bereich wurde die Stärkung regionaler Produkte und Firmen, die sich zudem besser und auch sektorübergreifend vernetzen sollen, als wichtig erkannt. Für Firmen liegt der Schwerpunkt auf der Integration von älteren Arbeitnehmern sowie einer Zusammenarbeit mit der jungen Generation, z.B. Hochschulen. Hier stellt Sachsen ein gutes Beispiel dar, das barrierefreies Einkaufen ermöglicht.

Studie

Investitionsbank des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2012): Final Report: DART - Declining, Ageing and Regional Transformation.

2.27 Demografischer Wandel: Bedarf an Grundschulen in Brandenburg sinkt

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels richtete die Landesregierung von Brandenburg im Juli 2012 eine Kommission ein, die sich mit den langfristigen Folgen der demografischen Entwicklung beschäftigt. Im November 2013 wurde vor dem Hintergrund der stark sinkenden Schülerzahlen der Bericht „Empfehlungen für künftige Modelle der Grundschulversorgung im ländlichen Raum im Land Brandenburg“ veröffentlicht. Neben einer Beschreibung der gegenwärtigen Lage Brandenburgs thematisiert der Bericht den Umgang mit der Grundschulversorgung in gering besiedelten Regionen und zeigt Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Schulen des Bundeslandes auf.

Der demografische Wandel in Brandenburg ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Alterung der Gesellschaft bei einer gleichzeitig niedrigen Geburtenrate und dem damit verbundenen Rückgang der Bevölkerungszahlen. Im Januar 2011 lebten in Brandenburg 2,503 Millionen Einwohner. Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung des Statistischen Landesamtes zufolge wird die Bevölkerungszahl bis 2030 um 253 000 Personen (10%) zurückgehen. Dabei wird sich die Altersstruktur tiefgreifend verändern: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren verringert sich bis 2030 um ein Viertel – langfristig sinkt die Zahl der einzuschulenden Kinder in Brandenburg also weiter. Davon sind die ländlichen Regionen stärker betroffen als die städtischen, wodurch grundsätzliche Fragen zur schulischen und regional-räumlichen Organisation der Grundschulen aufgeworfen werden.

Die Abnahme der Schülerzahlen führte zu einer Vielzahl von Schließungen öffentlich getragener Schulen, sodass seit 1997 ca. 200 von ursprünglich 645 Grundschulen aufgelöst werden mussten. Um ein möglichst wohnungsnahes Angebot an Grundschulen zu sichern, wurden 45 sogenannte „Kleine Grundschulen“ eröffnet, die mit mindestens drei jahrgangsübergreifenden Klassen konzeptioniert sind und genehmigt wurden, wenn die Entfernung zu einer anderen Grundschule für die Schülerinnen und Schüler nicht zumutbar ist.

In Brandenburg basiert die Prognose der Einschulungszahlen auf der Schülermodellrechnung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Bis 2017 wird landesweit eine gleichbleibende Schülerzahl von 200 000 erwartet. Bis zum Jahr 2030 wird ein kontinuierlicher Rückgang der Einschulungen um bis zu 34% auf 12 700 eingeschulte Schüler erwartet. Dabei setzt der Rückgang im Metropolenraum früher ein und ist dort stärker ausgeprägt als in den ländlichen Regionen.

Vor dem Hintergrund der zukünftigen Entwicklung wirbt die Demografie-Kommission der Landesregierung Brandenburgs für den Erhalt eines möglichst wohnungsnahen und erreichbaren Netzes der Grundschulen im ländlichen Raum ohne Beeinträchtigung der Bildungs- und Erziehungsqualität. Die Schließungen von Standorten außerhalb des Metropolenraums führen neben weiten Schulwegen der Schüler zu dem Verlust eines wesentlichen soziokulturellen Zentrums. Daher empfiehlt die Kommission die Beibehaltung der aktuellen schulrechtlichen Grundsätze über die Mindestgröße von Grundschulen unter Berücksichtigung bestimmter Ausnahmeregelungen.

Bericht

Bundesministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg., 2013) – Empfehlungen für künftige Modelle der Grundschulversorgung im ländlichen Raum im Land Brandenburg.

2.28 Lebenssituation im Alter zunehmend gut

Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft ist es Ziel des Deutschen Alterssurvey (DEAS), langfristig ein umfassendes Bild des Älterwerdens zu gewinnen. Dabei werden in der Umfrage zwei Themenfelder detailliert untersucht: Die aktuelle Lebenssituation sowie der Wandel der Lebenssituation von Älteren während des Zeitraums 1996 bis 2008. Zu diesem Zweck werden die Teilnehmer zu ihrer materiellen Sicherung, ihren Generationenbeziehungen sowie zu ihrer Wohnsituation und Hilfs- und Pflegebedürftigkeit befragt. Die DEAS wird seit 1996 alle sechs Jahre durchgeführt.

Der DEAS basiert auf drei zentralen Erkenntnissen der Altersforschung: Erstens ist Altern Teil der gesellschaftlichen Entwicklung. So verändern Institutionen wie das Rentensystem die Lebenssituation im Alter. Zweitens sind die Chancen und Risiken für ein Leben im Alter in der Bevölkerung ungleich verteilt. Soziale Ungleichheiten, insbesondere in der Bildung, führen auch zu Ungleichheiten im Alter. Drittens ist Lebensqualität im Alter ein subjektives Maß. Entsprechend werden die Teilnehmer nicht nur zu den objektiven Lebensumständen befragt, sondern auch dazu, wie sie diese bewerten.

Insgesamt geht aus der Befragung hervor, dass die Einkommenssituation von Älteren derzeit nicht problematisch ist. Allerdings wächst die Ungleichheit, sodass sowohl die Armuts- als auch die Reichtumsquote steigen. Insbesondere Ältere in Ostdeutschland sind wegen niedriger Einkommen und weniger privater Altersvorsorge von Altersarmut bedroht. Da dem Staat eine wichtige Funktion in der Alterssicherung zugeschrieben wird sorgen insbesondere diejenigen, die auf eine private Vorsorge im Alter angewiesen wären, privat nur selten vor.

Obwohl gesundheitliche Einschränkungen im hohen Lebensalter nach wie vor verbreitet sind, zeigt die Auswertung der DEAS einen deutlichen Rückgang von Erkrankungen bei Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Zudem betreiben mehr Menschen Sport, um gesund zu bleiben. Insbesondere Personen mit niedrigem Bildungshintergrund bedürfen in dieser Hinsicht allerdings noch Förderung beispielsweise mittels gezielter Informationsveranstaltungen.

Aus der DEAS geht zudem hervor, dass das politische Leitkonzept des „aktiven Alterns“, d.h. Erwerbstätigkeit, Bildung und gesellschaftliche Partizipation im Alter, weitgehend umgesetzt wird. Die Erwerbsbeteiligung in der zweiten Lebenshälfte ist seit 1996 deutlich gestiegen. Allerdings zeichnen sich hier insbesondere Probleme in der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege oder Unterstützung von Verwandten ab. Zudem wird eine Ungleichverteilung der sozialen Teilhabe in Form von Erwerbstätigkeit und Ehrenamt deutlich, die stark mit dem Bildungsniveau variiert.

Vor dem Hintergrund eines steigenden Anteils von partner- und kinderlosen Menschen in der zweiten Lebenshälfte nimmt die Bedeutung von alternativen Bezugspersonen wie etwa Freunden oder Nachbarn zu.. Insgesamt zeigen die Ergebnisse der DEAS aber keinen „Zerfall der Familie“: Der Kontakt über verschiedene Generationen ist trotz der zunehmenden räumlichen Distanz innerhalb der Familien gut. Die Integration von Älteren, die wenig in die eigene Familie eingebunden sind, stellt hingegen eine große gesellschaftliche Herausforderung dar.

Studie

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012), Altern im Wandel: Zentrale Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys (DEAS).

2.29 Der demografische Wandel im Bürgerdialog

Im Februar 2013 veröffentlichte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Report „Bürgerdialog Demografischer Wandel – Wie bleibt unser Land ideenreich und innovativ?“. Im Rahmen eines Bürgerdialogs haben Bürger die Möglichkeit mit Experten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ihre Meinungen, Hoffnungen und Befürchtungen zu Zukunftsthemen zu diskutieren. Der Dialog konzentriert sich dabei auf die drei Themenschwerpunkte Zusammenleben, Arbeitswelt und Lebenslanges Lernen. Er versucht, Lösungsansätze zu formulieren um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Der demografische Wandel in Deutschland ist geprägt durch eine sinkende Geburtenrate bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft. Für das gesellschaftliche Zusammenleben ist es daher wichtig, den Austausch zwischen Jung und Alt zu fördern, um Distanzen zwischen den Generationen aufzulösen. Eine Lösung, die im Bürgerdialog entstanden ist, soll dabei mithilfe von „GenerationsTreffpunkten“ und altersübergreifenden Lebensräumen, sogenannten „ALFIS“, geschaffen werden. Um die Geburtenraten zu erhöhen, spielt der Ausbau der familiären Unterstützung eine zentrale Rolle. Die Hilfen sollen nicht nur finanzieller Natur sein, sondern vor allem die Wertschätzung und den Stellenwert von Familien in der Gesellschaft stärken. Als weiterer wichtiger Aspekt des Zusammenlebens sprechen sich die Bürger im Rahmen des Bürgerdialogs für die Förderung der Integration und des kulturellen Austauschs aus. Durch die Verbesserung der institutionellen Infrastruktur soll das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen als Normalität im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden.

Die „Arbeitswelt“ ist für die beteiligten Bürger ein weiteres Diskussionsthema. Die demografische Entwicklung hat dazu geführt, dass Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder stärkere und intensivere Unterstützung durch die Gemeinschaft benötigen, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Des Weiteren sind die Bürger der Meinung, dass Schülern, insbesondere mit Migrationshintergrund, der Einstieg in die Berufswelt mit Hilfe von Praxiserfahrung erleichtert werden muss. Nicht nur die Interessen der jüngeren Generation, sondern auch die der älteren Arbeitnehmer müssen in der Arbeitswelt stärker berücksichtigt werden. Von den Bürgern wird eine Umgestaltung des Rentensystems vorgeschlagen, die einen flexibleren Renteneintritt durch eine Übergangsförderung ermöglichen soll.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels fordern die Bürger im Dialog „Lebenslanges Lernen“ eine Neugestaltung des Bildungswesens und der Lernkultur. Entscheidend ist dabei, ein transparentes Bildungsangebot für alle Generationen, Regionen und sozialen Schichten zu gewährleisten. Moderne und übergreifende Lernformen sollen in Schulen verankert werden und so Bildungsgrenzen aufgehoben werden. Im außerschulischen Bereich sollen Jugendliche durch gesellschaftliches Engagement ihre Kompetenzen entdecken. Dies schützt zudem das Ehrenamt, damit Deutschland ideenreich und innovativ bleibt.

Report

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013). Bürgerdialog Demografischer Wandel – Wie bleibt unser Land ideenreich und innovativ?

2.30 Migranten im Alter deutlich schlechter gestellt

Ältere Migranten sind Teil zweier gesellschaftlich relevanter Prozesse: Alterung der Gesellschaft und Integration von Migranten. Als Schnittmenge dieser Prozesse sind ältere Migranten daher zunehmend auch für die Forschung interessant. Die Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bietet einen Überblick über bisherige Arbeiten aus der Migrations- und Altersforschung. Dabei werden die Themenfelder Arbeitsmarkt, Ruhestand, Gesundheit, Generationenbeziehungen sowie Verbleib und Rückkehr behandelt.

Ältere Migranten können zurzeit zumeist zwei Gruppen zugeordnet werden. Erstens befinden sich viele der in den 50er- und 60er-Jahren nach Deutschland gekommenen Gastarbeiter bereits im Ruhestand und verbringen diesen oft in Deutschland. Zweitens sind in den 80er- und 90er-Jahren viele Aussiedler und Spätaussiedler aus den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Auch sie sind heute teilweise schon im Ruhestand. Insgesamt sind über 65-jährige unter den Migranten mit 9,4% aber seltener vertreten als unter den Personen ohne Migrationshintergrund (23,7%). Modellrechnungen zeigen jedoch, dass mit einer Zunahme von älteren Menschen unter den Migranten auf 15% in den 2030er-Jahren zu rechnen ist.

Der Bericht zeigt, dass Migranten auf dem Arbeitsmarkt deutlich schlechter positioniert sind als Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Autoren zählen dafür mehrere Gründe auf: Zum einen sind Migranten seltener erwerbstätig, was vor allen Dingen an der geringen Partizipationsrate von Frauen liegt. Außerdem ist ihre Stellung am Arbeitsmarkt schlechter. Sie arbeiten seltener Vollzeit und sind häufiger von besonderen Beschäftigungssituationen wie Schichtarbeit betroffen. Zudem sind Migranten häufiger arbeitslos.

Daraus ergeben sich größere Probleme für die finanzielle Absicherung im Alter: In Folge ihrer schlechteren Stellung am Arbeitsmarkt erhalten Migranten geringere Renten und besitzen weniger Vermögen. Studien haben jedoch gezeigt, dass sich diese Unterschiede hauptsächlich auf Unterschiede in der Ausbildung zurückführen lassen und nicht auf den Migrationsstatus zurückgehen. Ebenso führen die schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erhöhten Gesundheitsrisiken für ältere Migranten. Daraus kann sich ein möglicherweise erhöhter Pflegebedarf ergeben.

Dies ist insbesondere relevant, da sich die familiären Unterstützungsleistungen zwischen Migranten und Einheimischen angleichen. Zwar haben Migranten zurzeit eine sehr große familiäre Stabilität, allerdings wird diese Stütze aufgrund zunehmender Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und größerer räumlicher Mobilität abnehmen. Daher stellen ältere Migranten die Gesellschaft vor ähnliche Aufgaben wie ältere Nicht-Migranten.

Insgesamt zeigt sich, dass ältere Migranten überwiegend ihren neuen Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben. Sie bleiben vor allen Dingen aus familiären Gründen auch nach ihrem Erwerbsleben in Deutschland und kehren nicht in ihre Herkunftsländer zurück. Vor diesem Hintergrund wiegt der Mangel an belastbaren Daten zu älteren Migranten in Deutschland besonders schwer. Die Autoren argumentieren jedoch, dass der Mikrozensus die Datenlage bereits erheblich verbessert hat.

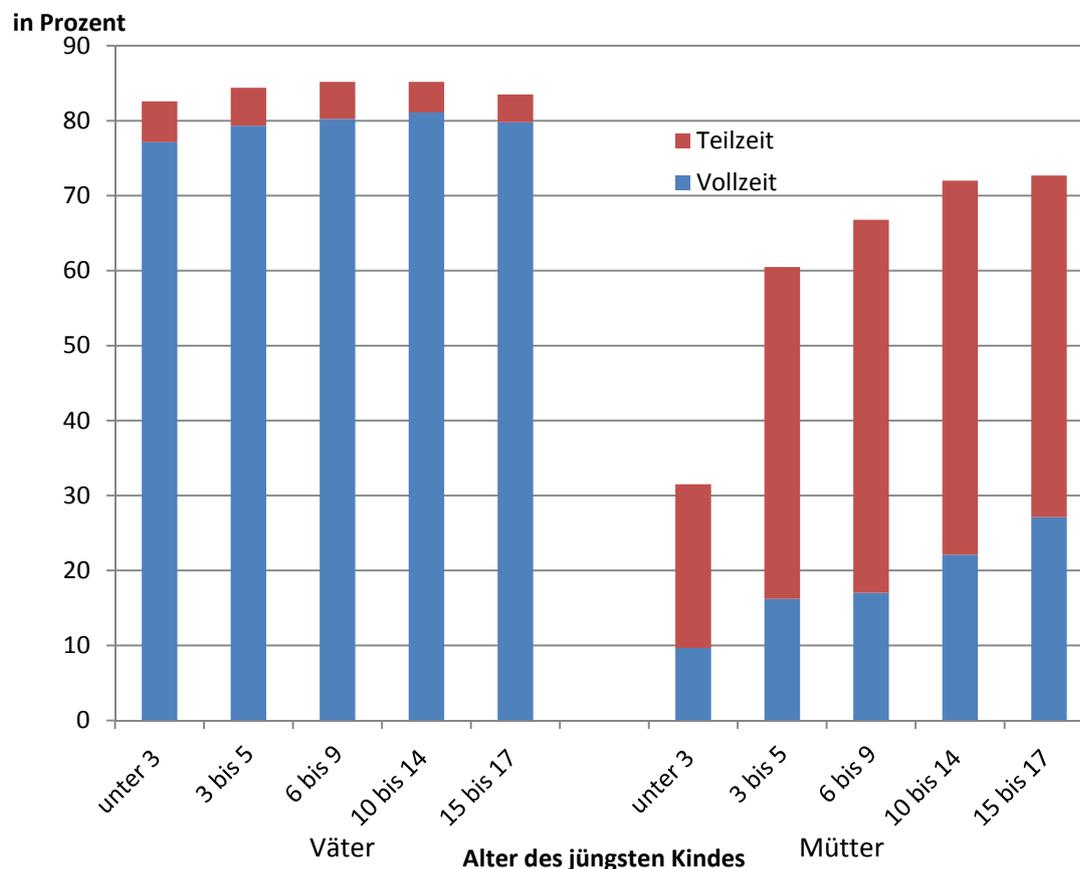
Bericht

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten: Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven.

3. Statistiken

3.1 Je kleiner die Kinder, desto häufiger arbeiten Mütter Teilzeit

Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern nach dem Alter des jüngsten Kindes und dem Beschäftigungsumfang, 2010



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Wirtschaft und Statistik, Januar 2012, S. 30ff.);

Berechnungen: BiB (Basis: Tabelle 1)

Insbesondere durch die Herausforderungen des demografischen Wandels steht die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen im Fokus von Politik und Wirtschaft. Während die Erwerbsquote der Frauen in den vergangenen Jahren gestiegen ist, hören Frauen nach der Geburt von Kindern immer noch auf zu arbeiten. Um die Erwerbstätigkeit junger Eltern zu erhöhen, wurde mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung eine Maßnahme ergriffen, die es Frauen ermöglichen soll, erwerbstätig zu bleiben bzw. wieder in ihren Job einzusteigen. Dass hier Potenzial insbesondere bei den Müttern besteht, erkennt man daran, dass die Erwerbsbeteiligung von Vätern mit Kindern unter 18 Jahren mit durchschnittlich 84,2% im Jahr 2010 deutlich höher ausfällt als die der Mütter (durchschnittlich 60%).

Während der Anteil der erwerbstätigen Väter unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes relativ konstant bleibt, steigt der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit dem Alter des jüngsten Kindes, ohne aber je das Niveau der Väter zu erreichen. Ein Großteil der Mütter kehrt in den Arbeitsmarkt zurück, wenn das jüngste Kind das Kindergartenalter erreicht hat. Entsprechend scheinen vorhandene Betreuungsmöglichkeiten Auswirkungen zu haben. Allerdings sind knapp 30% der Mütter nicht erwerbstätig, obwohl das jüngste Kind bereits auf eine weiterführende Schule geht.

Unterschiede zwischen Müttern und Vätern lassen sich aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit erkennen. So gibt es einen deutlichen Unterschied in der Erwerbstätigkeit der Väter und Mütter: Während nur ein Bruchteil der Väter Teilzeit arbeitet (5,5%), liegt der Anteil der teilzeitbeschäftigten Mütter deutlich über dem Anteil der vollzeitbeschäftigten Mütter unabhängig vom Alter des Kindes. Ist das jüngste Kind unter drei Jahren, arbeiten nur 31,5% der Mütter überhaupt und hiervon nur rund ein Drittel in Vollzeit (wobei im Osten die Vollzeitquote deutlich über der im Westen liegt).

Der Anteil der Mütter, die teilzeitbeschäftigt sind, steigt mit dem Alter des Kindes deutlich an und liegt bei 44,3% für Kinder im Alter zwischen 3 und 5 Jahren, um sich schließlich bei knapp 50% mit älteren Kindern einzupendeln. Dabei ist Teilzeit nicht zwangsläufig die bevorzugte Beschäftigungsart von Frauen – viele in Teilzeit arbeitende Frauen geben an, dass sie gerne mehr Stunden arbeiten würden. Ein Grund für die hohe Teilzeitbeschäftigung unter Frauen könnte ein zu geringes Angebot an Ganztagsbetreuung sein.

Weitere Quellen:

Statistisches Bundesamt (2012), Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Bevoelkerung/VereinbarkeitFamilieBeruf_112.pdf?__blob=publicationFile

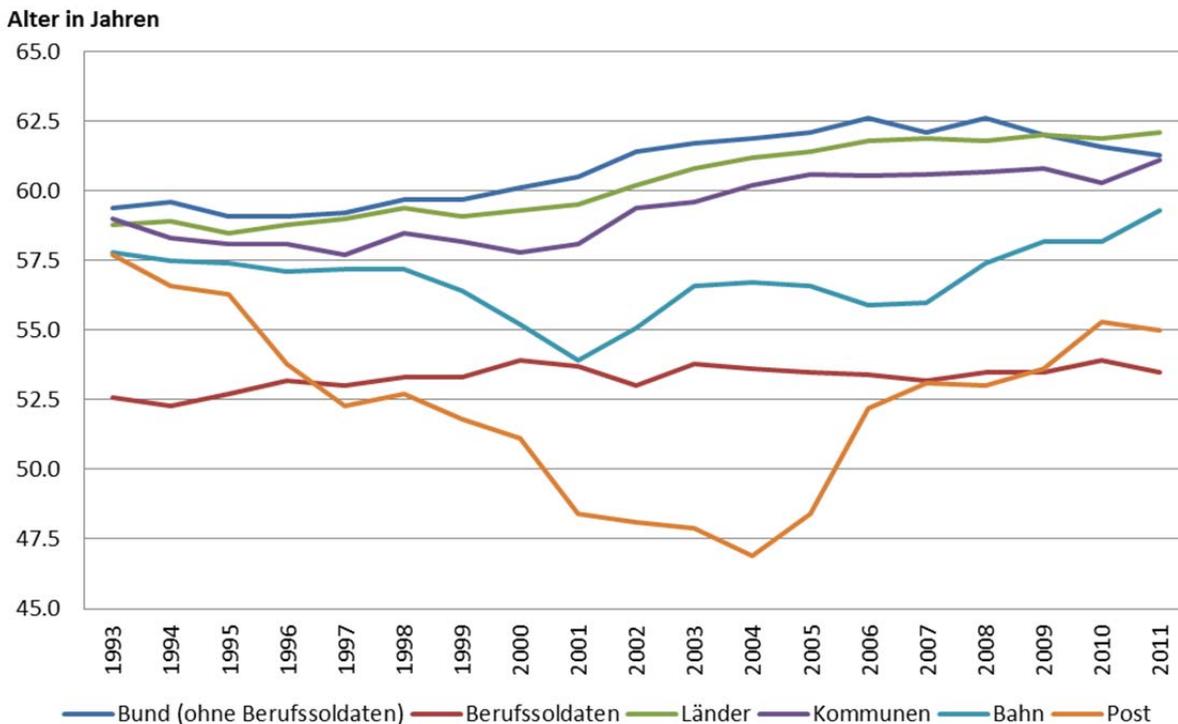
Statistisches Bundesamt (2012), Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen nimmt zu.
http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Deutschland/Erwerbstaetigenquote_Aelter_Geschlecht.html

Wanger, Susanne (2011). Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. IAB-Kurzbericht 9/2011.

http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Studien/Wanger_Teilzeit_Arbeitszeit.html

3.2 Berufssoldaten sind die jüngsten Pensionäre, Länderbeamte die ältesten

Durchschnittsalter der Empfänger von Ruhegehalt bei Eintritt in den Ruhestand, 1993-2011



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 14 Reihe 6.1 - 2012, Abschnitt IV.9)

Beamte und Berufssoldaten beziehen im Alter Ruhegehalt. Im Jahr 2012 taten das in Deutschland 1,12 Millionen Menschen. Die gesetzliche Altersgrenze lag dabei im Jahr 2011 für Beamte und Richter bei 65 Jahren, für Berufssoldaten teils deutlich niedriger. Inzwischen steigt sie, vergleichbar zur gesetzlichen Rente, für die Beamten und Richter des Bundes wie auch einiger Länder schrittweise auf 67 Jahre an. Allerdings zeigt sich, dass Beamte im Jahr 2011 mit durchschnittlich weniger als 62 Jahren in den Ruhestand gingen und nur ein geringer Anteil mit 65 Jahren.

Dabei unterscheidet sich das Eintrittsalter in den Ruhestand je nach vorherigem Arbeitgeber. So gehen die Beamten des Bundes mit durchschnittlich 61,3 Jahren, Beamte der Länder mit 62,1 Jahren und Beamte der Kommunen mit 61,1 Jahren in den Ruhestand. Sie tun dies damit im gleichen Alter oder sogar etwas später als gesetzlich Versicherte.

Mit einem Durchschnittsalter von 53,5 Jahren sind Berufssoldaten die jüngsten Bezieher von Ruhegeld. Bereits im Jahr 1993 waren sie beim Eintritt in den Ruhestand mit 52,6 Jahren durchschnittlich fünf Jahre jünger als andere Beamte. Verantwortlich dafür ist das reguläre Dienstzeitende, das nach den Bestimmungen des Soldatengesetzes zwischen Vollendung des 40. und des 62. Lebensjahres liegt.

Beamte der Bahn und der Post wechselten im Jahr 1993 mit 57,7 bzw. 57,8 Jahren in den Ruhestand. Danach verjüngte sich das Eintrittsalter beider Gruppen deutlich, insbesondere durch eine große Zahl an Dienstunfähigkeiten. Seit 1993 und damit den Privatisierungen sind diese rapide angestiegen und inzwischen wieder etwas gesunken. Im Jahr 2011 gingen 59 Prozent (Bahn) bzw. 37 Prozent (Post) aufgrund von Dienstunfähigkeit in den Ruhestand. Im Jahr 2001 waren es fast alle Zugänge mit 95 bzw. 98 Prozent. Das durchschnittliche Alter der

Ruhestandseintritte im Postwesen sank dadurch kontinuierlich und deutlich bis zum Jahr 2004 auf 46,9 Jahre und stieg anschließend mit dem geringer werdenden Anteil der Dienstunfähigkeiten wieder an bis auf 55,0 Jahre im Jahr 2011. Bei der Bahn nahm der Anteil der Eintritte aufgrund von Dienstunfähigkeit bereits ab 2002 deutlich ab, so dass der Verlauf des durchschnittlichen Eintrittsalters weniger stark absank.

Im Gegensatz zu den privatisierten Bereichen ist das Eintrittsalter bei den anderen Beamten im Laufe der Jahre gestiegen. Am deutlichsten zeigt sich das beim Pensionsalter der Länderbeamten, das zwischen 1993 und 2011 um durchschnittlich 3,3 Jahre zulegte.

Weitere Quellen:

Berliner Zeitung (2003), In den Ruhestand mit 40. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/pensionen---telekom--und-post-beamte-kommen-den-staat-teuer-zu-stehen---auch-weil-sie-frueh-in-rente-gehen--in-den-ruhestand-mit40,10810590,10062786.html>

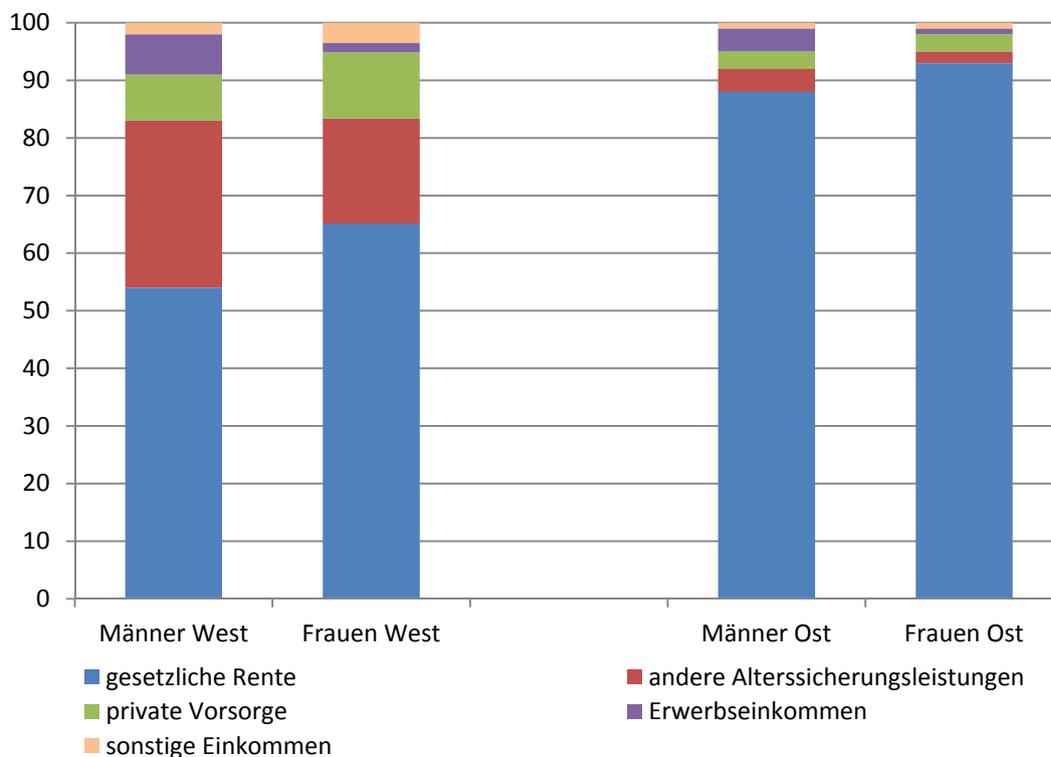
Statistisches Bundesamt (2014), Versorgungsempfänger des Öffentlichen Dienstes. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuer/OeffentlicherDienst/Pensionaere/Tabellen/Versorgungsempfaenger.html>

Statistisches Bundesamt (2014), Fachserie 14 Reihe 6.1, Entwicklung der Versorgungsempfänger ins-besondere Dienstunfähigkeiten. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/AlteAusgaben/VersorgungsempfaengerAlt.html>

Stern (2003). Frühpensionierung - Auffälliger „Grübelzwang“. 26. Februar 2003. <http://www.stern.de/wirtschaft/arbeit-karriere/arbeit/fruehpensionierung-auffaelliger-gruebelzwang-504435.html>

3.3 Ältere im Osten stärker auf gesetzliche Rente angewiesen als im Westen

Zusammensetzung des Einkommens über 65-Jähriger nach Geschlecht, 2011



Datenquelle: Alterssicherungsbericht 2012 (Tabelle BC.1)

Die Einkommen älterer Menschen setzen sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen: Renten und Pensionen, private Altersvorsorge, andere Alterssicherungsleistungen (wie betriebliche Altersvorsorge und Beamtenpensionen), Erwerbseinkommen und sonstige Einkommen (etwa aus dem Transfersystem). Die betriebliche Altersvorsorge hat in Westdeutschland eine lange Tradition. Steuerliche Regelungen bieten sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber Anreize sie zu nutzen. In der Zusammensetzung der Einkommen Älterer lassen sich gravierende Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und den Geschlechtern unter anderem dadurch erkennen, dass die aktuellen Rentner einen Großteil ihres Arbeitslebens im geteilten Deutschland erlebt haben. Die durchschnittliche Höhe der Bruttoeinkommen im Alter ist entsprechend bei westdeutschen Männern mit 2 090 Euro deutlich höher als in Ostdeutschland (1406 Euro). Die Verdienste der Frauen unterscheiden sich hingegen weniger stark (1 173 Euro im Westen und 1 131 Euro im Osten).

In Westdeutschland wird nur ein Teil des Einkommens der über 65-Jährigen aus der gesetzlichen Rente bezogen. Dabei fällt der deutliche Geschlechterunterschied auf, der insbesondere auf den geringen Anteil an verbeamteten Frauen und Frauen mit einer betrieblichen Alterssicherung zurückzuführen ist. Aber auch innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen Männer mit 1 254 Euro brutto höhere Leistungen als Frauen mit 821 Euro. Gründe dafür sind sowohl niedrigere Einkommen als auch häufigere Erwerbsunterbrechungen vor allem durch Erziehungszeiten.

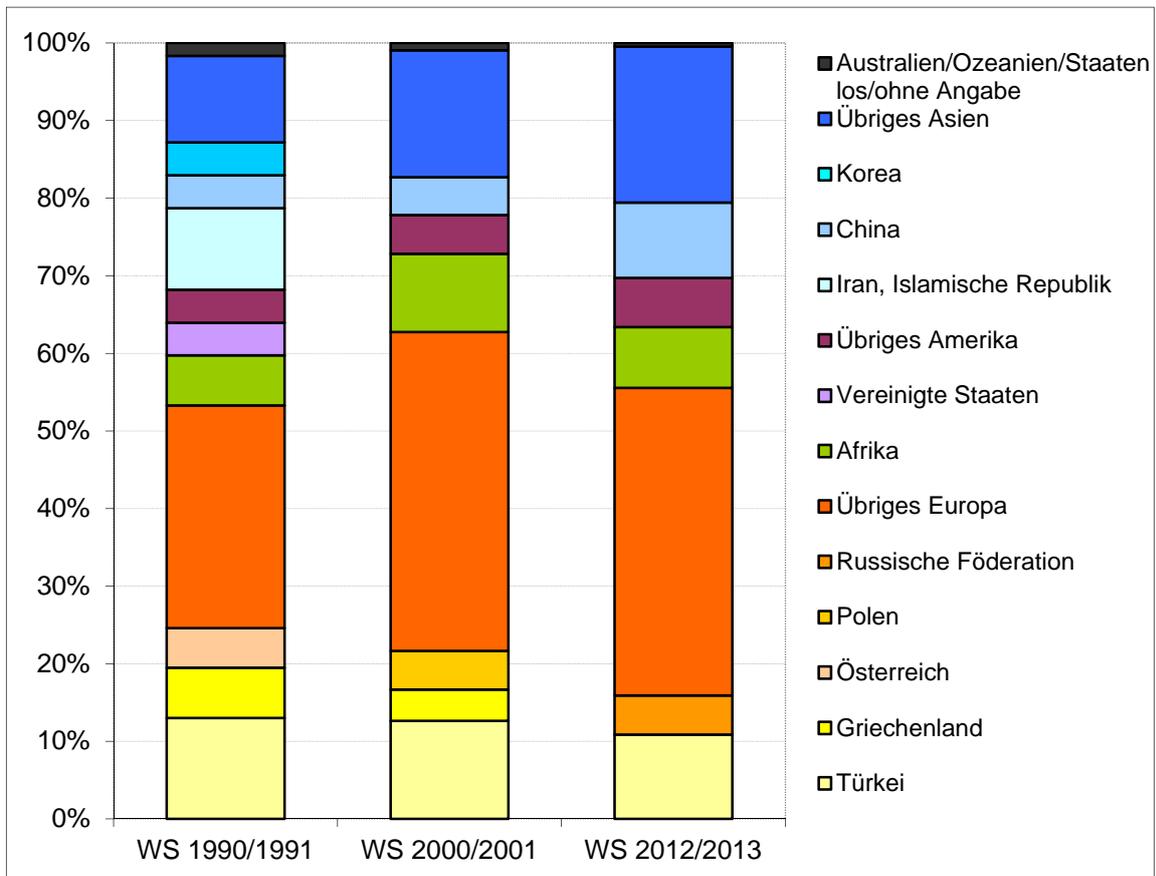
In Westdeutschland wird die Rente insbesondere durch andere Alterssicherungsleistungen, vor allem Beamtenpensionen oder betriebliche Zusatzrenten, ergänzt bzw. ersetzt. Die durchschnittlichen monatlichen Beamtenpensionen von 2 407 Euro fallen deutlich ins Gewicht.

Ein weiterer wichtiger Anteil ist die private Vorsorge, der 8% für Männer und 11% für Frauen beträgt. Besonders westdeutsche Männer sind auch im Alter noch erwerbstätig, was einen Anteil von 7% ihres Einkommens ausmacht.

Im Gegensatz dazu beziehen Menschen im Alter von über 65 Jahren in Ostdeutschland den Großteil ihres Einkommens aus der gesetzlichen Rente, bei den Männern sind es 88%, bei den Frauen sogar 93%. Dabei ist das durchschnittliche Monatseinkommen aus der gesetzlichen Rente für Männer mit 1 250 Euro höher als für Frauen mit 1 062 Euro. Insgesamt ist der Geschlechterunterschied aber deutlich weniger stark ausgeprägt als in Westdeutschland. Dies ist insbesondere auf die starke Arbeitsmarktpartizipation ostdeutscher Frauen in der DDR zurückzuführen. Die private Altersvorsorge macht für beide Geschlechter nur 3% des Gesamteinkommens aus. Da vor der Wende keine Möglichkeit zur betrieblichen und privaten Rentenvorsorge in Ostdeutschland bestand, ist die gesetzliche Rente weiterhin die wichtigste Einnahmequelle für dortige Rentner. Die Entwicklung der Rentenhöhe ist somit für ostdeutsche Rentner von größerer Bedeutung als für westdeutsche.

3.4 Chinesische Studenten erobern deutsche Hochschulen

Ausländische Studierende in Deutschland nach Herkunftsstaaten



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 11 Reihe 4.1); es werden nur Länder bzw. Ländergruppen dargestellt, die mindestens 4% der ausländischen Studenten ausmachen.

Das Studium in Deutschland scheint für ausländische Studierende sehr attraktiv zu sein. So erreichten die deutschen Hochschulen im Wintersemester (WS) 2011/2012 einen Rekordwert von 265 000 ausländischen Studenten. Im Gegensatz zu 1990/1991 hat sich die Zahl der ausländischen Studierenden von knapp 100 000 mehr als verdoppelt, während die Zahl der deutschen Studenten von 1,6 auf 2,1 Millionen gestiegen ist. Deutschland zählt damit zu den beliebtesten Zielen für nicht-englischsprachige Studienaufenthalte weltweit. Dieser ohnehin positive Trend könnte sich zukünftig durch das 2012 verabschiedete Gesetz der sogenannten „EU-Hochqualifizierten-Richtlinie“ verstärken, das auf eine arbeits- und aufenthaltsrechtliche Verbesserung für ausländische Studierende und Absolventen abzielt.

Im WS 2012/2013 stammten knapp dreißig Prozent aller ausländischen Studierenden aus Asien. Davon waren knapp 10% der Studierenden aus China. Sie führen zusammen mit Studierenden aus der Türkei die Rangliste der Herkunftsländer an. Obwohl asiatische Studenten bereits im Wintersemester 1990/1991 20% der ausländischen Studenten stellten, hat sich der Anteil der chinesischen Studierenden an deutschen Hochschulen innerhalb von zwanzig Jahren verdoppelt. Offenbar ist die Anziehungskraft deutscher Hochschulen auf chinesische Studenten stark gestiegen. Gründe hierfür könnten – neben der weltweit steigenden Anzahl chinesischer Studenten – die im internationalen Vergleich niedrigen Studiengebühren und Lebenshaltungskosten sein. Gleichzeitig hat der Anteil iranischer Studenten immer weiter abgenommen.

Sowohl im WS 2012/2013, als auch im WS 2000/2001 sind mehr als die Hälfte der ausländischen Studentinnen und Studenten Europäer. Aktuell ist der Anteil der EU-Ausländer größer als der Anteil der Studierenden aus nicht EU-Ländern. Auffallend ist hier, dass der Anteil der Österreicher, Polen und Griechen deutlich gesunken ist. Dies könnte daran liegen, dass die Zahl der griechischen Staatsbürger in Deutschland insgesamt geringer geworden ist. Außerdem hat sich im Fall von Österreich und Polen nicht die Zahl der Studenten verringert, sondern nur deren Anteil durch den starken Anstieg von ausländischen Studenten vor allem aus Ländern außerhalb der EU. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Zahl der Studenten aus den besonders betroffenen Ländern Italien, Spanien und Griechenland zwar deutlich angestiegen, allerdings ist ihr Anteil immer noch recht gering und liegt bei insgesamt 8% im WS 2012/2013.

Weitere Quellen:

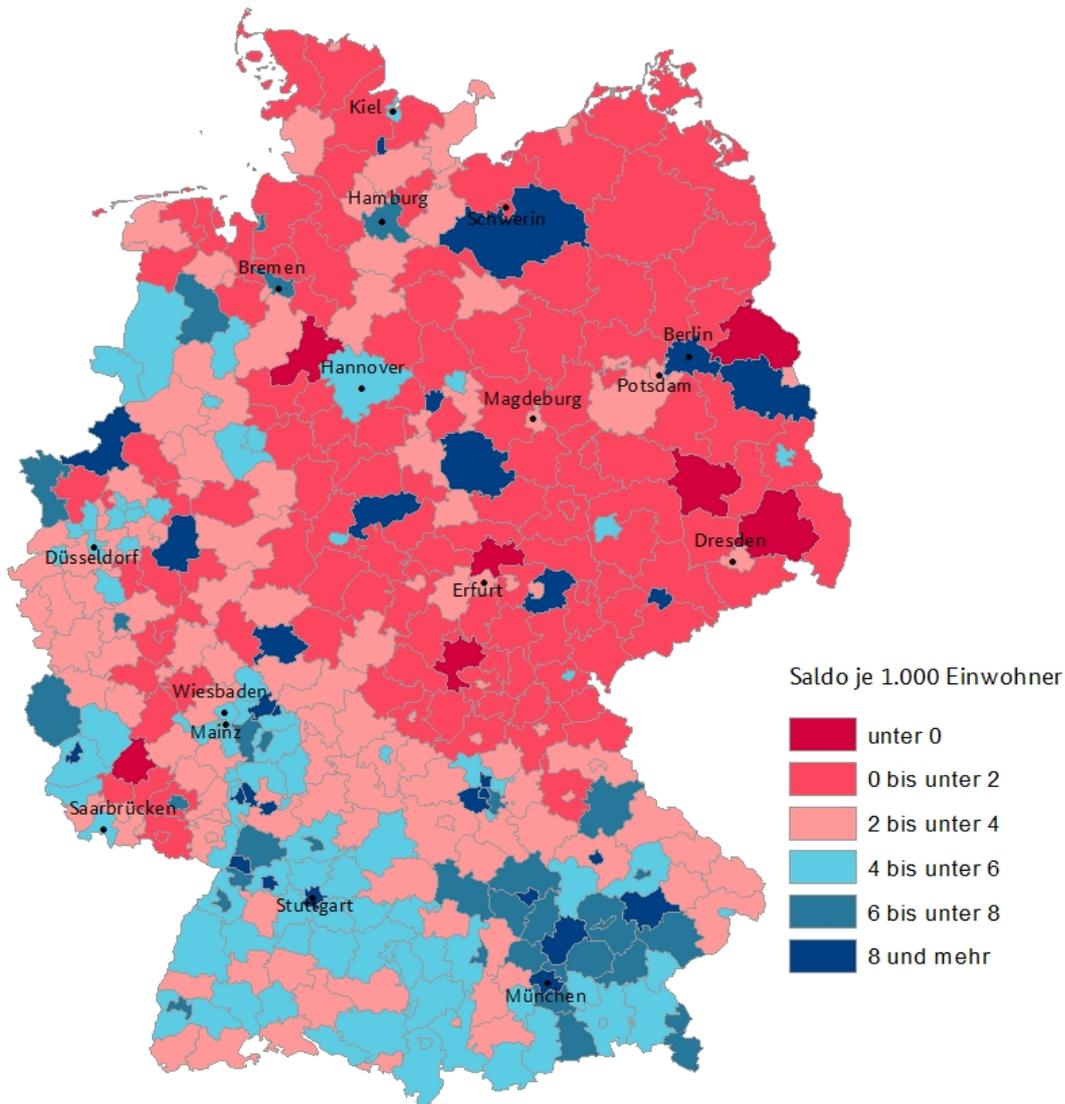
Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013): Ausländische Studierende in Deutschland nach Hochschularten und Herkunftsstaaten (Tab.2.5.33) <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/K25.gus?rid=T2.5.33#T2.5.33> [Stand: 10.12.2013]

Destatis (2013), Ausländische Bevölkerung, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevolkerung/Tabellen/StaatsangehoerigkeitJahre.html>

Deutsches Studentenwerk (2012): „Blaue Karte EU“: Erleichterungen für ausländische Studierende und Absolventen ab heute in Kraft. Pressemitteilung <http://www.studentenwerke.de/presse/2012/010812a.pdf> [Stand 10.12.2013]

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Ausländer zieht es an deutsche Hochschule. Pressemitteilung <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/neue-studiengebuehrendebatte-auslaender-zieht-es-an-deutsche-hochschulen-12542921.html#Drucken> [Stand 10.12.2013]

3.5 Zuwanderung vor allem nach Süddeutschland

Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland nach Kreisen, 2012

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2013)

© BiB 2013

Der Wanderungssaldo ergibt sich aus der Differenz zwischen Ein- und Auswanderung einer Region z.B. eines Landes oder einer Gemeinde und ist neben der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung eine wichtige Kennziffer zur Prognose der Bevölkerungsentwicklung. Zwar ist Deutschland im Zuge des demografischen Wandels von einer alternden Gesellschaft und sinkenden Geburtenzahlen geprägt, dennoch zeigt sich im Wanderungssaldo der vergangenen Jahre kein eindeutiger Trend.

Von 1990 bis 2007 war der Wanderungssaldo positiv, bevor in den Jahren 2008 und 2009 erstmals mehr Menschen ins Ausland abwanderten als nach Deutschland zogen. Dennoch kann Deutschland seit dem Jahr 2010 erneut einen Wanderungsüberschuss verbuchen; im Jahr 2012 mit 369 000 Menschen sogar den höchsten seit 1995. Diese Entwicklung basiert vor allem auf einer stärkeren Zuwanderung von Ausländern insbesondere aus neuen EU-Mitgliedstaaten oder aus EU-Ländern, die besonders schwer von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Im

Vergleich zum Jahr 2011 stieg beispielsweise die Zahl der spanischen Einwanderer um 9 000 und der italienischen Einwanderer sogar um 12 000 Einwanderer. Die meisten Zuwanderer (176 000 im Jahr 2012) sind jedoch polnischer Herkunft.

Die Zuwanderungen und Abwanderungen aus und in das Ausland sind sehr unterschiedlich über Deutschland verteilt. Drei Viertel der Zuwanderung ausländischer Einwanderer entfiel auf fünf Bundesländer. Mit 192 000 Einwanderern verzeichnet Bayern die höchste Zuwanderung, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (186 000), Baden-Württemberg (171 000), Hessen (90 000) und Niedersachsen (89 000). Diese Zahlen machen deutlich, dass es ein starkes Gefälle zwischen Süd- und Norddeutschland, aber vor allem auch West- und Ostdeutschland gibt. So verzeichnen insbesondere die ländlichen Regionen der ostdeutschen Bundesländer, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins geringe oder sogar negative Wanderungssalden. Auch innerhalb der Bundesländer gibt es regionale Unterschiede: städtische Regionen sind beliebter ländliche.

Die beliebtesten Zielländer der Auswanderer sind Polen, Rumänien und die Türkei. Dies deutet darauf hin, dass es sich dabei vermehrt um Migranten aus dem jeweiligen Land handelt. Allerdings ist aus den Daten nicht ersichtlich, ob ein dauerhafter oder befristeter Aufenthalt geplant ist oder ob der Aufenthalt in Deutschland von vorneherein nur befristet geplant war.

Weitere Quellen:

Statistisches Bundesamt (2013): Weiter hohe Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2012. Pressemitteilung Nr. 156 vom 07.05.2013 <http://www.codeproduit.fr/news/802/Weiter-hohe-Zuwanderung-nach-Deutschland-im-Jahr-2012.html> [Stand: 10.12.2013]

Statistisches Bundesamt (2013): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2011. Fachserie 1 Reihe 1.2.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Das Demografie Netzwerk, Wanderungssaldo. <http://demographie-wiki.de/index.php?title=Wanderungssaldo> [Stand: 10.12.2013]

3.6 Deutlich mehr Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Ostdeutschland

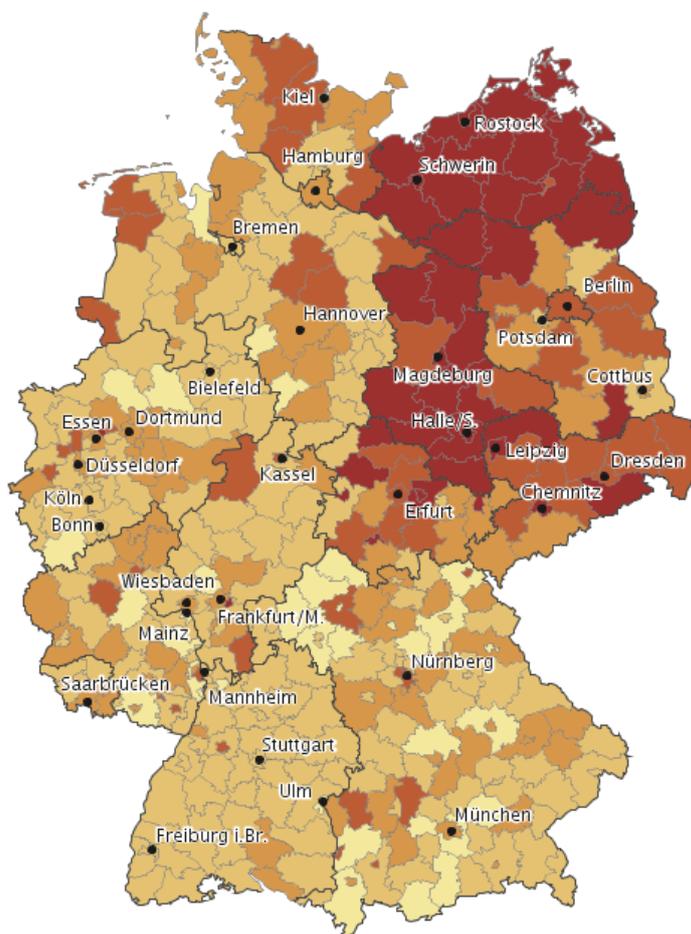
Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängern, 2010**Schulabgänger ohne Abschluss**

Name: keine Auswahl

Wert: keine Auswahl

Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss je 100 Schulabgänger 2010

- bis unter 4
- 4 bis unter 6
- 6 bis unter 8
- 8 bis unter 10
- 10 und mehr



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Statistik der allgemeinbildenden Schulen des Bundes und der Länder

© BBSR Bonn 2013

Datenquelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (INKAR-CD).

Der Schulabschluss ist die wichtigste Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt. Allerdings verlassen in Deutschland jedes Jahr zahlreiche Schüler die Schule ohne Schulabschluss. Im Jahr 2010 traf dies auf ca. 53 100 Schülerinnen und Schüler bzw. 6,5% zu. Mehr als die Hälfte dieser Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss besuchte zuvor eine Förderschule, rund 25% eine Hauptschule. Besonders wenige waren zuvor Schüler an Gymnasien (1,2%) und Freien Waldorfschulen (0,3%).

Auffallend ist, dass es deutliche regionale Unterschiede im Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss gibt. Besonders hoch ist ihr Anteil in Ostdeutschland, dort insbesondere im Norden. Die höchsten Werte der Länder weisen hier Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt auf, wo ca. 14% bzw. 3% der Schüler die Schule 2010 ohne Abschluss verlassen haben. Besonders gering war hingegen der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Baden-Württemberg (5,2%), im Saarland (5,4%) und in Bayern (5,6%).

Auf Kreisebene zeigen sich noch deutlichere Unterschiede im Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Besonders hoch lagen die Anteile 2010 in Schwerin, in Wismar und im Landkreis Ostvorpommern (alle Mecklenburg-Vorpommern), mit jeweils ca. 17%. Den geringsten Anteil hatte der Landkreis Unterallgäu in Bayern mit 1,88%.

Insgesamt zeigt sich jedoch, dass der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss kontinuierlich abnimmt. Lag dieser im Jahr 2004 noch bei durchschnittlich 8,3%, betrug er 2012 nur noch 5,5%. Dieser Rückgang zeichnet sich in fast allen Bundesländern ab und ist besonders deutlich in Bremen (von 10% auf 4,7%) und Hamburg (von 11,3% auf 6,6%). In Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich jedoch ein hoher Zuwachs im Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss, nämlich von 9,8% im Jahr 2004 auf 12,2% im Jahr 2012. Der Anteil in Sachsen blieb über diesen Zeitraum konstant.

Der überdurchschnittlich hohe Anteil in Ostdeutschland könnte sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil an Förderschülern an der Gesamtschülerzahl erklären. Studien zeigen einen statistisch signifikanten Einfluss der Quote von Förderschülern auf den Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss. Kein Einfluss hingegen lässt sich für städtische bzw. ländliche Regionen finden. Hier auftretende Unterschiede lassen sich durch verschiedene sozio-ökonomische Charakteristika, wie die regionale Arbeitslosenquote, begründen.

Weitere Quellen:

Statistisches Bundesamt (2012), Schulen auf einen Blick
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018129004.pdf;jsessionid=CC23E0032209289CD967100611AEA353.cae2?_blob=publicationFile [Stand: 11.11.2013].

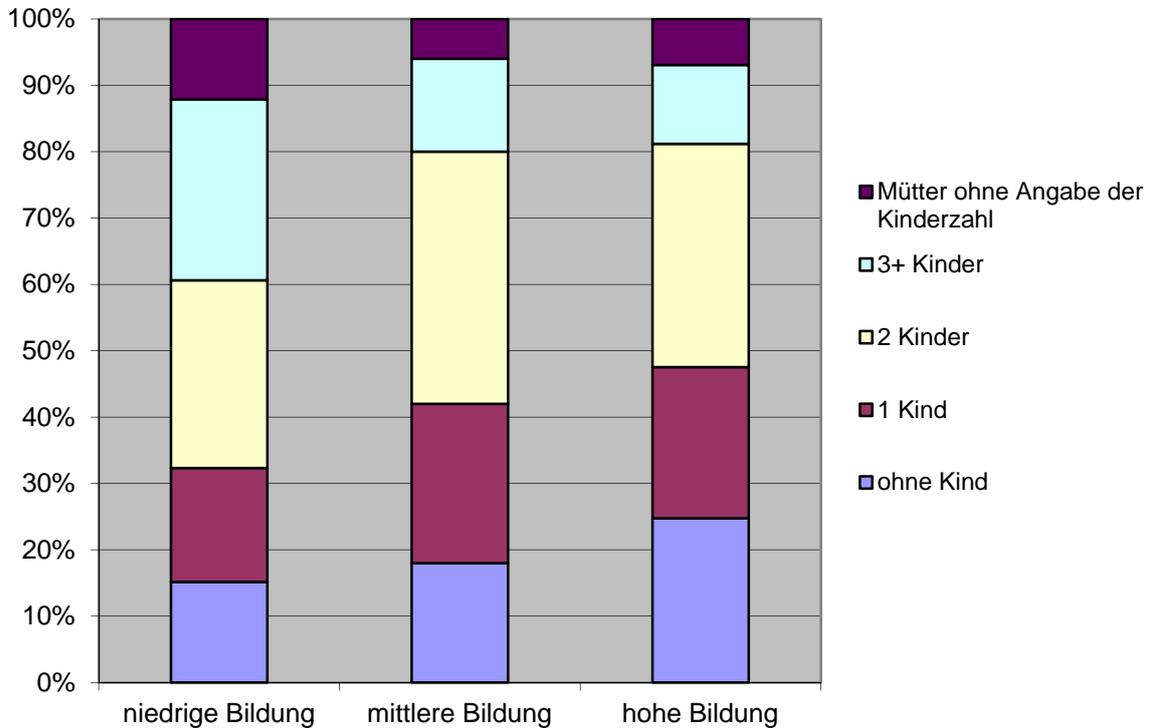
Statistisches Bundesamt (2013), Bildung und Kultur: Allgemeinbildende Schulen, Schuljahr 2012/2013. Fachserie 11 Reihe 1.

RWI (2012), Berechnungen und wissenschaftliche Auswertungen im Rahmen des DCV-Projektes „Bericht über Bildungschancen vor Ort“. *RWI Projektberichte*.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013), Allgemeinbildende Schulen: Absolventen/Abgänger nach dem Schulabschluss. Regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte. [Stand: 19.11.2013].

3.7 Akademikerinnen im Westen bleiben am häufigsten kinderlos

40- bis 49-jährige Frauen nach Bildungsstand und Zahl der Kinder, 2008



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Geburten in Deutschland, 2012, S. 33)

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gewinnt insbesondere die Geburtenrate an gesellschaftlicher Relevanz. Deutschland hat eine Geburtenziffer von 1,32 Kindern je Frau. Dabei fällt auf, dass die Anzahl der Kinder, die eine Frau bekommt, mit steigendem Bildungsstand abnimmt. Frauen mit einer niedrigen Bildung, also einem Realschulabschluss ohne Berufsqualifikation oder darunter, bekommen überdurchschnittlich oft drei oder mehr Kinder (27%). Bei Frauen, die einen mittleren Bildungsstand haben, wie einen Berufsabschluss oder das (Fach-)Abitur, haben besonders viele ein (24%) oder zwei Kinder (38%). Bei Akademikerinnen, also Frauen mit einem hohen Bildungsstand, sind diese Anteile etwas geringer (23% und 34%).

Auffällig ist, dass besonders viele der Akademikerinnen, nämlich ein Viertel, kinderlos sind. Der Anteil kinderloser Frauen in der Gruppe mit niedriger Bildung liegt im Vergleich bei nur 15%. Dies ist jedoch hauptsächlich ein westdeutsches Phänomen, in Ostdeutschland unterscheiden sich Akademikerinnen und Frauen mit geringerer Bildung diesbezüglich kaum.

Historisch bedingt herrscht in Ostdeutschland ein anderes Verständnis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor. Entsprechend ist auch das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder, insbesondere unter Dreijährige, deutlich höher als in Westdeutschland. In Ostdeutschland werden 73,2% der unter Dreijährigen extern betreut, wohingegen dies nur auf 39% der Kinder in Westdeutschland zutrifft. Ostdeutsche Mütter können so leichter wieder in den Beruf zurückkehren. Studien haben gezeigt, dass insbesondere Akademikerinnen eine externe Betreuung für ihre unter dreijährige Kinder in Anspruch nehmen.

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich sowohl bei älteren als auch jüngeren Generationen, die ihre Familienplanung noch nicht abgeschlossen haben, beobachten. Die Zahl der kinderlosen Frauen ist in Ostdeutschland über alle Generationen kleiner und die Unterschiede aufgrund des Bildungsstands sind sehr klein, während sie in Westdeutschland deutlich zu erkennen sind.

Weitere Quellen:

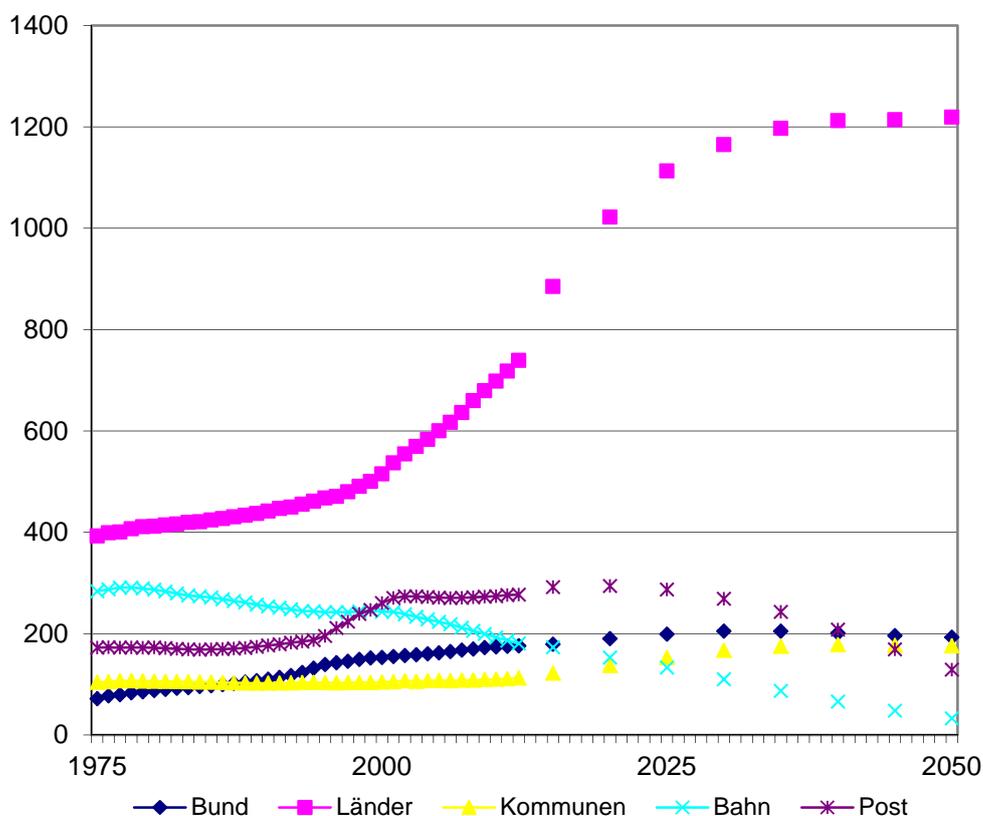
Kreyenfeld, M., Krapf, S. (2010): Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung: eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kindertageseinrichtungen. In: Bildung als Privileg: Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, R. Becker und W. Lauterbach (Hrsg.). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 107-128.

„Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland [Childcare and fertility in Germany]“, MPIDR Working Paper WP-2003-002.

Schneider, Norbert F.; Jürgen Dorbritz (2011): Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte, 10-11/2011, Demografischer Wandel. (LINK zu DP: http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Studien/Schneider_Niedrige_Geburtenrate.html)

Bredtmann, J.; Kluge, J.; S. Schaffner (2009): Women's Fertility and Employment Decisions under Two Political Systems: Comparing East and West Germany Before Reunification, Ruhr Economic Papers No. 149.

3.8 Versorgungsleistungen für Länder steigen in den kommenden 25 Jahren

Anzahl der Versorgungsempfänger nach Gebietskörperschaften

Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 14 Reihe 6.1 - 2012, Abschnitt IV.1)

Die Bundesländer müssen in den kommenden 25 Jahren den Hauptanteil am Zuwachs der Versorgungsleistungen tragen. Denn bedingt durch die vermehrte Pensionierung von Lehrkräften wird es zu einem starken Anstieg an Empfängern mit hohen Bezügen kommen. Dieser Trend wird sich erst 2050 stabilisieren. Bei der Post und der Bahn wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger bis zum Jahr 2050 deutlich reduzieren. Während diese Reduzierung bei der Bahn kontinuierlich verlaufen wird, wird es bei der Post zunächst bis zum Jahr 2020 zu einem Anstieg an Empfängern kommen. Die Zahl der Versorgungsempfänger des Bundes verläuft zunächst rückläufig, sie wird jedoch mit dem frühzeitigen Austritt älterer Soldaten ansteigen.

Versorgungsempfänger sind Beschäftigte in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder deren Hinterbliebene, die bei Eintritt ins Ruhealter eine Pension beziehen. Darunter fallen Beamte, Richter und Berufssoldaten. Die Versorgungsausgaben des öffentlichen Dienstes hängen von der Zahl dieser Versorgungsempfänger und deren Versorgungsansprüchen ab. Gegenwärtig liegt die Zahl der Versorgungsempfänger in Deutschland bei 1,5 Millionen. Dabei fallen etwa 49% der Empfänger auf die Länder, 42% auf den Bund und die verbleibenden Anteile auf die Kommunen sowie die Sozialversicherung, die jeweils die Vermögensausgaben finanzieren.

Der überwiegende Anteil der versorgungsberechtigten Empfänger entfällt auf die Bereiche Bildung, soziale Sicherung, Gesundheit sowie innere und äußere Sicherheit. Die geburtenstarken Jahrgänge (1950er und 1960er) führten zu einem stark erhöhten personellen

Bedarf an Lehrkräften in Schulen und Hochschulen aber auch im Bereich der inneren Sicherheit. In den 1990er Jahren kam es dementsprechend zu einem starken Anstieg an fälligen Ruhegehältern.

Wesentlich für den Anstieg der Versorgungsempfänger sind neben den anfangs genannten Trends drei Faktoren. Zum einen erhöht sich der Anteil an Teilzeitbeschäftigung durch den steigenden Frauenanteil, was zu einem Anstieg der zukünftigen Versorgungsempfänger führt. Zum anderen führt die allgemein höhere Lebenserwartung verbeamteter Personen zu einer größeren Gruppe an Versorgungsempfängern. Außerdem steigt die Zahl der Empfänger durch den frühzeitigen Eintritt in den Ruhestand. Die große Herausforderung in Zukunft besteht damit in der Gewährleistung einer nachhaltigen Finanzierung des Versorgungssystems.

Weitere Quellen:

Bundeszentrale für politische Bildung (2008), Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61884/versorgungsempfaenger-des-oeffentlichen-dienstes>

Bundeszentrale für politische Bildung (2012), Beamtenversorgung

<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/141581/beamtenversorgung>

Bundeszentrale für politische Bildung (2013), Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61714/oeffentlicher-dienst>

Bundesministeriums des Inneren (2013), Fünfter Versorgungsbericht der Bundesregierung

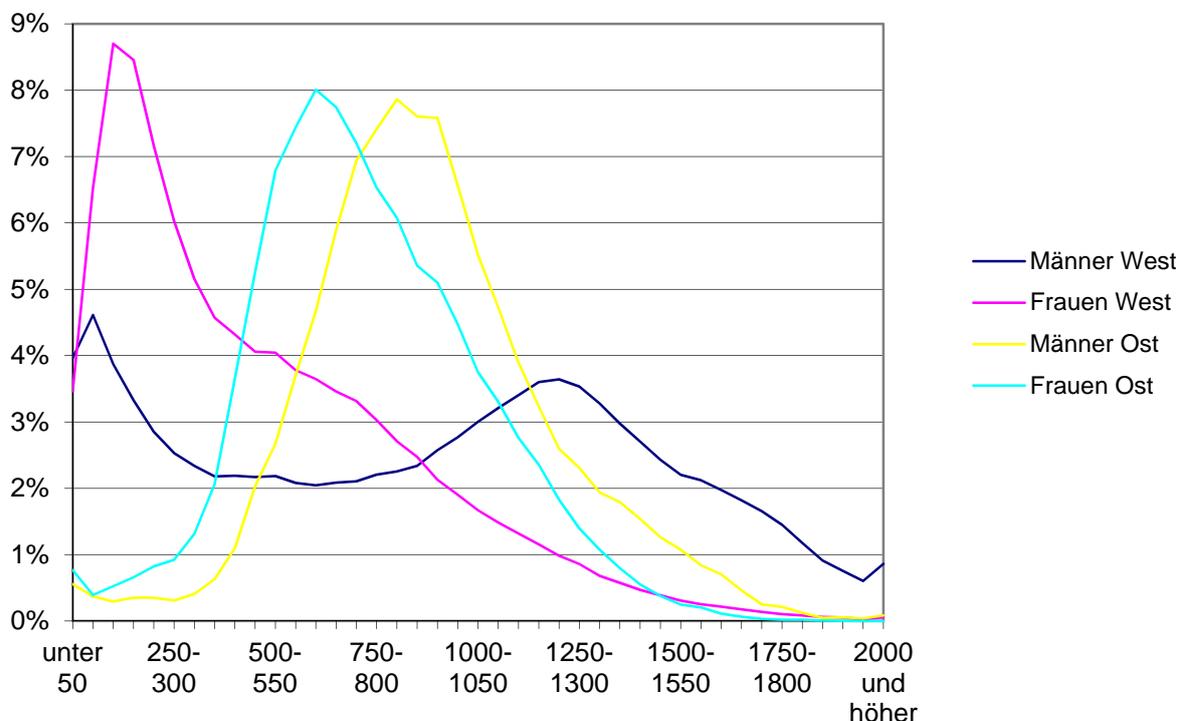
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/Oeffentlicher_Dienst/Beamte/versorgungsbericht5.pdf?blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2012), Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes. Fachserie 14 Reihe 6.1

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/Versorgungsempfaenger.html>

3.9 Westdeutsche Frauen bekommen häufig sehr kleine Renten - Ungleiche Verteilung der Rentenhöhe zwischen alten und neuen Bundesländern

Verteilung der Zahlbeträge für gesetzliche Altersrenten nach Geschlecht, Rentenzugänge 2012



Datenquelle: Deutsche Rentenversicherung (Tabellen 908.10 Z, 908.20 Z)

Mit Eintritt in den Ruhestand beziehen Pflichtversicherte der gesetzlichen Rentenversicherung eine Rente zur Alterssicherung. Deren Höhe richtet sich nach den Beitragsjahren in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Höhe der gezahlten Beiträge. Für alle Versicherten gilt ab 2014 ein Beitragssatz von derzeit 18,3% des Bruttoeinkommens bis zur sogenannten Beitragsbemessungsgrenze. Voraussetzung für den Anspruch auf eine Rente wegen Alters sind mindestens fünf Beitragsjahre und das Erreichen der Regelaltersgrenze. Eine vorzeitige Rente ist nur mit Abschlägen möglich. Unter anderem weil immer weniger Arbeitnehmer bis zur Regelaltersgrenze arbeiten, kommt es zu erheblichen Schwankungen in der Höhe der gezahlten Rentenbeträge. Die Rentenhöhe der neuen Rentner weist deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie Unterschiede zwischen West und Ost auf.

In Ostdeutschland liegen die Renten bei Männern und Frauen, die 2012 in Altersrente gegangen sind, enger zusammen als in Westdeutschland. Die Häufung der Rentenhöhen zwischen den Geschlechtern ist nur leicht verschoben, aber ansonsten annähernd gleich. In Westdeutschland gibt es hingegen eine deutliche Anhäufung von Renten unter 400 Euro. Ihr Anteil beträgt bei den Männern fast ein Viertel, bei den Frauen sogar rund die Hälfte der neuen Renten. Bei den Frauen sinkt der Anteil mit zunehmender Rentenhöhe zudem rapide. So bekommen weniger als 2% Prozent der neuen Rentnerinnen in Westdeutschland eine Rente von mehr als 1000€. Bei den westdeutschen Männern ist die Rentenhöhe hingegen gleichmäßiger verteilt. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen können zum einen auf Unterschiede in den Beitragszeiten (längere Erwerbsunterbrechungen von Frauen z.B. zur

Kindererziehung) aber auch in der Höhe der Entgelte (niedrigere Löhne von Frauen und höherer Anteil von Teilzeitarbeit) zurückgeführt werden.

Im Durchschnitt ist die Rentenhöhe bei Renteneintritt in Ostdeutschland damit höher als in Westdeutschland. Dies steht zwar im Widerspruch zur aktuellen Einkommensverteilung, lässt sich aber vor allem auf längere Versicherungszeiten zurückzuführen. Sie resultieren unter anderem aus der Anrechnung von Rentenbestandteilen aus der ehemaligen DDR, aber auch der längeren Erwerbstätigkeit von Frauen. Hinzu kommt der größere Anteil an Selbstständigen in den alten Bundesländern, die nur geringe Beiträge (z.B. vor der Selbstständigkeit) in die Pflichtversicherung eingezahlt haben.

Weitere Quellen:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales(2013), Bericht der Bundesregierung.
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/rentenversicherungsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile

Ökonomenstimmen (2013), Demografischer Wandel und Rente.
<http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2013/09/demografischer-wandel-und-rente-zur-rolle-der-erwerbsbeteiligung-aelterer/>

3.10 Bessere Erreichbarkeit von Oberzentren im Westen

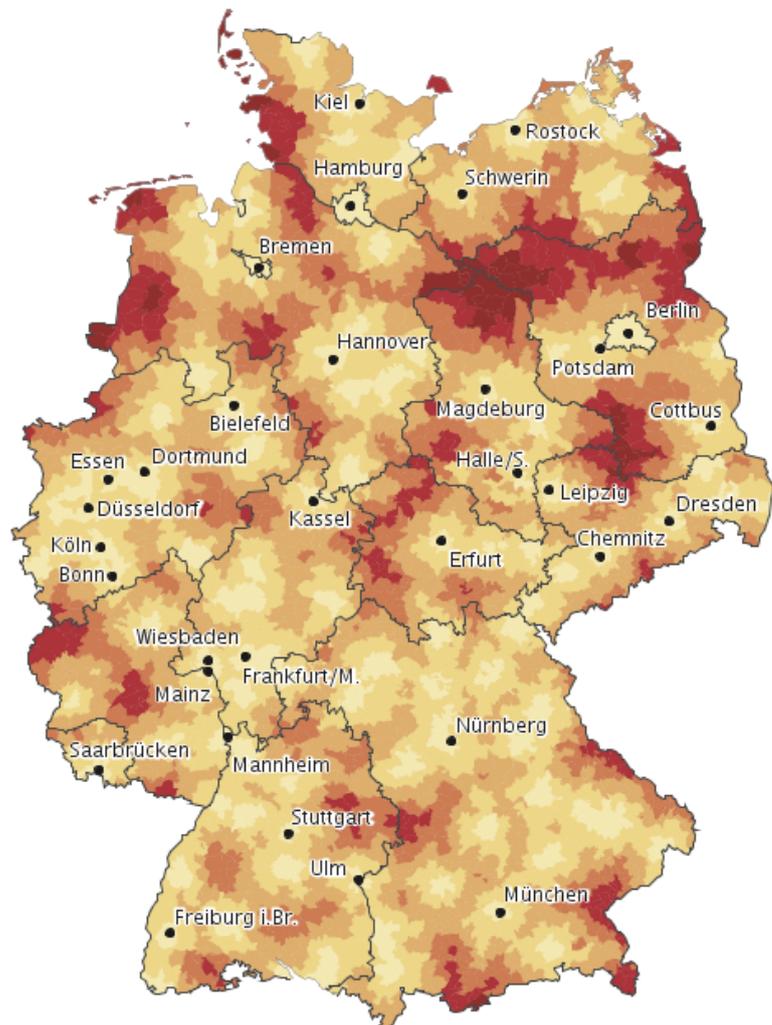
**Erreichbarkeit von Oberzentren**

Name: keine Auswahl

Wert: keine Auswahl

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum 2012 in Minuten

- bis unter 15
- 15 bis unter 30
- 30 bis unter 45
- 45 bis unter 60
- 60 bis unter 75
- 75 und mehr



Datenbasis: Erreichbarkeitsmodell des
BBSR

© BBSR Bonn 2013

Datenquelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (INKAR-CD)

Die Erreichbarkeit von Oberzentren ist ein wichtiger Indikator für die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft. Bei Oberzentren handelt es sich um zentrale Orte. Diese versorgen nicht nur kleine und mittelgroße Zentren mit Waren und Dienstleistungen, in ihnen befindet sich auch ein Großteil der regionalen Arbeitsplätze. Im Bereich der medizinischen Versorgung zeichnen sich Oberzentren durch die Existenz von Fachkliniken, im Bildungsbereich durch (Fach-)Hochschulen aus. Zudem können in Oberzentren spezifische Bedarfe der Bevölkerung wie ein Theater- oder Museumsbesuch oder gedeckt werden.

Betrachtet man die Erreichbarkeit von Oberzentren, fällt auf, dass die meisten Regionen Deutschlands gut erschlossen sind und das nächste Oberzentrum in unter 30 Minuten zu erreichen ist. Auffällig ist allerdings auch, dass die Erreichbarkeit in Ostdeutschland deutlich schlechter ist als in Westdeutschland. Insbesondere in Sachsen-Anhalt und Brandenburg müssen Menschen in weiten Teilen der Länder länger als eine Stunde zum nächsten Oberzentrum fahren. Zudem gibt es ein Nord-Süd-Gefälle: im Süden und Südwesten Deutschlands ist die Erreichbarkeit am höchsten. Auffällig ist auch, dass die Oberzentren in grenznahen Regionen sowie in Regionen in der Mitte Deutschlands häufig schlechter zu

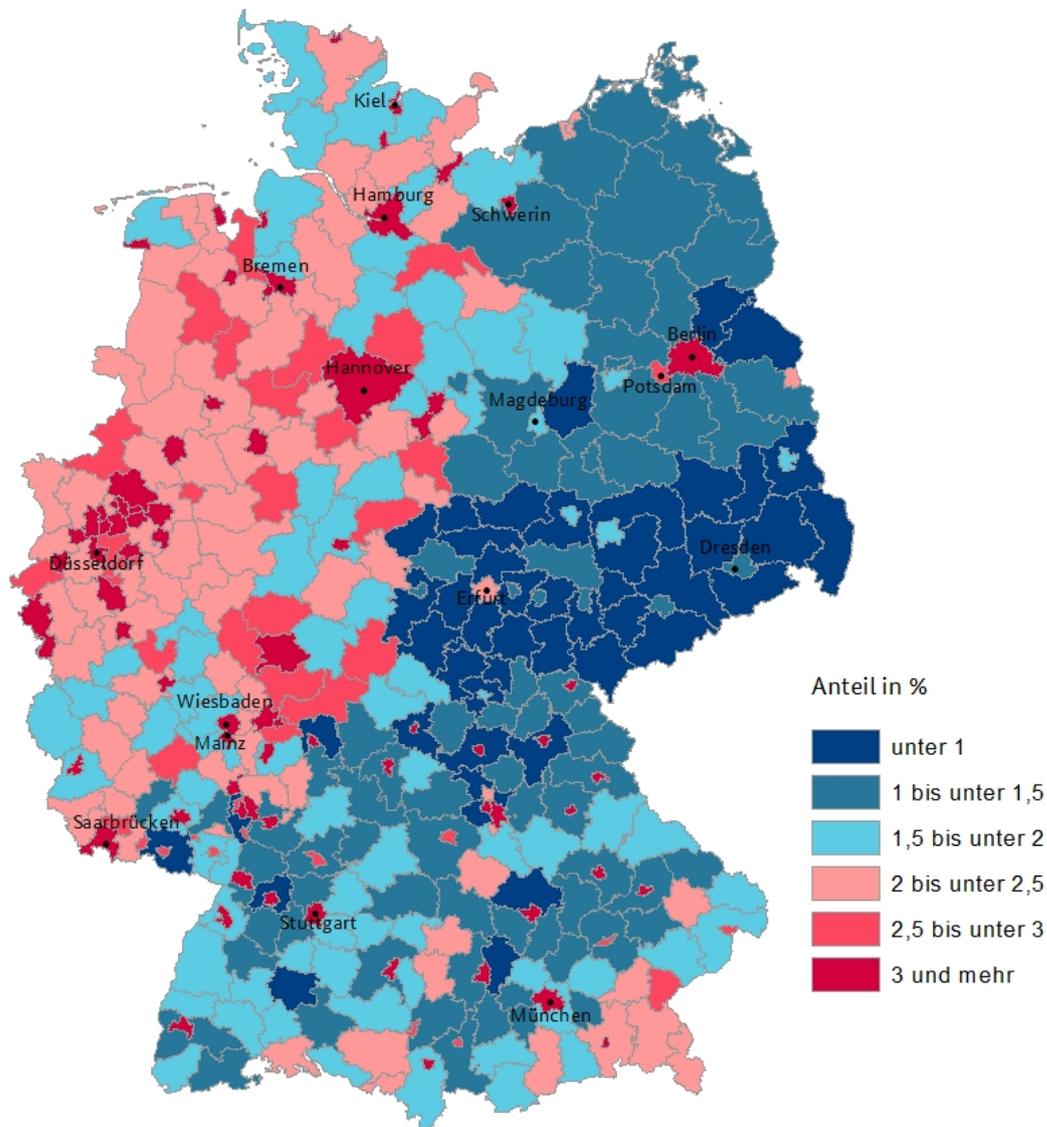
erreichen sind. Allerdings benötigt aufgrund der dünnen Besiedlung dieser Gebiete nur 1% der Deutschen länger als 30 Minuten zum nächsten Oberzentrum.

Verglichen mit anderen europäischen Ländern verfügt Deutschland über ein gut ausgebautes Netz an Oberzentren. Dies liegt nicht nur an der höheren Bevölkerungszahl der Bundesrepublik, sondern auch an der deutlich stärkeren Zentralisierung in vielen anderen Ländern.

Weitere Quellen:

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2012), Erreichbarkeit von Oberzentren.
http://www.geoportal.de/SharedDocs/Karten/DE/Themenkarte_ZentraleOrte.html

3.11 Vor allem westdeutsche Frauen beziehen im Alter Grundsicherung

Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter an der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren nach Kreisen, 2011

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2013)

© BiB 2013

Grundsicherung im Alter ist eine Sozialleistung, die Personen gezahlt wird, die die Altersgrenze der gesetzlichen Rente erreicht haben und nicht für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Bei der Beurteilung, ob ein Anspruch auf die Grundsicherung besteht, wird das Einkommen und Vermögen des Lebenspartners berücksichtigt. Ende 2012 bezogen knapp 465 000 Personen über 65 Jahre Grundsicherung im Alter. Dies entspricht 2,7% der Personen dieser Altersgruppe. Die Zahl der Bezieher stieg seit 2005 um 120 000 Personen bzw. 0,5 Prozentpunkte an. Entsprechend hat die Grundsicherung im Alter eine nicht unerhebliche Bedeutung in Deutschland. Durch den demografischen Wandel und den damit verbundenen Anstieg des Anteils älterer Menschen wird die Zahl der Bezieher weiter steigen.

Der Bezug von Grundsicherung im Alter ist regional sehr unterschiedlich verteilt, es gibt sowohl deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland als auch zwischen den

Geschlechtern. So leben etwa 85% der Bezieher in den alten Bundesländern (ohne Berlin). Dies entspricht 3% der über 65-jährigen im Gegensatz zu 2% in Ostdeutschland. Dies lässt sich unter anderem mit den etwas höheren gesetzlichen Renten in Ostdeutschland verbunden mit den dortigen niedrigeren Lebenshaltungskosten erklären. Allerdings werden die Renten zukünftiger Rentner in Ostdeutschland aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und niedrigeren Löhne im Vergleich geringer werden, was auch dort zu einem Anstieg der Bezieher von Grundsicherung führen dürfte.

Insgesamt beziehen Frauen deutlich häufiger Grundsicherung im Alter als Männer. Entsprechend sind die meisten Bezieher von Grundsicherung im Alter westdeutsche Frauen. Dies lässt sich auf die geringeren Renten von westdeutschen Frauen zurückführen. So beziehen sie durchschnittlich mehr als 400€ weniger Rente als Männer.

Den größten Anteil von Beziehern der Grundsicherung im Alter gibt es in den Stadtstaaten Hamburg (6,2%), Bremen (5,5%) und Berlin (5,3%). Im Gegensatz dazu liegt der Anteil in Sachsen und Thüringen weitgehend unter einem Prozent. In Nordrhein-Westfalen, aber auch in vielen Teilen von Niedersachsen und Hessen, ist der Anteil der Bezieher relativ hoch. Innerhalb der einzelnen Regionen lässt sich erkennen, dass der Anteil der Bezieher in den ländlichen Regionen geringer ist als in den städtischen Regionen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen in Westdeutschland sind sehr ähnlich denen der Verteilung der Bedarfsgemeinschaften (ALG II Bezieher). In Regionen mit vielen ALG II Beziehern ist also auch der Anteil der Bezieher von Grundsicherung recht hoch.

Weitere Quellen:

Statistisches Bundesamt (2013): Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter 2012 um 6,6 % gestiegen.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/10/PD13_356_221pdf.pdf?_blob=publicationFile

3.12 Ostdeutsche Frauen erhalten höhere Renten

Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag Frauen

Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag Frauen



Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag je weiblichem Einzelrentner 65 Jahre und älter in €

- bis unter 450,0
- 450,0 ... 525,0
- 525,0 ... 600,0
- 600,0 ... 675,0
- 675,0 ... 750,0
- 750,0 und mehr

Kreise und kreisfreie Städte

Zeitbezug 2010

Datengrundlage: Deutsche Rentenversicherung Bund

In Deutschland bezogen 2010 rund 93 % der Frauen im Alter von über 65 Jahren eine gesetzliche Rente. Diese lag bei durchschnittlich 575 Euro und damit deutlich unter der der Männer. Wesentliche Ursache für die niedrigere Rente von Frauen sind kürzere Beitragszeiten, der höhere Anteil an Teilzeitarbeit und die im Durchschnitt niedrigeren Löhne.

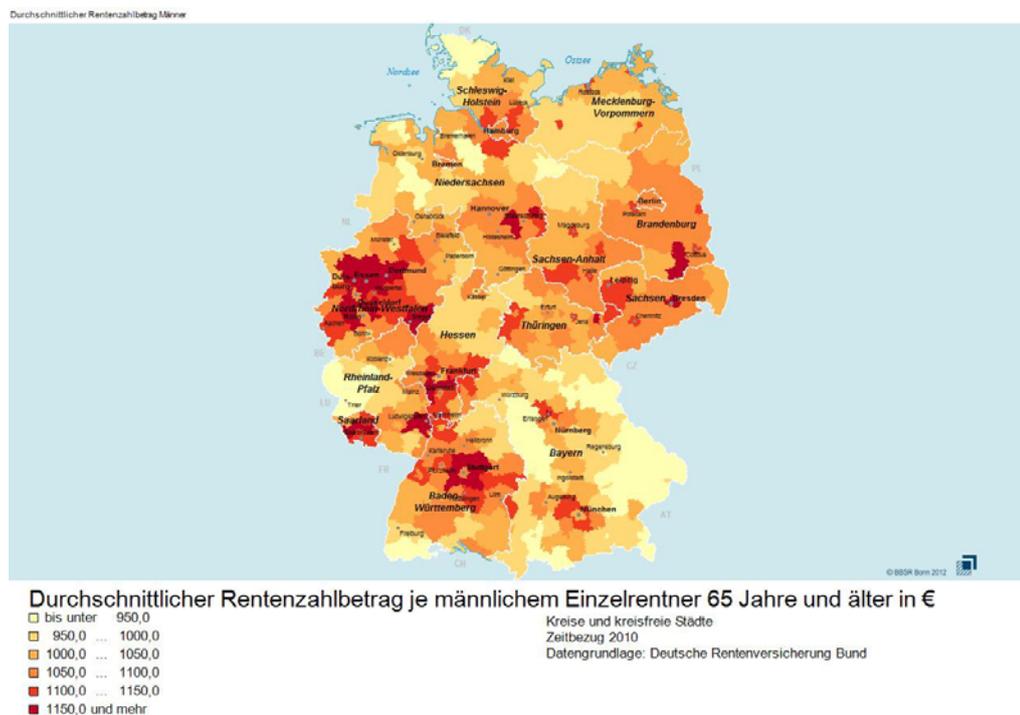
Bei den Rentnerinnen war die durchschnittliche Rentenhöhe in Ostdeutschland mit 730 Euro durchschnittlich um 200 Euro höher als in Westdeutschland. So liegt die durchschnittliche Rentenhöhe von Frauen in fast allen ostdeutschen Kreisen über 675€ und in den größeren Städten (außer Berlin) sogar über 750€ monatlich. Damit sind die Renten allerdings niedriger als die der Männer in den jeweiligen Kreisen.

Die Renten westdeutscher Rentnerinnen sind insbesondere in ländlichen Gebieten deutlich geringer als in Ostdeutschland. Dies liegt zum einen an der geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland im Allgemeinen und in den ländlichen Regionen im Besonderen. Dadurch haben westdeutsche Frauen weniger einbezahlt und erhalten eine entsprechend niedrigere Rente. Des Weiteren waren in Westdeutschland mehr Frauen vor ihrer Rente verbeamtet oder selbstständig und haben während dieser Zeiten keine Rentenansprüche erworben. Entsprechend beziehen sie aber häufiger eine Beamtenpension oder private Renten, was dazu führt, dass die Ost-West-Unterschiede in den Einkünften insgesamt etwas weniger stark ausgeprägt sind als bei den gesetzlichen Renten.

In Westdeutschland lässt sich ähnlich wie im Osten ein deutlicher Stadt-Land-Unterschied erkennen: Frauen in dicht besiedelten Gebieten erhalten durchschnittlich eine höhere Rente als solche in dünn besiedelten Gebieten. Dies scheint unterschiedlich hohen Löhnen in Stadt und Land geschuldet zu sein, da ähnliche Unterschiede auch für die Erwerbseinkommen von Beschäftigten zu beobachten sind.

3.13 Renten von Männern auf dem Land niedriger

Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag Männer



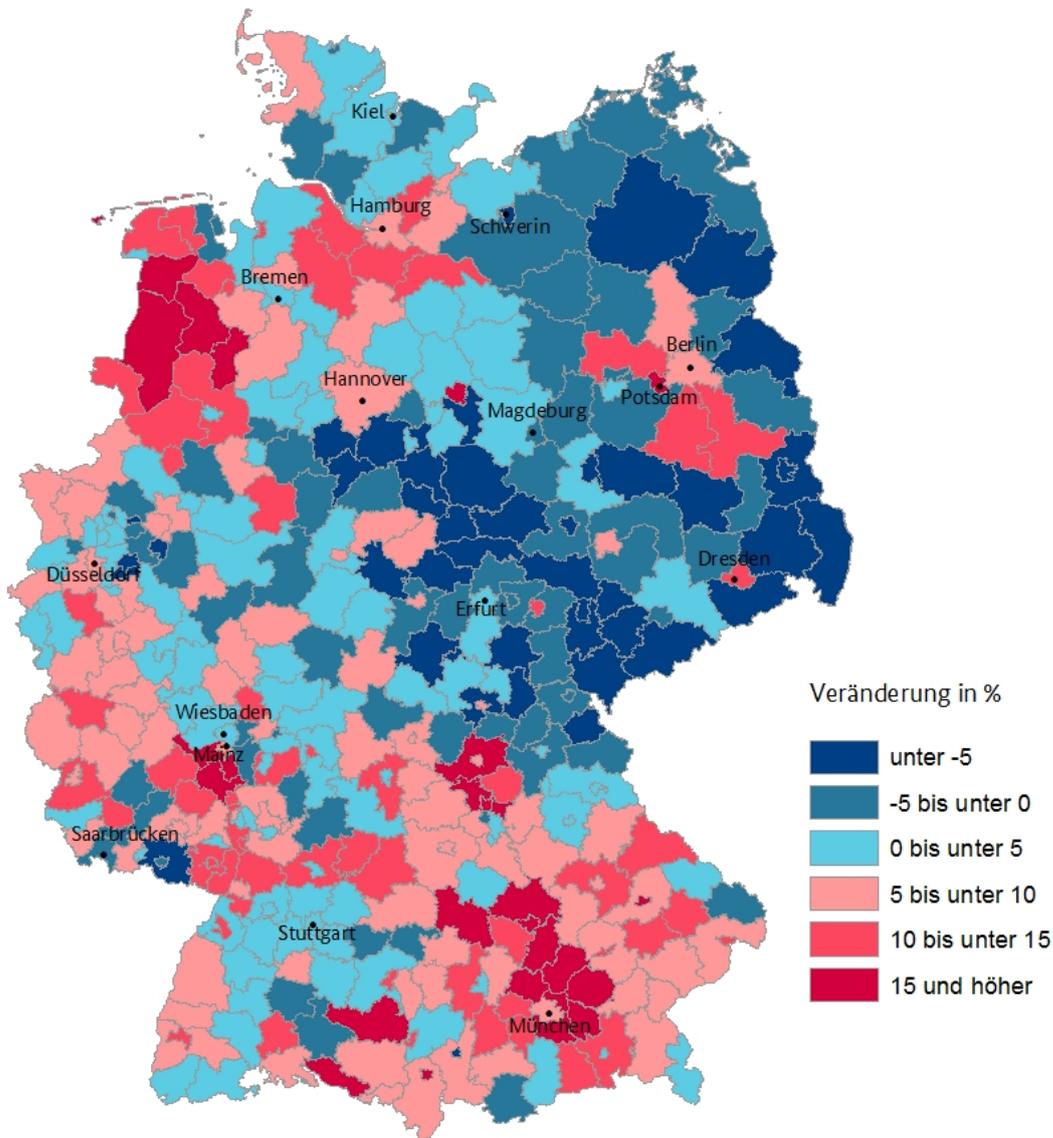
Das Einkommen älterer Menschen stammt aus verschiedenen Quellen. Hauptquelle ist die gesetzliche Rente. Sie bezogen 2010 in Deutschland rund 91% der Männer im Alter von über 65 Jahren. Die Rentenhöhe betrug durchschnittlich 1 073 Euro. Im Gegensatz zu den regionalen Schwankungen in der Rentenhöhe bei Frauen sind die regionalen Unterschiede bei Männern wesentlich geringer.

Die höchsten Renten erzielten Männer im Ruhrgebiet. So betrug die durchschnittliche Rente in Recklinghausen und Bottrop über 1 300 Euro, bei gleichzeitig niedrigem Rentenzugangsalter. Dies kann auf ehemals hohe Löhne im Bergbau und der Schwerindustrie zurückzuführen sein. Aber auch in anderen Ballungsräumen wie im Rheinland, dem Rhein-Main-Gebiet und um Stuttgart sind die Renten von Männern überdurchschnittlich hoch.

Im Gegensatz dazu beziehen Männer in ländlichen Regionen in Westdeutschland die niedrigsten Renten. Am unteren Ende befinden sich hier die Landkreise Cham und Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 866 bzw. 867 Euro. Dies scheint unterschiedlich hohen Löhnen in Stadt und Land geschuldet zu sein, da ähnliche Unterschiede auch für die Erwerbseinkommen von Beschäftigten zu beobachten sind. Des Weiteren könnte es auch darauf zurückzuführen sein, dass Männer in ländlichen Gebieten häufiger auch eine Rente aus der landwirtschaftlichen Altersversorgung beziehen und entsprechend weniger Beitragsjahre in der gesetzlichen Rente haben.

Obwohl die Rentenbeträge zwischen west- und ostdeutschen Männern fast gleich sind, gibt es Unterschiede in der Einkommenshöhe. So beziehen Rentner im Westen häufiger Einkommen aus betrieblicher Altersversorgung, privater Vorsorge oder der Beamtenversorgung. Wenig verbreitet sind in Ostdeutschland auch Einkommen aus der Alterssicherung der Landwirte sowie den berufsständischen Versorgungssystemen für freie Berufe wie Ärzte oder Rechtsanwälte. Entsprechend sagt die Höhe der gesetzlichen Rente nicht direkt etwas über die Einkommensverteilung und den Wohlstand im Alter aus.

3.14 Demografischer Wandel beeinflusst die Zahl der Erwerbstätigen

Veränderung der Zahl an Erwerbstätigen nach Kreisen, 2000-2011

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2013)

© BiB 2013

*Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Erwerbstätigenrechnung);
Berechnungen: BiB*

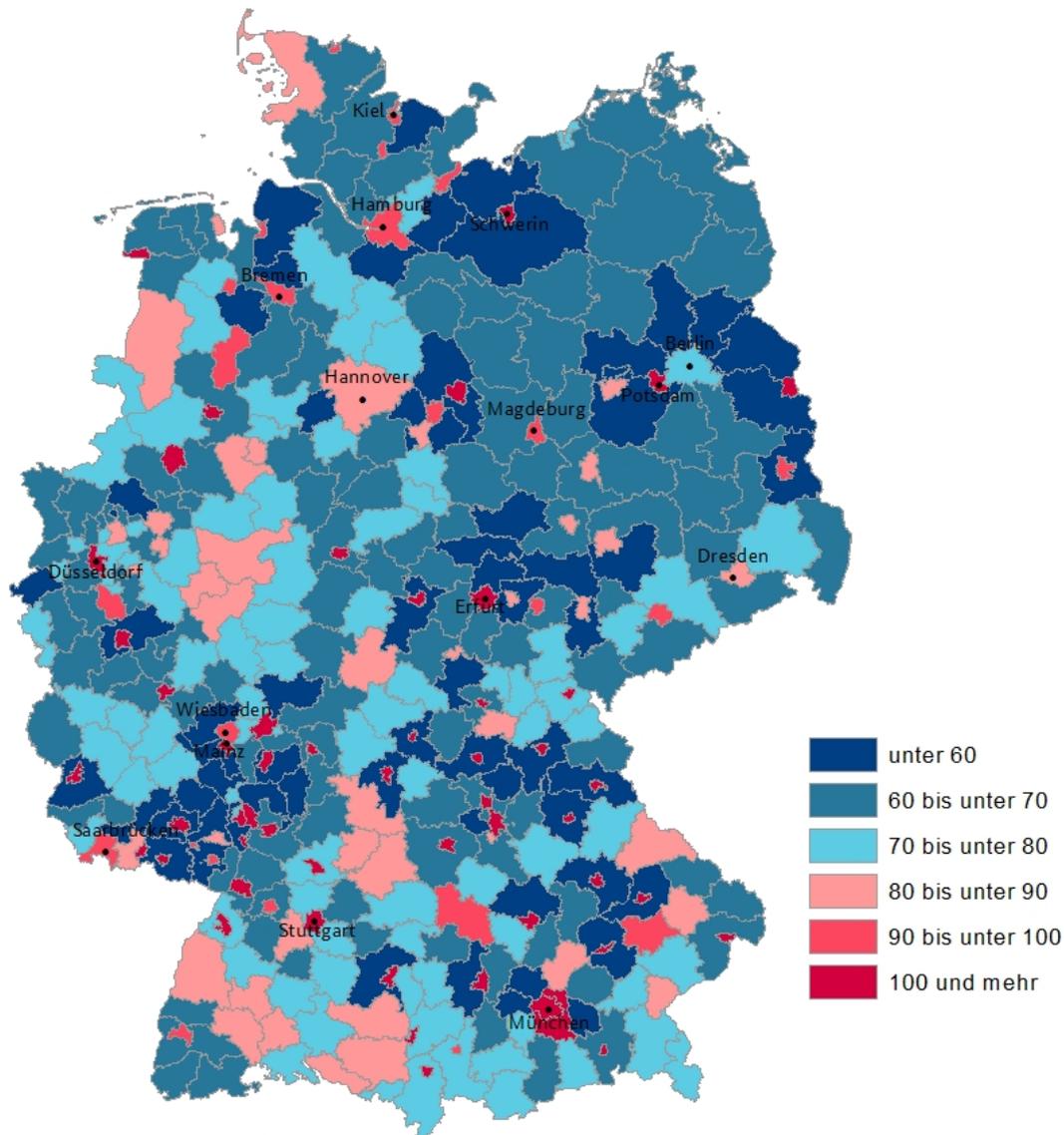
Seit 2006 steigt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland stetig an. So waren im Jahr 2011 41,2 Mill. Menschen erwerbstätig und damit 1,8 Mill. mehr als im Jahr 2000. Dies ist zum einen auf die sinkende Arbeitslosigkeit, zum anderen aber auch auf eine gestiegene Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen zurückzuführen. Allerdings ist dieser regional sehr unterschiedlich.

Während die Zahl der Erwerbstätigen in den meisten westdeutschen Kreisen steigt, sinkt sie in den meisten ostdeutschen Kreisen außerhalb Berlins und Umgebung. Dies lässt sich weitgehend durch die regional sehr unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung erklären. Die Bevölkerung in den Großstädten und Ballungsräumen wächst, während sie in ländlichen

Regionen insbesondere in Ostdeutschland schrumpft. Dies sind zudem gleichzeitig die Regionen mit einer relativ hohen Arbeitslosigkeit. Für einen Großteil der ländlichen Regionen in Ostdeutschland war der Rückgang an Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) seit 2000 stärker als der Rückgang der Erwerbstätigen, weshalb in dieser Zeit die Erwerbstätigenquote sogar gestiegen ist. In einigen Landkreisen stieg sie sogar um mehr als zehn Prozentpunkte wie beispielsweise in Nordsachsen, das eine der höchsten Erwerbsquoten mit etwa 85% aufweist mit gleichzeitigem Rückgang der Erwerbstätigen um 3,6%.

Die größten Zuwächse an Erwerbstätigen sind in Bayern, dem Rhein-Main-Gebiet und dem westlichen Niedersachsen zu verzeichnen. Diese Regionen zeichnen sich durch Zuwanderung aus anderen Regionen aus und das Bevölkerungswachstum spiegelt sich im Anstieg der Erwerbspersonen wider.

3.15 Viele Erwerbstätige wohnen im Umland der Großstädte

Erwerbstätige je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre), 2000 bis 2011

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen: BiB

Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2013)

© BiB 2013

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Erwerbstätigenrechnung, Bevölkerungsfortschreibung); Berechnungen: BiB

Das Umland von Großstädten (umgangssprachlich „Speckgürtel“ genannt) ist meist dadurch geprägt, dass viele der Einwohner in der Kernstadt arbeiten und auch die Infrastruktur nutzen. Die sogenannte Suburbanisierung – d.h. die Wanderung aus den Kernstädten in das Umland – war in den vergangenen Jahren insbesondere in München, Köln und Berlin stark ausgeprägt. Bei den Wohnvierteln außerhalb der Kernstädte handelt es sich allerdings um separate Gemeinden in separaten Landkreisen. Entsprechend kann die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb einer Stadt größer sein als die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre). Die Erwerbstätigenquote nach dem Arbeitsortprinzip sagt neben der Erwerbsbeteiligung in einem Kreis somit vor allem etwas über Pendlerströme in Arbeitsmarktregionen aus.

So lässt sich beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet innerhalb der Städte Mainz, Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt eine Erwerbsquote von über 100% beobachten, während diese in den umliegenden Kreisen sehr gering ist und teilweise unter 60% liegt. Ein ähnliches Phänomen lässt sich bei vielen kreisfreien Städten und deren umliegenden Landkreis beobachten. Während die Erwerbstätigkeit in der Kernstadt über 100% liegt, beträgt sie in dem umliegenden Kreis weitgehend unter 60%.

Neben dem Rhein-Main-Gebiet sind die Gürtel rund um Berlin und Potsdam wie auch Hamburg besonders groß. Auffallend ist, dass der Unterschied zwischen Kernstadt und Umland in Hannover, Dresden und den Städten des Ruhrgebiets weniger stark ausfällt als bei der Mehrzahl der Großstädte. In Hannover könnte dies an dem sehr großen Zuschnitt des Kreises liegen, während im Ruhrgebiet die Erwerbsquote insgesamt relativ niedrig ist und der Ballungsraum insgesamt weniger zentralisiert ist.

Betrachtet man die Erwerbsquote nach dem Wohnortprinzip lässt sich eindeutig erkennen, dass die Erwerbsquoten im Süden Deutschlands (Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz) und in den neuen Bundesländern deutlich höher sind als im Norden und Westen Deutschlands.

3.16 Allgemeinärzte: Niedrigste Dichte in den neuen Bundesländern und Nordrhein-Westfalen

Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner nach Kreisen, 2010



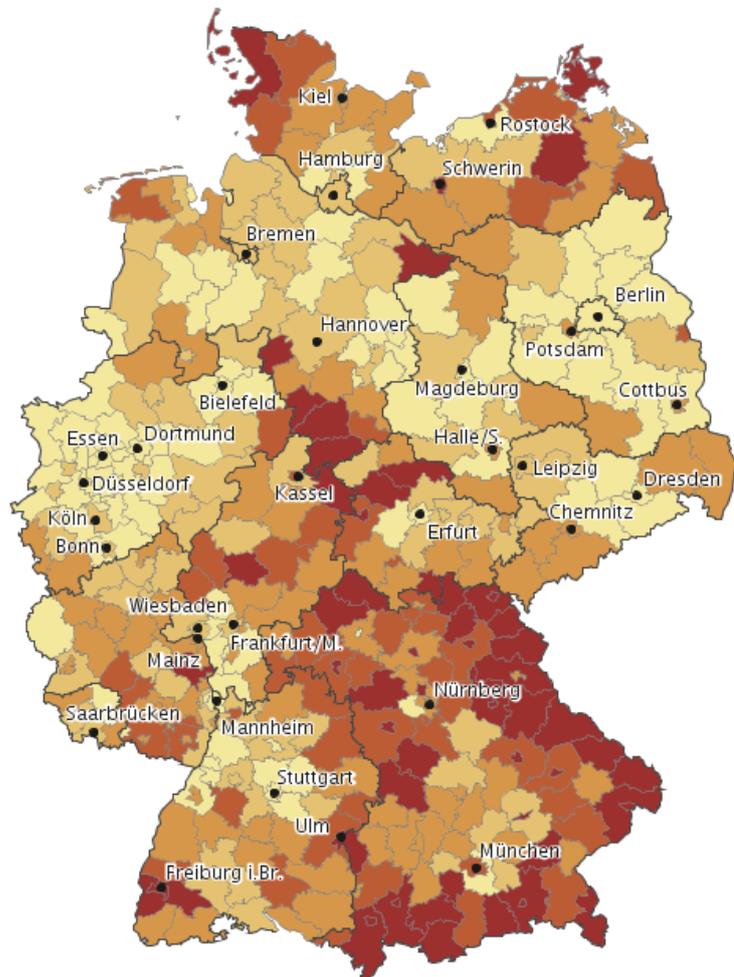
Allgemeinärzte

Name: keine Auswahl

Wert: keine Auswahl

Allgemeinärzte je 100 000 Einwohner 2010

- bis unter 45
- 45 bis unter 50
- 50 bis unter 55
- 55 bis unter 60
- 60 und mehr



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Kassenärztliche Bundesvereinigung

© BBSR Bonn 2013

Datenquelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (INKAR-CD)

Die Dichte von Allgemeinärzten in einer Region gibt Aufschluss über die Möglichkeiten der medizinischen Erstversorgung für die dortige Bevölkerung. Der Allgemeinarzt dient dem Patienten als erster Ansprechpartner im Falle einer Erkrankung und überweist ihn normalerweise gemäß der Diagnose zum entsprechenden Facharzt.

Im Jahr 2012 waren in Deutschland 43 304 Allgemeinmediziner tätig, davon über 86% im ambulanten Sektor. Ein Anteil von ca. 30% dieser Ärzteguppe war über 60 Jahre alt und wird wohl in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen. Vor dem Hintergrund einer stetig alternden Gesellschaft ist es jedoch wichtig, dass auf lange Sicht eine adäquate Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung gewährleistet ist. Das gilt insbesondere für ländliche Gebiete, die zunehmend an Attraktivität für den medizinischen Nachwuchs einbüßen.

Die Dichte von Allgemeinmediziner ist in Deutschland regional unterschiedlich. Am höchsten ist sie in der nördlichen Hälfte Deutschlands in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und vereinzelt in Landkreisen in Niedersachsen. Im südlichen Teil Deutschlands ist der Anteil

von Allgemeinärzten besonders in den bayerischen Landkreisen im Grenzgebiet zur Tschechischen Republik und zu Österreich sowie vereinzelt in Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen hoch. Die niedrigste Ärztedichte haben die übrigen neuen Bundesländer, Nordrhein-Westfalen und ein Großteil Niedersachsens.

Betrachtet man die zeitliche Entwicklung der Zahl von Allgemeinärzten für den Zeitraum 2005 bis 2010, zeichnet sich im gesamten Bundesgebiet ein Rückgang in der Zahl der Allgemeinärzte ab. Nur in vereinzelten Kreisen, wie beispielsweise in der Region um München oder in der Oberpfalz, nahm die Anzahl merklich zu. Einen deutlichen Rückgang gab es hingegen in den neuen Bundesländern, was die geringe Ärztedichte in Ostdeutschland erklärt. Für den ärztlichen Nachwuchs ist es aufgrund der besseren Arbeitsbedingungen und höheren Vergütung in den alten Bundesländern offenbar zunehmend unattraktiv in den neuen Bundesländern zu arbeiten. Diese kämpfen weiterhin mit einem Ärztemangel. Den geringsten Rückgang im betrachteten Zeitraum hatten Baden-Württemberg, Bayern sowie Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.

Weitere Quellen:

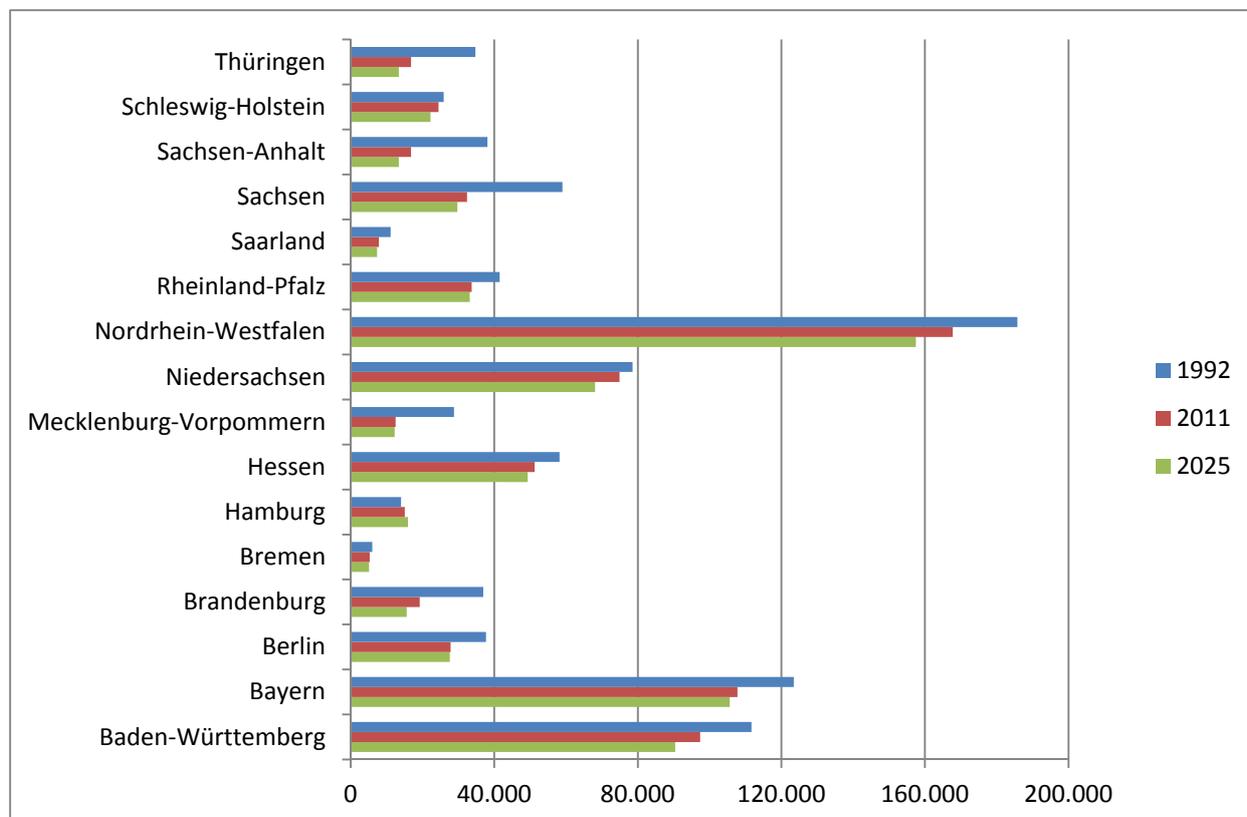
Bundesärztekammer (2013), Ärztestatistik.

<http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.3.11372>

Bundesärztekammer (2006), Ärztemangel in Ostdeutschland.

<http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.2.20.1828.2054.2090.2094>

3.17 Demografischer Wandel lässt Schülerzahlen drastisch sinken

Anzahl der Schulanfänger (Einschulung), 1992-2025

Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 11 Reihe 1 - 2011/2012, Tabelle 5.1.1-2011)

Der demografische Wandel in Deutschland ist geprägt durch eine zunehmende Alterung der Gesellschaft. Gleichzeitig lässt die stark rückläufige Geburtenrate die Bevölkerungszahl sinken. Die Folgen des demografischen Wandels spiegeln sich daher auch im Rückgang der Schülerzahlen wider: Werden weniger Kinder geboren, werden auch weniger Kinder eingeschult. Als Einschulung gilt die Aufnahme in die 1. Klassenstufe, nicht dagegen in eine vorschulische Einrichtung, wobei zum wiederholten Male eingeschulte Kinder nicht doppelt gezählt werden.

Während in Gesamtdeutschland im Jahr 1992 noch 891 441 Schüler eingeschult wurden, sank die Zahl der Schulanfänger bis 2011 um 20% auf 711 040. Dieser Trend wird sich fortsetzen, wenn auch langsamer. So wird im Zeitraum bis 2025 ein weiterer Rückgang um 6% auf insgesamt 666 716 Schüler erwartet.

In den Jahren 1992-2011 waren die einzelnen Bundesländer von dem Rückgang der Schülerzahlen unterschiedlich stark betroffen – der Osten generell stärker als der Westen. Besonders dramatisch sind in diesem Zeitraum die Auswirkungen in Mecklenburg-Vorpommern (-57%), Sachsen-Anhalt (-56%) und Thüringen (-52%) zu spüren. Weniger stark betroffen sind Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit einem Rückgang von 5% und 6%. Hingegen ist Hamburg das einzige Bundesland, das einen Anstieg der Schulanfänger um 7% von 14 038 auf 15 054 verzeichnen kann. Bis zum Jahr 2025 werden zwar weiterhin sinkende Schülerzahlen bei der Einschulung erwartet, jedoch wesentlich weniger dramatisch als im

vergangenen Zeitraum. Insgesamt gehen die Schülerzahlen um 6% zurück. Allerdings wird in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein Rückgang von bis zu weiteren 20% prognostiziert.

Der durch den demografischen Wandel bedingte Rückgang der Schülerzahlen könnte verschiedene Konsequenzen haben. Da weniger Schüler auch weniger Klassen, Lehrer und Schulraum benötigen werden, könnte die Schließung einzelner Schulen, vor allem in ländlichen Regionen, nötig sein. Andererseits bieten sinkende Schülerzahlen auch die Chance, das Schulsystem zu reformieren und freiwerdende Ressourcen zur effektiveren Unterrichtsgestaltung zu nutzen.

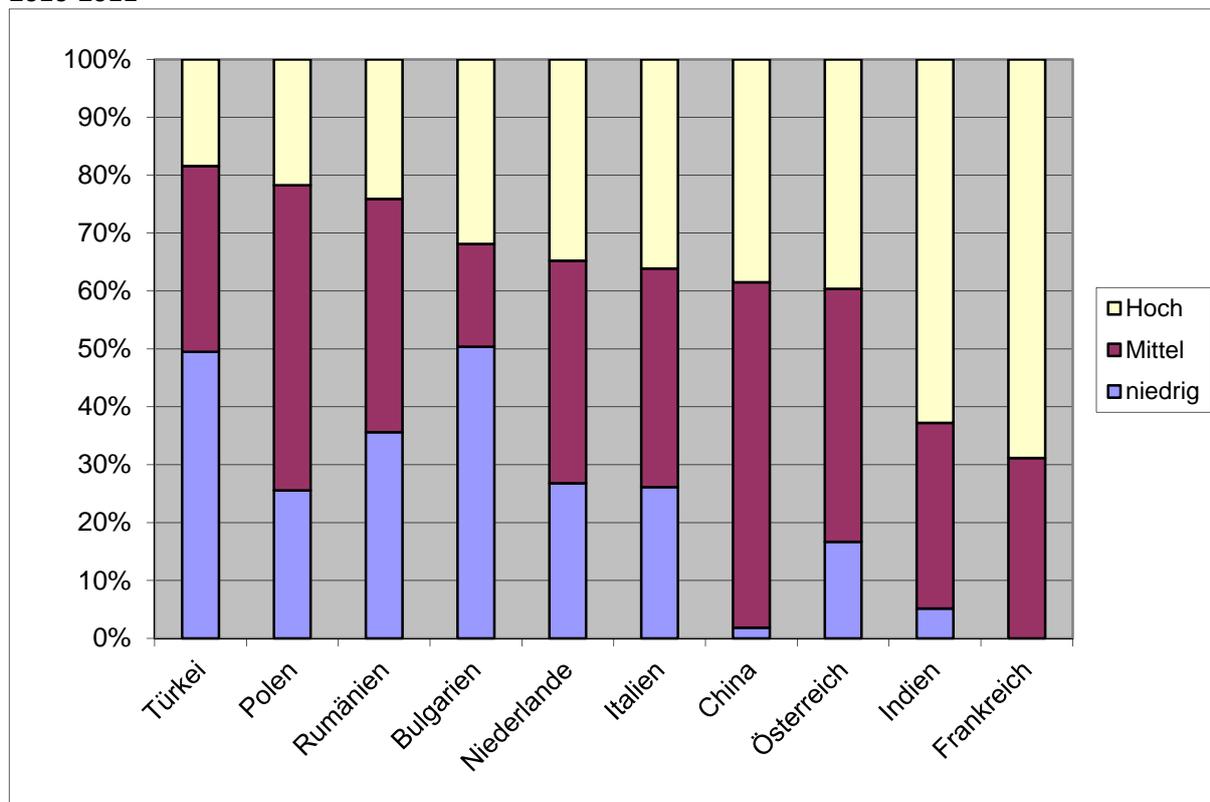
Weitere Quellen:

Statistisches Bundesamt (Fachserie 11 Reihe 1 - 2011/2012, Tabelle 5.1.1-2011).

Statistisches Bundesamt (2013): Schulen auf einen Blick.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018129004.pdf?_blob=publicationFile

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009): Demografischer Wandel in Deutschland - Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern, Heft 3.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Vorausberechnung/Bevoelkerung/KindertagesbetreuungSchuelerzahlen5871103099004.pdf?_blob=publicationFile

3.18 Zuwanderer nach Deutschland immer besser ausgebildet

Bildungsniveau der ausländischen Neuzuwanderer in Deutschland nach Staatsangehörigkeit, 2010-2011

Datenquelle: Mikrozensus, Berechnungen: BiB

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wird die Integration von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt zunehmend wichtiger. Dazu ist es erforderlich, dass Deutschland insbesondere für gut ausgebildete Zuwanderer attraktiv ist. Insgesamt hat in den vergangenen Jahren bereits eine Trendwende stattgefunden: Während im Jahr 2000 noch 40% der Einwanderer ein niedriges Bildungsniveau, also einen Realschulabschluss ohne Berufsqualifikation oder weniger, aufwiesen und nur 23% ein hohes, d.h. einen Hochschulabschluss, hatten im Jahr 2009 fast 45% einen hohen Bildungsstand und nur knapp 25% einen niedrigen. Somit ist der Anteil der Einwanderer mit mittlerem Bildungsniveau, also mit einem Berufsabschluss oder (Fach-)Abitur, fast konstant geblieben. Allerdings variiert das Bildungsniveau der Immigranten stark je nach Herkunftsland.

So haben viele Zuwanderer aus Westeuropa ein hohes Bildungsniveau: Fast 70% der 5 940 eingewanderten Franzosen besitzen einen Hochschulabschluss, die übrigen Abitur oder einen Ausbildungsabschluss. Auch bei den 6 890 eingewanderten Österreichern haben fast 40% einen Hochschulabschluss und 44% weisen ein mittleres Bildungsniveau auf. Von den italienischen Zuwanderern, die mit 8 000 Personen die größte Migrantengruppe aus den europäischen Krisenländern sind, haben 38% ein mittleres und 36% ein hohes Bildungsniveau. Auch die Einwanderer aus den Schwellenländern Indien und China (7 390 bzw. 4 340 Personen), sind sehr gut ausgebildet. Während 39% der Chinesen ein hohes Bildungsniveau und 60% ein mittleres haben, sind es bei den Indern sogar 63% bzw. 32%.

Die größte Zahl der Neuzuwanderer kommt allerdings aus Ost- und Mitteleuropa sowie der Türkei. Unter den osteuropäischen Zuwanderern sind Polen mit 22 420 Personen die größte

Gruppe, während aus Rumänien 8 300 Personen und 5 400 aus Bulgarien kommen. Aus der Türkei kamen 5 980 Personen nach Deutschland. Diese Zuwanderer haben ein heterogenes Bildungsniveau, insgesamt war es in den Jahren 2010 und 2011 jedoch geringer als bei Migranten aus anderen Teilen der Welt. So hatten fast 50% der türkischen und bulgarischen Migranten in den Jahren 2010 und 2011 einen niedrigen Bildungsstand. Dieser Anteil ist bei den beiden größten Zuwanderungsländern jedoch deutlich niedriger, er liegt bei nur 26% für die polnischen und 36% für die rumänischen Zuwanderer. In dieser Gruppe ist die Zahl der Migranten mit mittlerer Bildung mit 53% bzw. 40% besonders hoch. Bei den bulgarischen Zuwanderern fällt auf, dass 32%, einen Hochschulabschluss haben.

Weitere Quellen:

Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/vorlaeufigeWanderungen.html>

Bücker, Herbert (2013): Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. *Bertelsmann Stiftung*.

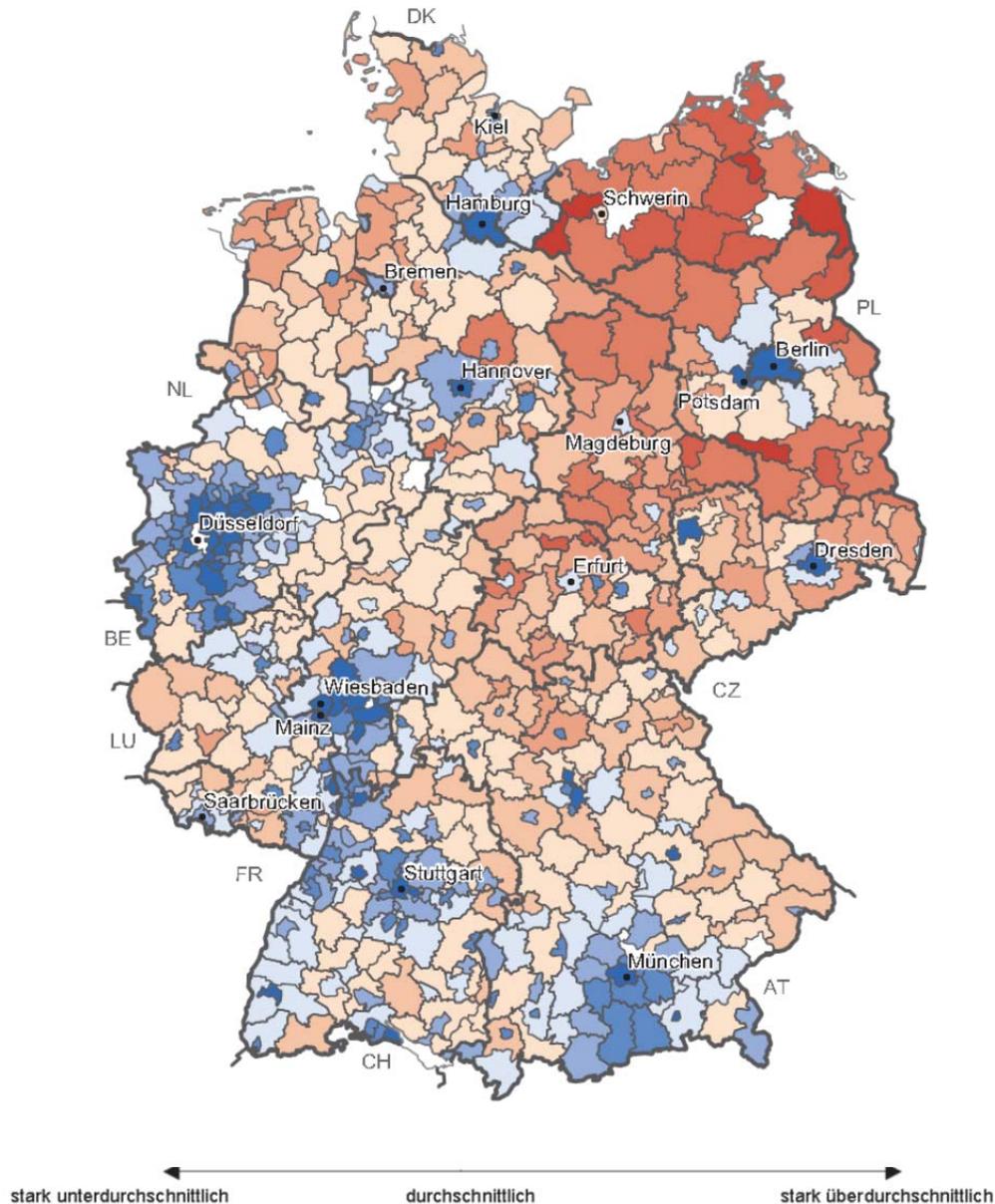
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-B2FF5D90-7A2911B6/bst/xcms_bst_dms_37927_2.pdf

KOMMENTAR ZUR GRAFIK

Wir würden hier die Auswahl der dargestellten Länder überdenken. Die hier dargestellten Länder sind laut Mikrozensus zwar die 10 größten, laut Wanderungsstatistik allerdings nicht. Vielleicht könnte man auf die Niederlande und Österreich verzichten und dafür die USA (viele gut ausgebildete Einwanderer) und Spanien (großes Krisenland) aufnehmen.

3.19 Sicherung der Daseinsvorsorge ist in ländlichen Regionen besonders große Herausforderung

Herausforderungen des demografischen Wandels bei der Sicherung der Daseinsvorsorge



Quelle: BBSR, Thünen-Institut

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und das Thünen-Institut Braunschweig untersuchen innerhalb der Arbeitsgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken“ die zentralen Handlungsfelder und deren Merkmale in den Bereichen „Sicherung der Daseinsvorsorge“ und „Stärkung der Wirtschaftskraft“. Unter Daseinsvorsorge versteht man gemeinhin die staatliche Aufgabe, Güter und Leistungen bereitzustellen, die für das menschliche Dasein als notwendig erachtet werden. Diese können in zwei Unterklassen gruppiert werden: einerseits die technische Infrastruktur (Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und Müllabfuhr), andererseits die altersübergreifende soziale Infrastruktur (Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser oder Friedhöfe).

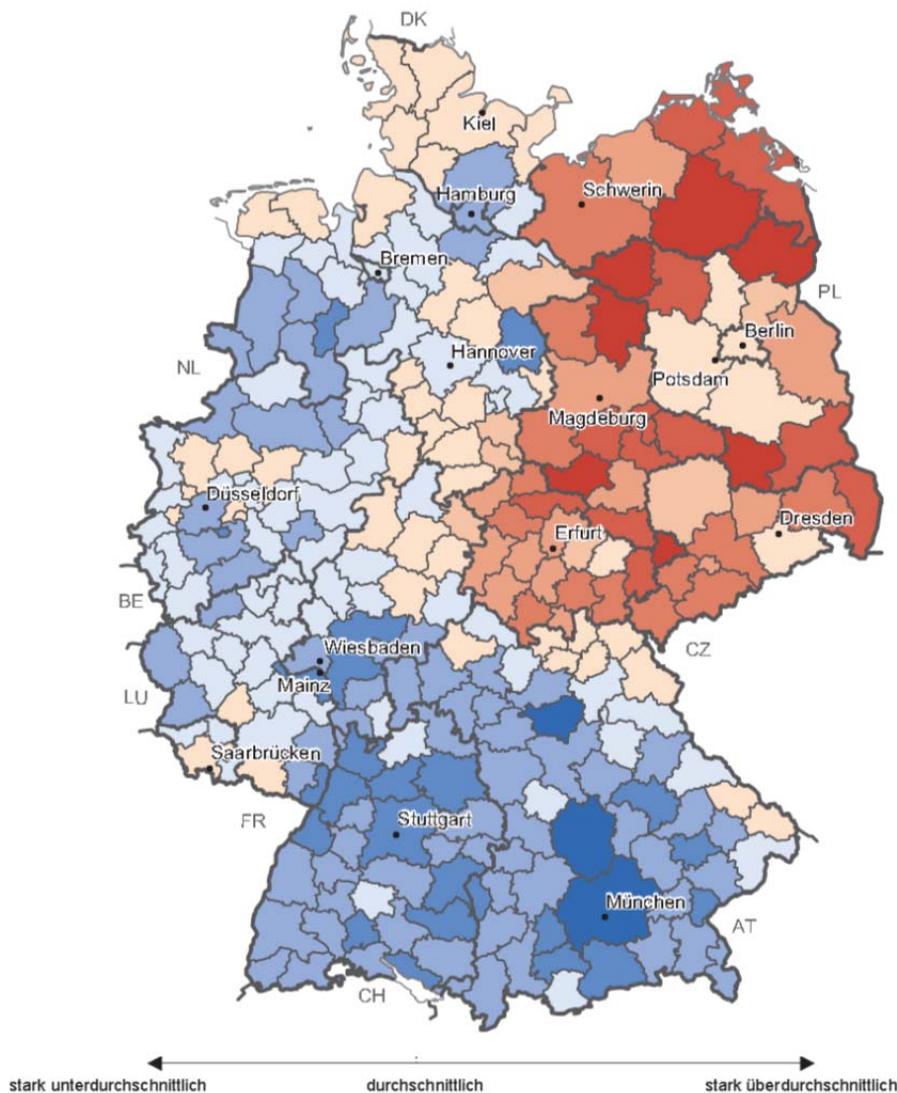
Sowohl regional als auch für verschiedene Altersgruppen sind die Herausforderungen des demografischen Wandels zur Sicherung der Altersvorsorge unterschiedlich. Ursächlich für Probleme können beispielsweise Veränderungen bei Bevölkerungszahl und Altersstruktur sein – schrumpft die Bevölkerung, kann dies zu Auslastungsproblemen führen, die wiederum Finanzierungsprobleme nach sich ziehen. Daher ist die Sicherung der Daseinsvorsorge insbesondere in den Regionen als schwierig, die bereits jetzt von Angebotsproblemen betroffen sind. Diese Regionen sind zumeist durch eine ungünstige Siedlungsdichte, einem geringen Bevölkerungspotential oder schlechter Erreichbarkeit von Zentren betroffen.

Die Herausforderungen der Daseinsvorsorge steigen zwar innerhalb Deutschlands, sind aber regional sehr unterschiedlich. Aufgrund ihrer besseren Infrastruktur sind Großstädte wie Hamburg, München, Berlin oder Hannover als auch kleinere kreisfreie Städte kaum von diesen Herausforderungen betroffen. Auch in den Ballungsgebieten des Großraums Rhein-Ruhr, des Rhein-Main-Gebietes und dem Großraum Stuttgart sind die Gegebenheiten zur Sicherung der Daseinsvorsorge deutlich besser als im bundesdeutschen Durchschnitt.

Im Gegensatz dazu ist die Versorgung im ländlichen Bereich, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und weiten Teilen von Sachsen-Anhalt und Sachsen, am schlechtesten. Diese Gebiete sind durch eine starke Abwanderung und Alterung geprägt. Die Erreichbarkeit von größeren Städten ist dort schlechter und entsprechend auch die Versorgung an notwendiger Infrastruktur wie Lebensmittelmärkten, kulturellen Angeboten, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Freizeiteinrichtungen. Aber auch in weniger dicht besiedelten Regionen Westdeutschlands wie den ländlichen Regionen der Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im nördlichen Bayern steht die Daseinsvorsorge vor Problemen.

3.20 Demografischer Wandel ist Herausforderungen bei der Stärkung der Wirtschaftskraft

Herausforderungen des demografischen Wandels bei der Stärkung der Wirtschaftskraft



Quelle: BBSR, Thünen-Institut

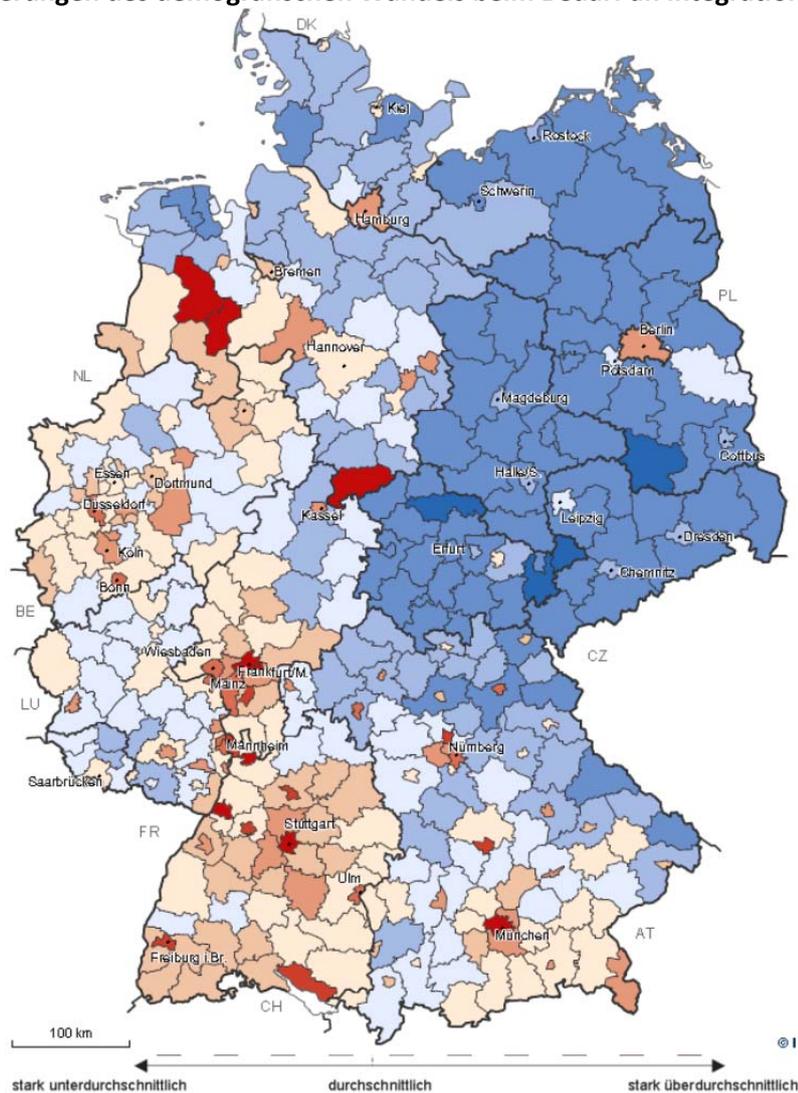
Eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur, und damit eine Veränderung Erwerbsbevölkerung, kann auch die Wirtschaftskraft verändern. Entscheidend sind hierbei die Erwerbsfähigen, denn ihr Bevölkerungsanteil ist der demografische Rahmen zur Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts. Eine Abwanderung der Erwerbsbevölkerung kann also als ein Verlust von Wirtschaftskraft interpretiert werden. Durch diese Abwanderung verändert sich die Bevölkerungsstruktur und damit auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im regionalen Binnenmarkt. Sinkt die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in ohnehin schon wirtschaftlich schwachen Regionen, kann es zu einer weiteren Abwanderung der Erwerbstätigen kommen. Eine Abwärtsspirale setzt ein. Es kommt zu immer stärkeren Arbeitsmarktverlusten sowie schlechteren Erreichbarkeiten für Kunden, Entwertung des Sachkapitals und einer Verschlechterung der öffentlichen Leistungen.

Die dargestellten Herausforderungen ergeben sich zum einen aus der Alterung der Gesellschaft und dem Rückgang der Erwerbsbevölkerung und zum zweiten aus dem GRW-Indikator, der Arbeitslosenquoten, Löhne und Infrastruktur in einer Region berücksichtigt. Trifft

der demografische Wandel – das heißt die Abwanderung und Alterung der Bevölkerung – auf strukturschwache Regionen, sind die Herausforderungen zur Stärkung der Wirtschaftskraft besonders groß. Strukturstarke Regionen sind trotz des demografischen Wandels eher in der Lage, qualifizierte Arbeitskräfte zu halten, weiterzubilden oder qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen. Diese Szenarien werden hier auf Arbeitsmarktregionen grafisch dargestellt.

Die Karte visualisiert sehr deutlich einen Ost- West- Unterschied. Während die neuen Bundesländer überwiegend durch überdurchschnittlich hohe Herausforderungen gekennzeichnet sind, sind weite Teile der alten Bundesländer durch deutlich unterdurchschnittliche Herausforderungen charakterisiert. Insbesondere in den südlichen Bundesländern sind die Herausforderungen zur Stärkung der Wirtschaftskraft gering, während in nördlichen Bundesländern leicht erhöhte Herausforderungen auf die Gemeinden zukommen. Vergleicht man diese Verteilung mit der Bevölkerungsentwicklung, so ist deutlich erkennen, dass gerade die Gebiete mit einer rückläufigen Bevölkerung mit überdurchschnittlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Anders sieht es beispielsweise in Berlin und Umland aus, wo die Bevölkerung in den kommenden Jahren leicht zunehmen wird. Hier ist entsprechend ist auch die Herausforderung zur Stärkung der Wirtschaftskraft nur leicht überdurchschnittlich.

3.21 Ballungszentren haben größten Bedarf an Integrationsleistungen Herausforderungen des demografischen Wandels beim Bedarf an Integrationsleistungen



Datenquelle: BBSR, Thünen-Institut

Die Integration von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels besonders wichtig, um die niedrigen Geburtenraten in Deutschland auszugleichen. Die Integration ist damit ein wichtiges Handlungsfeld für von Migration betroffene Regionen. Der Integrationsbedarf einer Region wird dabei an zwei Indikatoren gemessen: dem Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund und den Zuzügen aus dem Ausland je Einwohner. Integrationsbedarf umfasst dabei ein weites Spektrum an finanziellen und gesellschaftlichen Aufwendungen, die für die Integration notwendig sind, wie etwa die Bereitstellung von Deutsch- und Einbürgerungskursen.

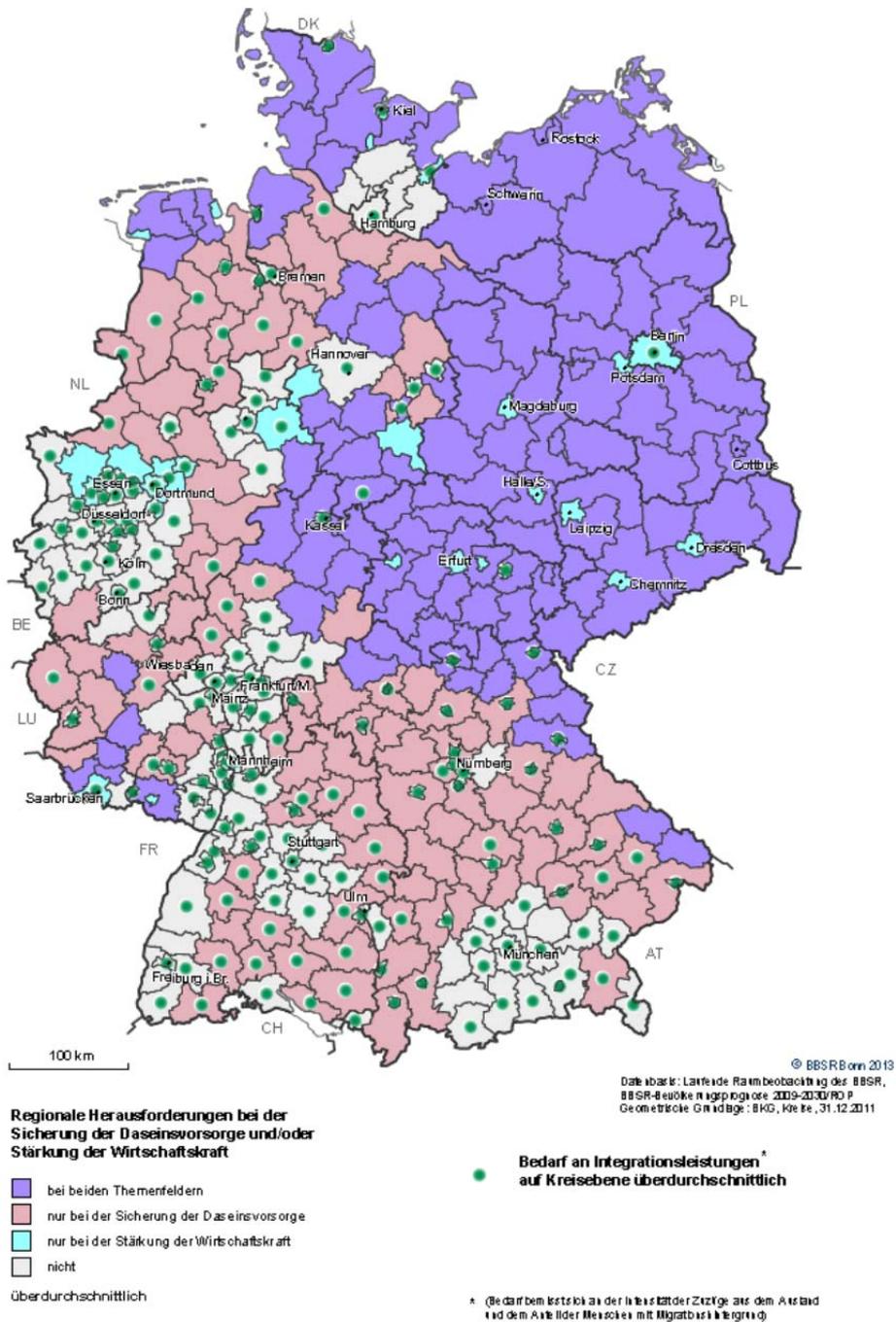
Deutschlandweit betrachtet fällt der Integrationsbedarf in Ostdeutschland deutlich geringer aus als in Westdeutschland. Dies liegt vor allen Dingen an den geringen Zuzügen von Immigranten nach Ostdeutschland. Eine Ausnahme stellt Berlin dar, dort ist der Integrationsbedarf dementsprechend überdurchschnittlich hoch. Des Weiteren zeigt sich erhöhter Integrationsbedarf in Ballungsräumen Deutschlands, wie dem Ruhrgebiet, dem Rhein-Main-Gebiet und den Regionen um Bremen und Oldenburg, Stuttgart und München. Hier spiegelt sich die höhere Attraktivität von Städten für Zuwanderer wider, unter anderem

aufgrund von besseren Arbeitsmarktbedingungen. Zudem handelt es sich dabei um Regionen, in die in den 60er und 70er Jahren viele Gastarbeiter zugewandert sind. Dies schlägt sich nun in einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund nieder. Insgesamt erfahren also insbesondere die Regionen einen hohen Zuwachs an Migranten, die auch für junge Deutsche attraktiv und daher wenig von gesellschaftlicher Alterung betroffen sind. Bisher fängt die Zuwanderung nach Deutschland die Folgen des demographischen Wandels daher auf regionaler Ebene nur bedingt ab. In Westdeutschland fällt zudem ein erhöhter Integrationsbedarf außerhalb der Ballungsräume in den Grenzregionen auf. Dies könnte in einem erhöhten Zuzug von Menschen aus den angrenzenden Ländern begründet sein, beispielsweise aufgrund von geringeren Lebenshaltungskosten.

Weitere Quellen:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014): Migrationsbericht 2014.
[http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2012.pdf? blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2012.pdf?blob=publicationFile)

3.22 Herausforderungen des demografischen Wandels regional sehr unterschiedlich
Vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen



Datenquelle: BBSR, Thünen-Institut

Die Projektgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken“ der Bundesregierung hat zur Abgrenzung besonders vom demografischen Wandel betroffener Regionen drei Indikatoren entwickelt: Daseinsvorsorge, Wirtschaftskraft und Bedarf an Integrationsleistungen. Dabei bezieht sich der Indikator Daseinsvorsorge auf die Alterung der Gesellschaft, sowie Siedlungsstruktur, Bereitstellung öffentlicher Güter und deren Erreichbarkeit. Der Index Wirtschaftskraft berücksichtigt insbesondere die Zahl der Erwerbsfähigen sowie den regionalen

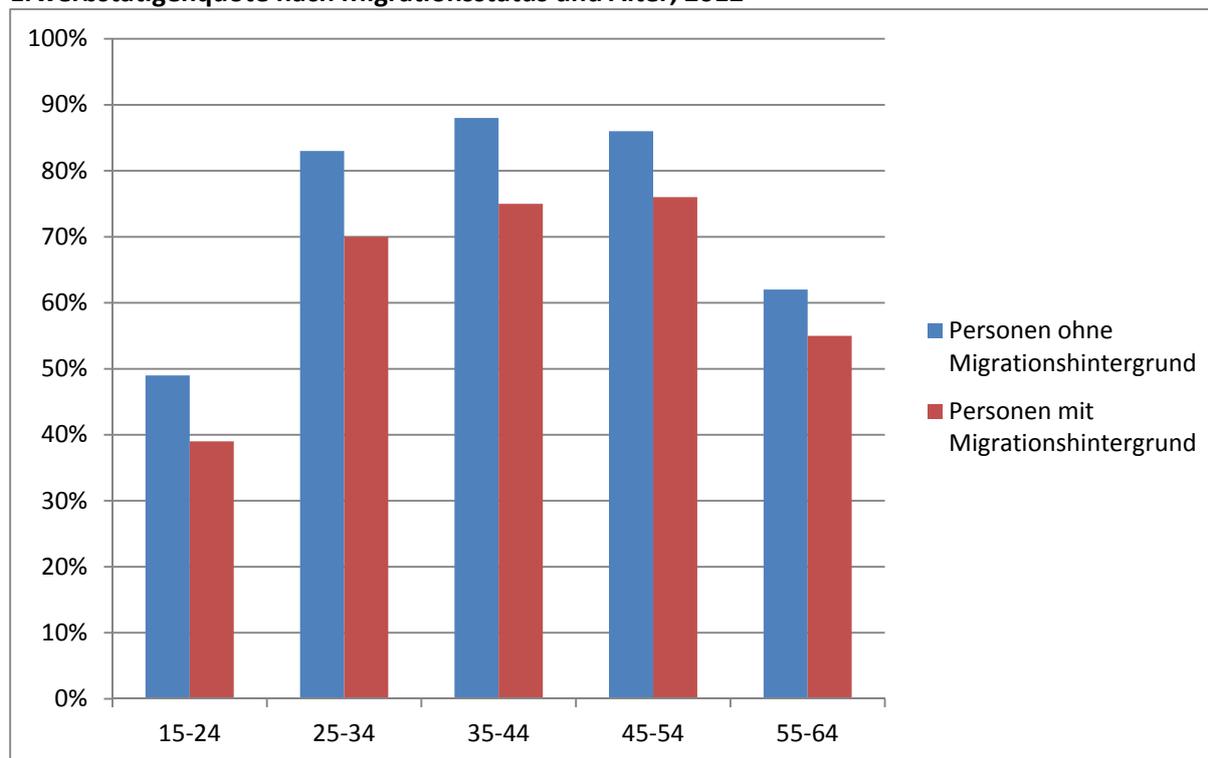
Arbeitsmarkt, der durch Arbeitslosenquoten und Löhne charakterisiert wird. Der dritte Indikator misst den Integrationsbedarf anhand des Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund.

Es wird deutlich, dass ein hoher Integrationsbedarf zumeist in Regionen auftaucht, die hinsichtlich Daseinsvorsorge und Wirtschaftskraft nicht vor überdurchschnittlich starken Herausforderungen stehen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass Migranten vor allem in Regionen mit guten Arbeitsmarktchancen ziehen. Umgekehrt ist der Integrationsbedarf in Regionen gering, die bezüglich Daseinsvorsorge und Wirtschaftskraft vor Herausforderungen stehen wie die neuen Bundesländer, Osthessen, der Osten und Norden Niedersachsens, das Saarland und Schleswig-Holstein.

Die ländlichen Regionen in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen sehen sich insbesondere den Herausforderungen der Daseinsvorsorge gegenüber. Diese Kreise haben nur vereinzelt einen erhöhten Bedarf an Integrationsleistungen. Nur wenige Gebiete in Deutschland sehen sich überdurchschnittlichen Herausforderungen zur Stärkung der Wirtschaftskraft gegenüber ohne gleichzeitig auch in Fragen der Daseinsvorsorge stark betroffen zu sein. Dazu gehören die (Groß-) Städte in den neuen Bundesländern sowie das Ruhrgebiet und einzelne Kreise in Niedersachsen. Aufgrund ihrer dichten Siedlungsstruktur und guten Infrastruktur ist die Daseinsvorsorge dort kein großes Problem, allerdings ist die Arbeitslosigkeit in diesen Kreisen sehr hoch.

In einigen Regionen bestehen weder überdurchschnittliche Herausforderungen in Bezug auf die Daseinsvorsorge noch auf die Stärkung der Wirtschaftskraft. Diese Gebiete befinden sich hauptsächlich in München und dessen großräumigem Umland, in und um Stuttgart sowie an der Grenze zu Frankreich von Freiburg bis Mannheim und im Rhein-Main-Gebiet, im Rheinland sowie in und um Hamburg und Hannover. In diesen Gebieten mit geringen Herausforderungen in Bezug auf Daseinsvorsorge und Wirtschaftskraft gibt es meist einen erhöhten Bedarf an Integrationsleistungen, da Migranten aufgrund der guten Arbeitsbedingungen und Infrastruktur eher in diese Regionen ziehen.

3.23 Migranten sind weniger oft erwerbstätig

Erwerbstätigenquote nach Migrationsstatus und Alter, 2012

Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 1 Reihe 2.2 - 2012, Tabelle 16); Berechnungen: BiB

Die Integration von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt wird immer wieder stark diskutiert. Insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sowie der Stabilität der sozialen Sicherungssysteme hat ihre Erwerbstätigkeit an Bedeutung gewonnen. Ein Blick in die Statistik zeigt: Personen mit Migrationshintergrund sind in allen Altersgruppen seltener erwerbstätig als Personen ohne Migrationshintergrund. In fast allen Altersgruppen war die Erwerbstätigenquote im Jahr 2012 um etwa 10 Prozentpunkte niedriger. Bei den 35- bis 45-Jährigen ist dieser Unterschied sogar noch etwas größer. Während hier 88% der Personen ohne Migrationshintergrund erwerbstätig sind, sind es bei den Personen mit Migrationshintergrund nur 75%. Am geringsten ist die Differenz in der Altersgruppe von 55-64 Jahren (62% verglichen mit 55%).

Allerdings ist diese Lücke insgesamt seit Ende der 2000er Jahre etwas kleiner geworden. Während 2009 die Erwerbstätigenquote in allen Altersgruppen bei Personen ohne Migrationshintergrund 6,5 Prozentpunkte über der von Personen mit Migrationshintergrund lag, hat sich diese Differenz bis 2012 auf 5,6 Prozentpunkte verringert. Dieser Trend ist insbesondere durch einen starken Anstieg der Erwerbstätigenquote in den Altersgruppen von 25 bis 55 Jahren geprägt.

Die Erwerbstätigenquote gibt an, wie viele Menschen einer Bevölkerungsgruppe erwerbstätig sind. Eine geringe Erwerbstätigenquote kann also durch zwei Faktoren bestimmt sein: hohe Arbeitslosigkeit oder ein großer Anteil an nichterwerbstätigen Personen. Beides trifft auf Menschen mit Migrationshintergrund zu. Ihre Arbeitslosenquote ist mit 8,9% verglichen mit 4,6% bei Nichtmigranten für das Jahr 2012 höher, aber auch der Anteil der Nichterwerbstätigen ist höher.

Auch der Bildungshintergrund spielt eine Rolle: Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger schlecht ausgebildet. Zum einen haben sie häufiger keinen Schulabschluss – während dies nur auf 1,6% der Personen ohne Migrationshintergrund zutrifft, liegt der Anteil bei Personen mit Migrationshintergrund bei 10,2%. Dies betrifft insbesondere Ältere. Ebenso haben Migranten seltener einen Ausbildungsabschluss. 26,4% der Personen mit Migrationshintergrund und 12,25% der Personen ohne Migrationshintergrund haben keine abgeschlossene Ausbildung. Beides könnte ein Grund für die höhere Arbeitslosigkeit unter Migranten sein.

Die hohe Nichterwerbstätigenquote liegt insbesondere an einem hohen Anteil an nichterwerbstätigen Frauen (57% bei Frauen mit Migrationshintergrund und 52% bei Frauen ohne Migrationshintergrund). Ein Grund könnte sein, dass Frauen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft drei oder mehr Kinder bekommen, nämlich 20% bei den Migrantinnen und nur 12% bei den Deutschen. Dies trifft insbesondere auf türkischstämmige Familien zu, sodass diese Migrantengruppe mit 38% nur eine verhältnismäßig geringe Erwerbstätigenquote hat.

Weitere Quellen:

Statistisches Bundesamt (2012): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 2 Reihe 2.2.

Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 2 Reihe 2.2.

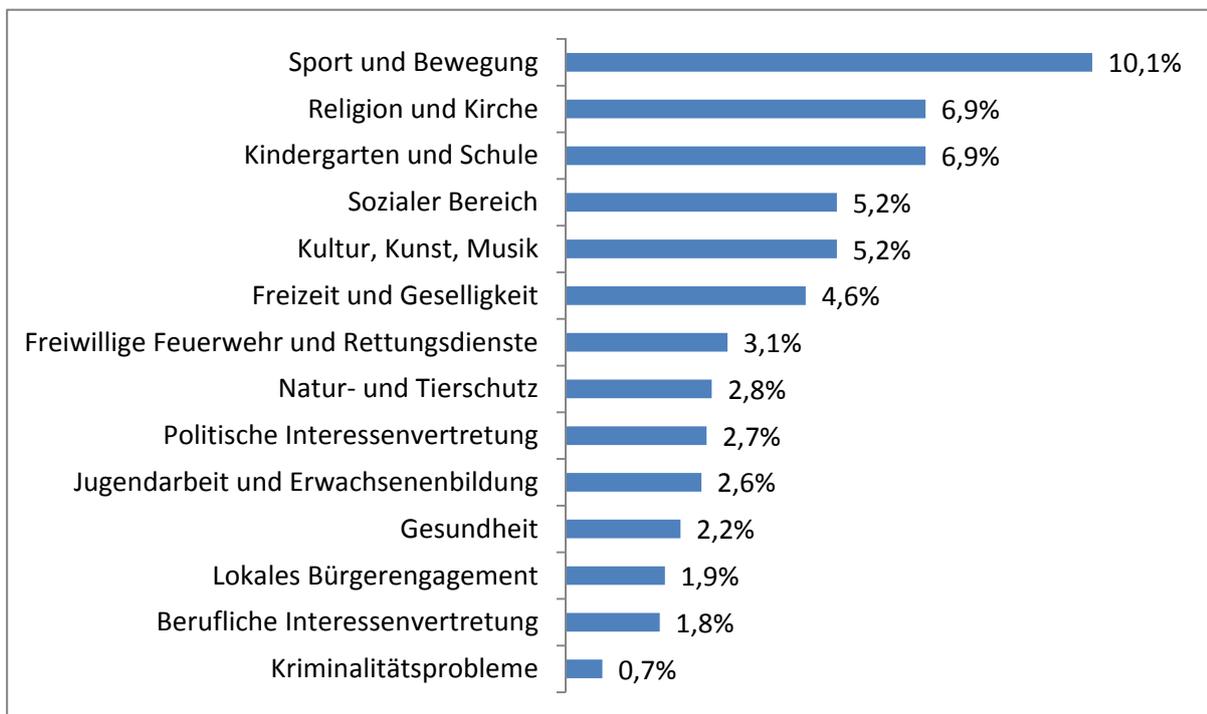
Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 2 Reihe 2.2.

BMFSFJ (2010): Ehe, Familie, Werte – Migrantinnen und Migranten in Deutschland. *Monitor Familienforschung* (24).

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Familienforschung-Nr.24.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Bundesagentur für Arbeit (2014): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Februar 2014.
<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Zeitreihen/zu-den-Produkten-Nav.html>

3.24 Jeder dritte Deutsche engagiert sich im Ehrenamt

Engagement der Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren; Mehrfachnennungen möglich (2009)

Datenquelle: Freiwilligensurvey

Das Ehrenamt ist eine wichtige Stütze für viele gesellschaftliche Bereiche. Ein Ehrenamt bedeutet, dass Freiwillige unentgeltlich eine Tätigkeit für die Allgemeinheit ausüben. Diese Tätigkeiten sind vielfältig. Besonders oft handelt es sich dabei um praktische Hilfe sowie Unterstützung bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen. Ehrenamtliche engagieren sich in Deutschland regelmäßig und meist bis zu fünf Stunden in der Woche. Die wichtigsten Motive für ein Ehrenamt sind der Wunsch, die Gesellschaft aktiv zu gestalten und mit anderen Menschen zusammenzukommen. Untergeordnete Gründe sind das Erlernen neuer Qualifikationen und berufliches Vorankommen.

Seit 2004 ist der Anteil der Freiwilligen fast konstant geblieben und im Vergleich zum Jahr 1999 sogar leicht um ca. 2 Prozentpunkte gestiegen. Dabei engagieren sich in Süd- und Westdeutschland mit 38% bzw. 37% der Bevölkerung mehr Menschen freiwillig als in Ostdeutschland, wo der Anteil bei 31% liegt. Insgesamt engagieren sich Menschen auf dem Land häufiger. In den Ballungszentren, die einen hohen Anteil an Migranten und jungen Menschen haben, ist das ehrenamtliche Engagement hingegen weniger verbreitet.

Unter den Ehrenämtern sind diejenigen im sportlichen Bereich besonders beliebt (10,1%). Weitere attraktive Bereiche sind Kirche (6,9%), Kindergarten und Schule (6,9%) und der soziale sowie kulturelle Bereich (je 5,2%). Wenig attraktiv scheint ein Ehrenamt in politischen Gremien, wie einem lokalen Bürgerengagement (1,9%) oder einer beruflichen Interessensvertretung (1,8%) sowie bei Kriminalitätsproblemen (0,7%) zu sein.

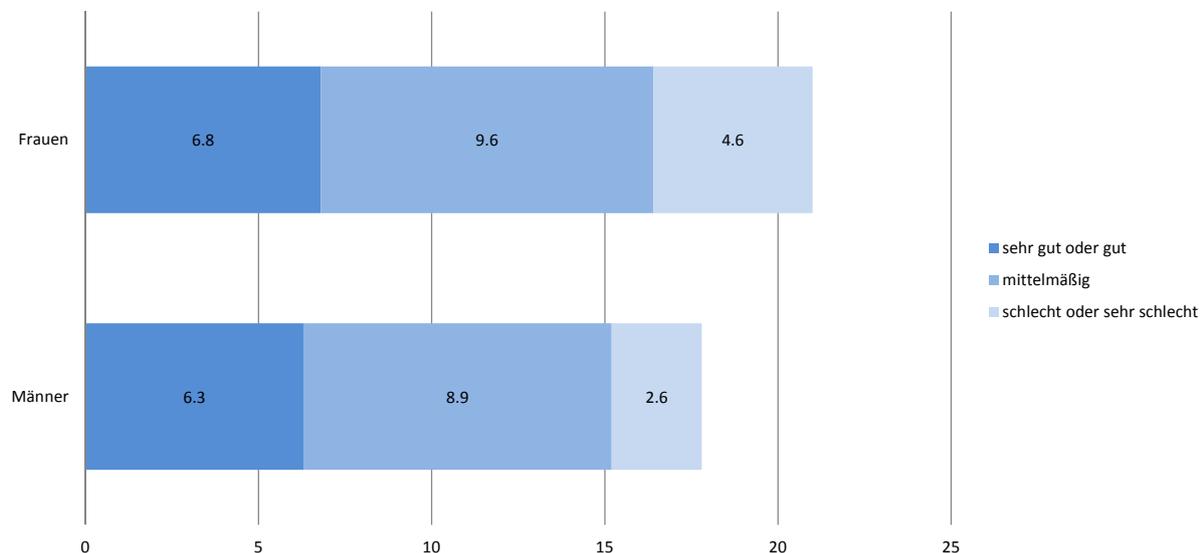
Die Verteilung auf einzelne Bereiche ist vor allen Dingen vom Geschlecht der Ehrenamtlichen abhängig. Während Männer generell häufiger ehrenamtlich tätig sind, engagieren sie sich besonders oft im sportlichen Bereich (13,4%) und in der Freiwilligen Feuerwehr (5,2%). Viele Männer engagieren sich auch im Kindergarten und der Schule (5,9%), allerdings ist dies mit

7,8% der Hauptbereich für ehrenamtlich tätige Frauen. Viele Frauen (6,9%) bringen sich zudem unentgeltlich im kirchlichen oder religiösen Umfeld ein.

Freiwilliges Engagement variiert zudem stark mit dem Alter der Ehrenamtlichen. Generell ist der Anteil an Ehrenamtlichen in allen Altersgruppen hoch. Von den Männern engagieren sich fast durchgehend mehr als 40%, bei den Frauen sind es meist ca. fünf Prozentpunkte weniger. Hier zeigt sich eine deutliche Verringerung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Frauen zwischen 20 und 35 Jahren auf knapp unter 30%. Dies liegt vermutlich daran, dass Paare in dieser Lebensphase häufig eine Familie gründen. Ab 70 Jahren nimmt das ehrenamtliche Engagement zudem ab. Entsprechend der Lebenssituation der Freiwilligen variieren auch die Bereiche, in denen sie sich engagieren. 30- bis 49-Jährige engagieren sich besonders häufig im sportlichen Bereich (12,1%) sowie im Kindergarten und der Schule (13%). Menschen über 65 Jahren sind viel in der Kirche (7%), im sozialen Bereich (6,8%) sowie im sportlichen Bereich (6,4%) tätig. Die meisten Ehrenamtlichen in dieser Altersgruppe sind bereits seit mehr als 10 Jahren in ihrem Bereich aktiv.

3.25 Höhere Lebenserwartung von Frauen in Deutschland – Unterschiede im Gesundheitszustand

Erwerbstätigenquote nach Migrationsstatus und Alter, 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 1 Reihe 2.2 - 2012, Tabelle 16); Berechnungen: BiB

Die Lebenserwartung ist einer der bedeutendsten Indikatoren für den Gesundheitsstatus der Bevölkerung. In den Industriestaaten hat die durchschnittliche Lebenserwartung von 1970 bis 2010 um über 10 Jahre zugenommen und beträgt 79,7 Jahre. Die wesentlichen Faktoren, die diese Entwicklung begünstigt haben, sind ein gestiegener Lebensstandard, bessere Bildung und der Zugang zu hochqualitativer medizinischer Versorgung. Nach wie vor gibt es jedoch ein signifikantes Gefälle zwischen der Lebenserwartung von Frauen und Männern, im OECD-Durchschnitt haben Frauen eine um 5,6 Jahre höhere Lebenserwartung. Diese Differenz lässt sich unter anderem auf eine risikobereitere Lebensweise von Männern zurückführen, was sich beispielsweise in höherem Alkohol- und Tabakkonsum widerspiegelt.

In Deutschland betrug die Lebenserwartung im Jahr 2010 bei Frauen 83 Jahre, bei Männern hingegen 78 Jahre. Aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung sollte auch der Gesundheitszustand im Alter nicht unberücksichtigt bleiben. Er ist insbesondere für das Gesundheitssystem eine Herausforderung, weil zu erwarten ist, dass die Behandlungsintensität in einer stetig alternden Bevölkerung zunehmen wird.

Ein Blick auf die Lebenserwartung von 65-Jährigen zeigt folgendes Bild: 65-jährige Frauen haben in Deutschland eine verbleibende Lebenserwartung von ca. 21 Jahren, während Männern im selben Alter noch ca. 18 Jahre an Lebenserwartung bleiben. Unterteilt man die verbliebenen Lebensjahre in die Gesundheitszustände „sehr gut oder gut“, „mittelmäßig“ und „schlecht oder sehr schlecht“, so zeigt sich, dass die Lebenserwartung im mindestens guten Gesundheitszustand zwischen beiden Geschlechtern geringfügig abweicht. Während Frauen sich über 6,8 gute Lebensjahre erfreuen können, sind es bei Männern 6,3. Die Differenz bei einem mittelmäßigen Gesundheitszustand ist ebenfalls relativ gering. Ein signifikanter Unterschied wird erst in den letzten Lebensjahren deutlich. Die letzten 4,6 Lebensjahre von Frauen sind durch einen schlechten Gesundheitszustand gekennzeichnet, wohingegen bei Männern der Gesundheitszustand in den letzten 2,6 Lebensjahren als schlecht angegeben wird. Deutsche Frauen haben also zwar im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung, verbringen

diese zusätzliche Lebenszeit aber zu einem beträchtlichen Teil in schlechtem Gesundheitszustand.

Weitere Quellen:

OECD Factbook 2013: Economic, Environmental and Social Statistics.

<http://www.oecd-ilibrary.org/sites/factbook-2013-en/12/01/01/index.html?itemId=/content/chapter/factbook-2013-95-en>

OECD Health Statistics

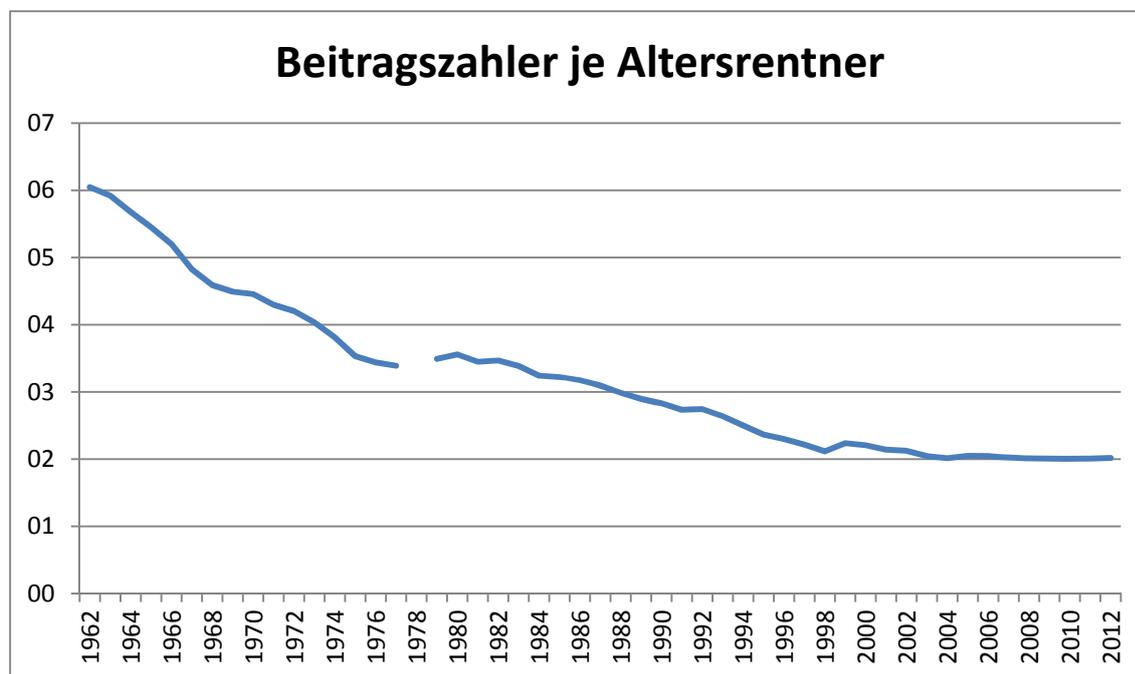
European Health and Life Expectancy Information System, EHLEIS Country Reports, Issue 6 – April 2013

http://www.eurohex.eu/pdf/Reports_2013/2013_TR4%201_Country%20reports%206.pdf

Bundesärztekammer (2013), Ärztestatistik

<http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.3.11372> [Stand: 08.07.2013]

3.26 Auf einen Beitragszahler kommen immer mehr Rentner

Anzahl der GRV-Beitragszahler und Altersrentner und ihr Verhältnis, 1962-2011

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund; Berechnungen: BiB

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist über das Umlageverfahren finanziert. Sowohl die aktuellen Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber als auch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt werden also für die Renten der derzeitigen Rentner verwendet. Entsprechend haben die aktuell Versicherten im Alter zwar einen Anspruch auf Rentenzahlungen, diese entsprechen jedoch in der Höhe nicht ihren geleisteten Beiträgen. Denn diese zukünftigen Renten werden von der kommenden Generation an Beitragszahlern finanziert. Da von der Rentenversicherung nur in geringem Umfang Rücklagen gebildet werden können, müssen die jeweiligen Beitragszahlungen in etwa der Höhe der aktuellen Rentenzahlungen entsprechen.

Aufgrund dieses Umlageverfahrens ist die Zahl der Rentner und der aktiv Versicherten – das heißt der Beitragszahler – für die Finanzierung der aktuell ausgezahlten Renten sehr entscheidend. Durch längere Arbeitszeiten und größere Erwerbsbeteiligung ist zwar die Zahl der Beitragszahler mit Ausnahme der 1990er Jahre kontinuierlich gestiegen, gleichzeitig ist aber auch die Zahl der Rentner kontinuierlich gewachsen. Während in der Bundesrepublik im Jahr 1962 auf 18,6 Mill. Beitragszahler 3,1 Mill. Rentner kamen, waren es im Jahr 2012 17,7 Mill. Beitragszahler auf 35,7 Mill. Rentner. Während also die Zahl der Beitragszahler um 92% gestiegen ist, hat die Zahl der Rentner sich gleichzeitig um 476% erhöht. Entsprechend kamen im Jahr 1962 auf einen Rentner 6 Beitragszahler, während es im Jahr 2012 nur noch 2 waren.

Das schlechtere Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern kann vor allem über vier Kanäle kompensiert werden: Erstens kann der Beitragssatz erhöht, zweitens die Rente verringert, drittens die Lebensarbeitszeit erhöht oder viertens können die Zuschüsse erhöht werden. Die ersten beiden Kanäle wurden in den vergangenen Jahrzehnten genutzt. Entsprechend wurde der Beitragssatz von 14,0 Prozent im Jahr 1962 auf zwischenzeitlich über 20 Prozent erhöht. Im Jahr 2013 wurde er wieder etwas abgesenkt auf aktuell 18,9%. Im gleichen Zeitraum wurde die Standardrente von jährlich 1 838€ auf 14 996€ erhöht. Im Vergleich zum durchschnittlichen

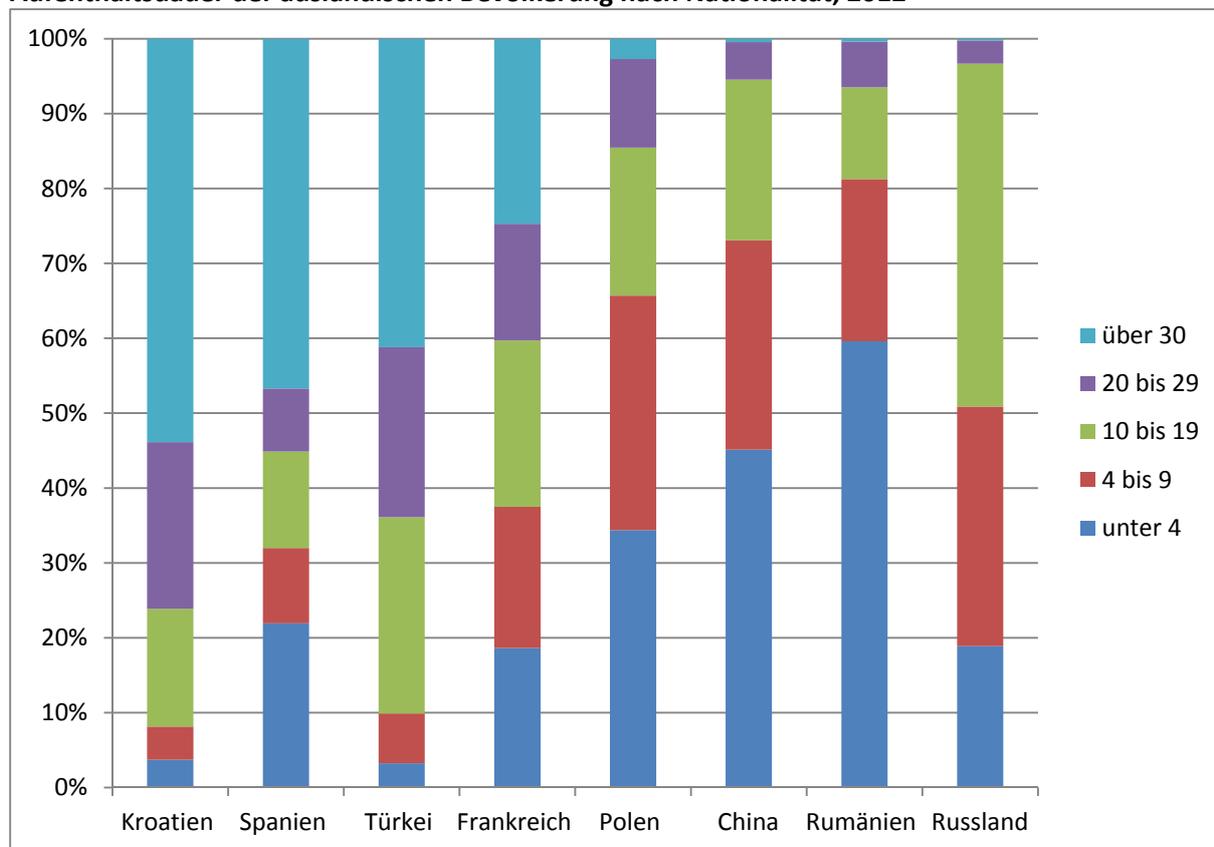
Jahreseinkommen ist die Standardrente damit weniger stark gestiegen und betrug 2012 nur noch 45,5% des Durchschnittsentgeltes. Im Jahr 1962 waren es 49,1%.

In den vergangenen Jahren hat sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern auf 2 stabilisiert. Allerdings könnte der demografische Wandel oder ein Anstieg der Arbeitslosigkeit dazu führen, dass sich dieses Verhältnis weiter verschlechtert.

Weitere Quellen:

Deutsche Rentenversicherung Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV Schriften 22, http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/238700/publicationFile/62887/03_rv_in_zeitreihen.pdf

3.27 Viele Migranten bleiben langfristig in Deutschland

Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung nach Nationalität, 2012

Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Ausländische Bevölkerung - Fachserie 1 Reihe 2 - 2012);
Berechnungen: BiB

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist insbesondere eine langfristige Integration von Einwanderern in den Arbeitsmarkt erstrebenswert. Bei der Betrachtung von Aufenthaltsdauern sind aber insbesondere auch die verschiedenen Migrantengruppen zu berücksichtigen. Eine große Migrationsbewegung erfuhr Deutschland im Zuge der Gastarbeiterabkommen in den 1960er und 1970er Jahren. In dieser Zeit kamen insbesondere Spanier und Türken nach Deutschland. In den 1990er Jahren kamen im Zuge der Balkankrise und des Zusammenbruches des Ostblockes besonders viele Migranten nach Deutschland. Darunter waren insbesondere Menschen aus Slowenien, Kroatien und dem Kosovo sowie sogenannte „Russlanddeutsche“. Im Zuge der europäischen Osterweiterung in den 2000er Jahren wurde die Migration nach Deutschland für Menschen aus Osteuropa, beispielsweise aus Polen und Rumänien, erleichtert.

Diese Migrationswellen spiegeln sich deutlich in der Aufenthaltsdauer der deutschen Zuwanderer wider. Türken, die mit 1,57 Millionen Menschen im Jahr 2012 die größte Migrantengruppe waren und vor allem im Zuge der Gastarbeiterabkommen nach Deutschland kamen, haben eine verhältnismäßig lange Aufenthaltsdauer. So lebten im Jahr 2012 41% der Türken seit 30 Jahren oder länger in Deutschland. Gleiches trifft auf Kroaten (225 000) und Spanier (120 000) zu, von denen 54% bzw. 47% bereits 30 Jahre oder länger in Deutschland lebten. Diese Menschen waren von Anfang an gut in den Arbeitsmarkt integriert und sind langfristig in Deutschland geblieben. 38% der Kroaten sind zudem vor 10 bis 29 Jahren nach Deutschland gekommen, was zum Großteil auf den Kroatienkrieg zu Beginn der 1990er Jahre

zurückzuführen ist. Nach dem Zusammenbruch des Ostblockes in den 1990er Jahren kamen zudem viele russische Einwanderer nach Deutschland. Die Mehrheit der russischen Einwanderer, nämlich 46%, lebte im Jahr 2012 daher seit 10 bis 19 Jahren in Deutschland. Auch diese Gruppe ist also langfristig in Deutschland integriert.

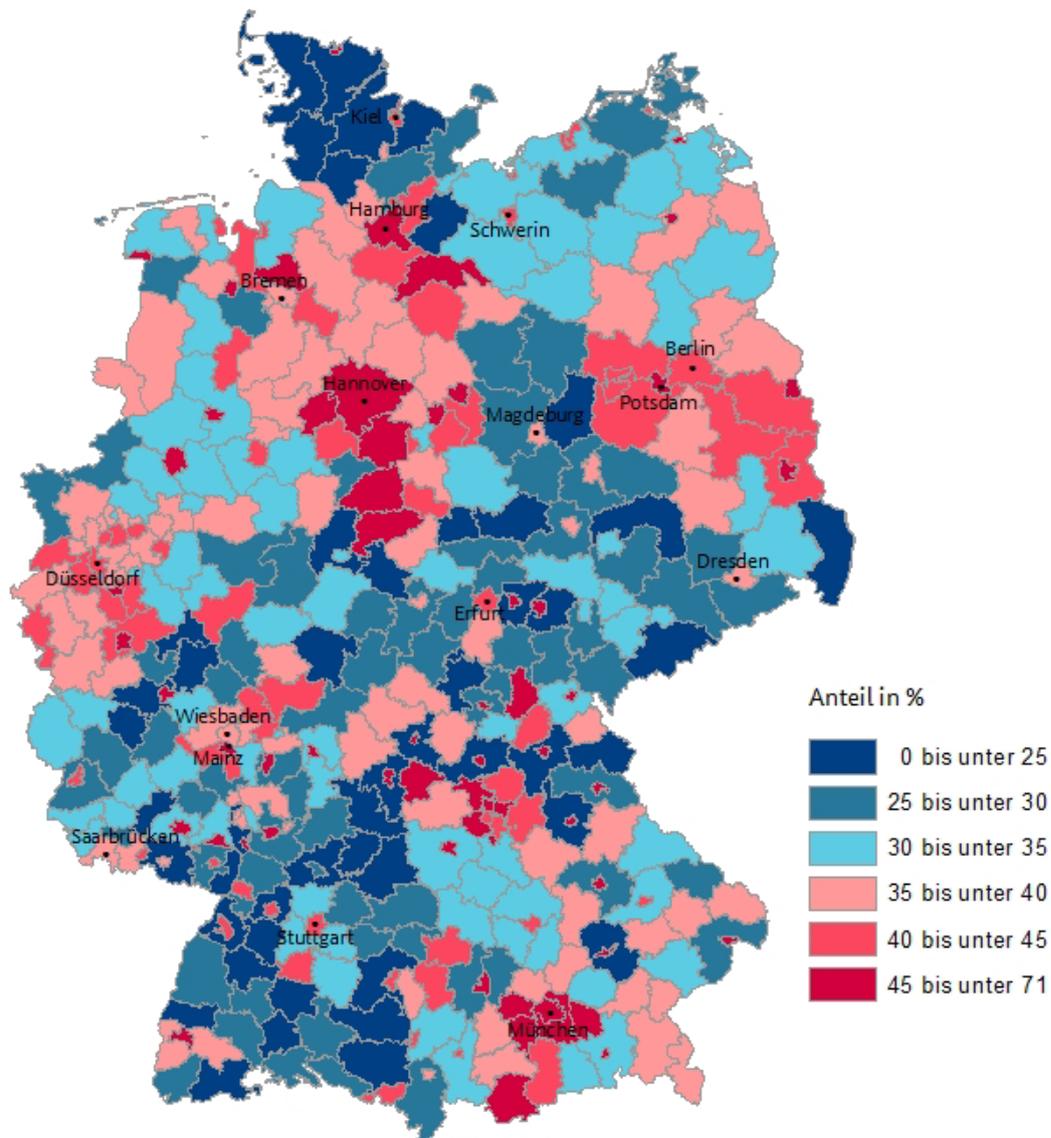
Polen, die mit 532 000 Personen im Jahre 2012 die größte europäische Einwanderergruppe sind, und Rumänen, von denen 205 000 Personen in Deutschland lebten, können erst seit kurzer Zeit relativ einfach nach Deutschland migrieren. Dies schlägt sich in bisher kurzen Aufenthaltsdauern nieder. So lebten 2012 34% der Polen und 60% der Rumänen weniger als 4 Jahre in Deutschland. Ebenso lebten nur wenige der 94 000 chinesischen Immigranten länger als 19 Jahre in Deutschland, was an der erst Ende der 70er Jahre beginnenden Öffnung Chinas liegt. 45% der Chinesen sind sogar erst weniger als 4 Jahre in Deutschland. Häufig handelt es sich bei dieser Gruppe um Studenten, ein Teil von ihnen verlässt Deutschland nach dem Studium wieder.

Weitere Quellen:

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012): Ausländische Studierende in Deutschland 2012. http://www.studentenwerke.de/pdf/soz20_auslaenderbericht.pdf

Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2013. Fachserie 1, Reihe 2.

3.28 Städtische Regionen haben höheren Anteil an Abiturienten

Anteil der Abgänger mit Hochschulreife an allen Schulabgängern nach Kreisen, 2011

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen: BiB

Eine gute Schulbildung spielt in der heutigen Berufswelt eine wichtige Rolle. Sie ermöglicht den Zugang zu höheren Bildungsinstitutionen und zur Arbeitswelt ebenso wie die Bewältigung alltäglicher Aufgaben. Im Jahr 2011 haben rund 506 000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben - 10% mehr als noch im Jahr zuvor. Insgesamt liegt somit der Anteil der Abgänger mit Hochschulreife an allen Schulabgängern bei 37%, gut jeder dritte Schulabgänger macht also das Abitur. Die allgemeine Hochschulreife kann an einem Gymnasium oder an einem Gymnasialzweig einer integrierten Gesamtschule erworben werden.

In Bayern und Niedersachsen wurde die Gymnasialzeit im Zuge der Schulreform (G8), auf acht Jahre verkürzt. Zweck der Reform ist unter anderem ein früherer Einstieg ins Berufsleben, um die Lebensarbeitszeit zu erhöhen und der demografischen Alterung entgegenzuwirken. Folglich erwarben in diesen Bundesländern im Jahr 2011 zwei Schuljahrgänge gleichzeitig die

Hochschulreife, sodass die Anzahl der Schulabgänger mit Studienberechtigung in Bayern um 55,2% und in Niedersachsen um 42,6% im Vergleich zum Vorjahr anstieg. Hingegen wurden in Hamburg bereits im Jahr 2010 gleichzeitig zwei Schuljahrgänge aus den Schulen entlassen, sodass es weniger Studienberechtigte gab als im Vorjahr (-33,5%). In den restlichen Bundesländern, die keine doppelten Entlassungsjahrgänge hatten, verlief die Entwicklung unterschiedlich.

Auffallend ist der deutliche regionale Unterschied im Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife. Insgesamt ist der Anteil in den Großstädten und Ballungsgebieten höher als in den ländlichen Regionen. Neben der höheren Bevölkerungsdichte dürften die Gymnasien dort aufgrund der besseren Infrastruktur leichter zu erreichen sein. Besonders hoch ist der Anteil in den Städten Berlin, Hannover, Hamburg, München und dem Ruhrgebiet - dort haben mindestens 40% der Schulabgänger die Studienberechtigung.

Im bundesdeutschen Vergleich erlangen in Schleswig-Holstein die wenigsten Schüler die Hochschulberechtigung, der Anteil an allen Schülern liegt unter 25%. Nicht nur die norddeutschen Bundesländer weisen geringere Anteile an Studienberechtigten auf. In weiten Teilen Baden-Württembergs liegt der Anteil unter 30%. Obwohl augenscheinlich weniger Schüler die Zulassung für die Hochschule bekommen, erreichen sie neben den bayerischen Schülern bessere Ergebnisse im Schulleistungsvergleich im Rahmen der PISA-Studie. Obwohl also die PISA-Ergebnisse ein starkes Süd-Nord-Gefälle haben, spiegelt sich dies nicht in den Anteilen der Schulabgänger mit Hochschulreife wider.

Weitere Quellen:

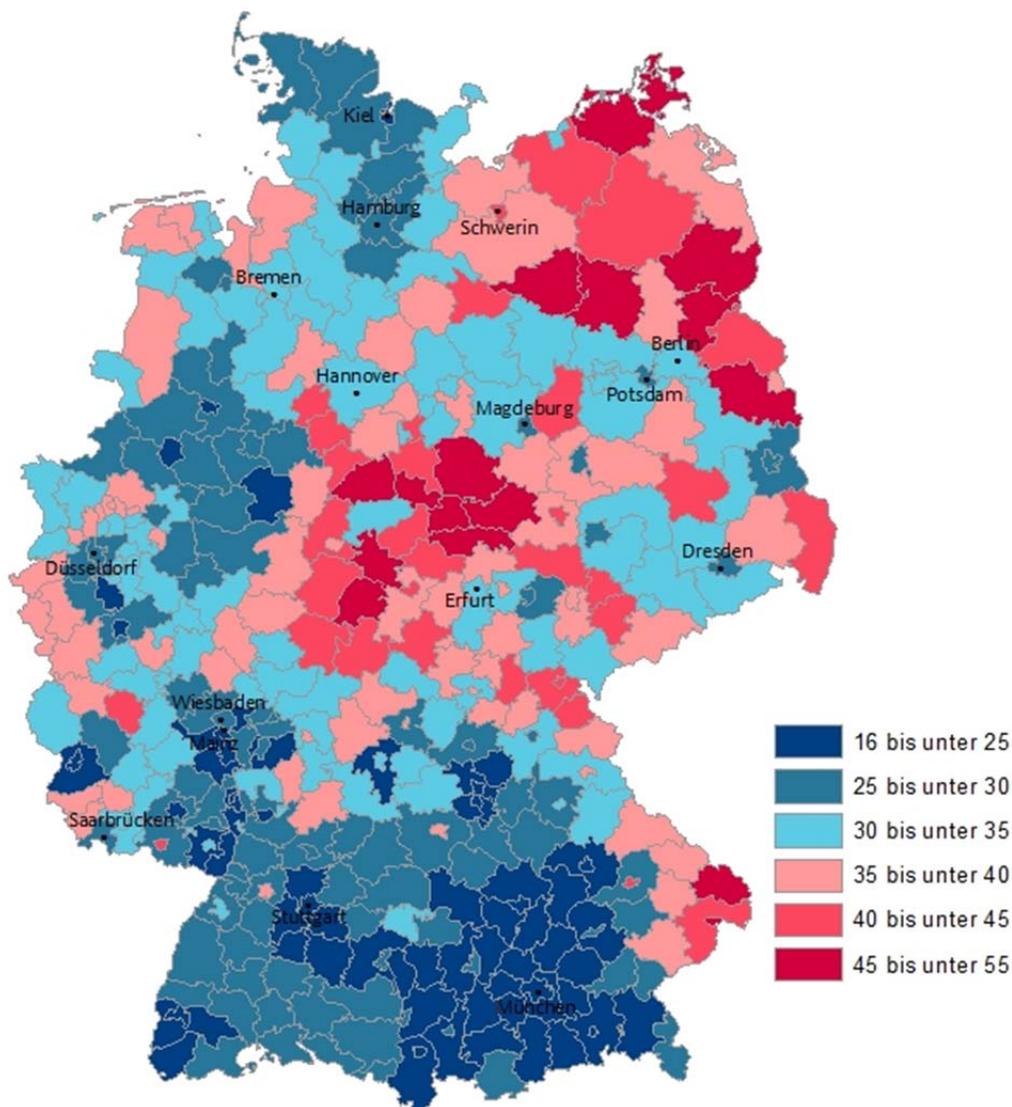
Statistisches Bundesamt (2012): Schulen auf einen Blick.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018129004.pdf;jsessionid=CC23E0032209289CD967100611AEA353.cae2?_blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2012): 10,3% mehr Studienberechtigte im Jahr 2011.

(Pressemitteilung vom 01.03.2012 – 73/12).

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12_073_211pdf.pdf?_blob=publicationFile

3.29 Pflegequote steigt deutschlandweit, aber es gibt regionale Unterschiede

Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung nach Kreisen, 2011

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen: BiB

Eine Folge des demografischen Wandels und der damit verbundenen steigenden Lebenserwartung ist die Zunahme von Pflegebedürftigen.² Zwischen 1999 und 2011 ist die Anzahl von Pflegebedürftigen gemäß des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) um 24% auf über 2,5 Millionen gestiegen. Am geringsten stieg die Anzahl bei den Pflegegeldempfängern an (15%), während die Anzahl vollstationär versorgter Pflegeheimbewohner um 32% zunahm und die der durch ambulante Pflegedienste versorgten Pflegebedürftigen sogar um 39% anstieg.

Die Pflegequote gibt den Anteil der Pflegebedürftigen in der jeweiligen Bevölkerungsgruppe an und variiert sehr stark über die Altersgruppen. Während die Pflegequote bei den 65- bis 70-

² Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen.

Jährigen 2,8% beträgt, steigt der Anteil der Pflegebedürftigen mit zunehmendem Alter auf bis zu 57,8% in der Altersgruppe der über 90-Jährigen.

Die durchschnittliche Pflegequote im Bundesgebiet beträgt 3,1%, allerdings ist sie regional unterschiedlich verteilt. Den geringsten Anteil an Pflegebedürftigen haben Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Regionen mit einem sehr hohen Anteil sind hingegen Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Diese Ungleichheit spiegelt weitgehend die unterschiedliche Altersstruktur in den Regionen wider. So ist der Anteil von Personen, die mindestens 75 Jahre alt sind, in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Anteilig an der Zahl der Personen über 75 Jahre sind die Pflegebedürftigen gleichmäßiger verteilt. Allerdings ist auch hier der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern mit 41% am höchsten und in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit 28% am niedrigsten.

Von den 2,5 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden etwa 1,76 Millionen bzw. 70% in Privathaushalten versorgt. Davon werden etwa 1,18 Millionen ausschließlich durch Angehörige gepflegt, die Pflegegeld erhalten. Die verbliebenen ca. 580 000 Pflegebedürftigen, die zu Hause versorgt werden, erhalten Unterstützung durch ambulante Pflegedienste. Etwa 740 000 Pflegebedürftige werden vollstationär in Pflegeheimen betreut.

Der Anteil von Frauen unter allen Pflegebedürftigen beträgt 62%. Bei den Heimbewohnern macht ihr Anteil sogar 74% aus, während er bei den zu Hause gepflegten 59% beträgt. Diese Verteilung lässt sich dadurch erklären, dass Frauen ihre Männer häufiger pflegen als umgekehrt. In den Altersgruppen werden die Unterschiede noch deutlicher. Während bei den 65-70-Jährigen Pflegebedürftigen 49% Frauen sind, steigt deren Anteil auf bis zu 83% bei den über 90-Jährigen an.

Weitere Quellen:

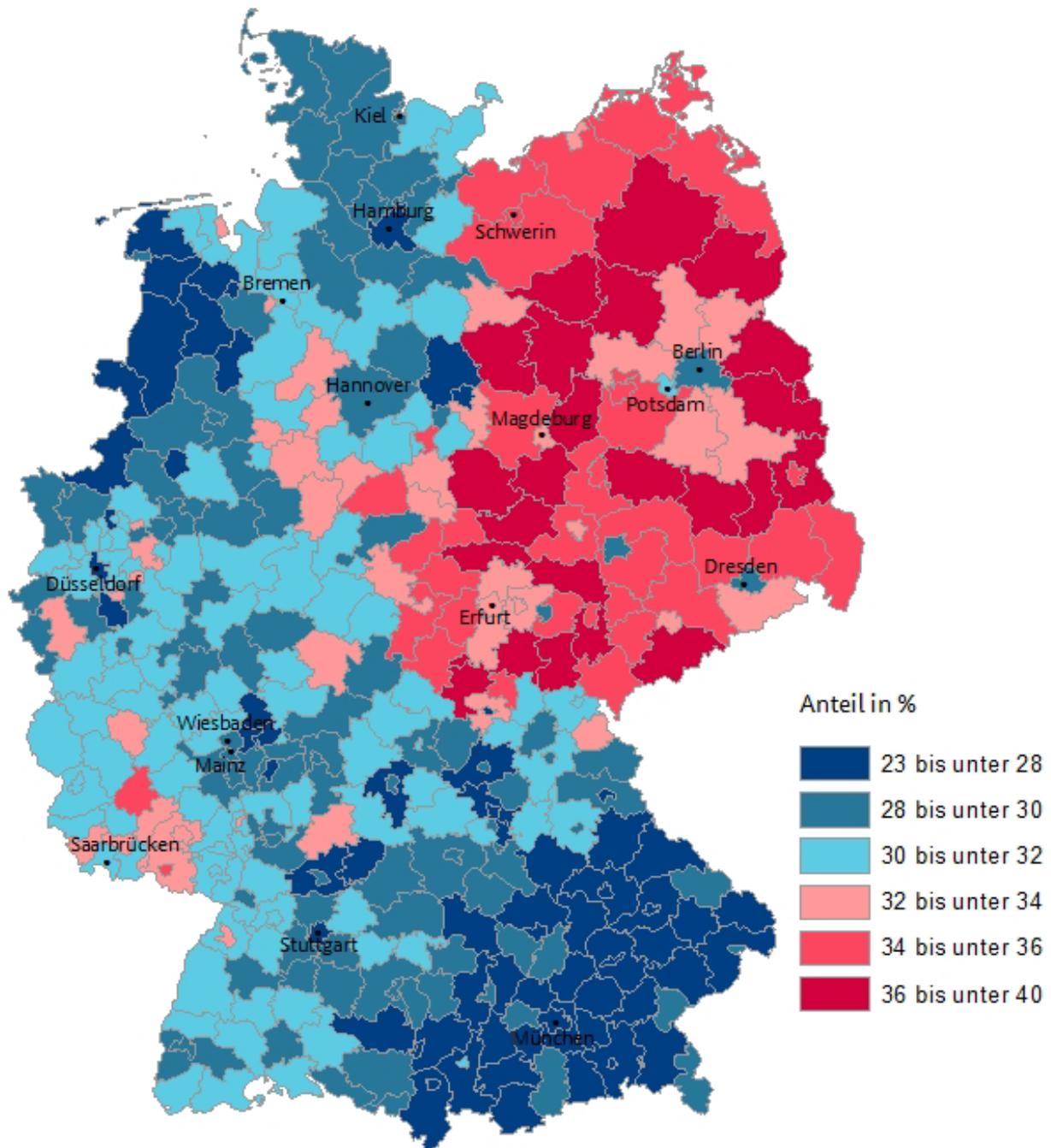
Statistisches Bundesamt (2013), Pflegestatistik - Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse – 2011.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001119004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2013), Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – - Ländervergleich - Pflegebedürftige - 2011.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/LaenderPflegebeduerftige5224002119004.pdf?__blob=publicationFile

3.30 Deutschland Erwerbsbevölkerung altert

**Anteil der über 50-Jährigen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 31.03.2013
(Arbeitsortprinzip)**

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen: BiB

Deutschland sieht sich in den kommenden Jahren mit einer Alterung der Bevölkerung im Allgemeinen und mit einer älter werdenden Erwerbsbevölkerung im Speziellen konfrontiert. Dies kann eine Anpassung der Arbeitsbedingungen erfordern. So ist das Interesse an älteren Personen auf dem Arbeitsmarkt gestiegen. Neben der Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre ist auch das Interesse am beruflichen Erfahrungsschatz, den die Altersgruppe der über 50-Jährigen mit sich bringt, ursächlich für diese Entwicklung. Betrachtet man die Beschäftigungsquote der 55 bis unter 60-Jährigen so sieht man in den vergangenen Jahren

einen deutlichen Anstieg. Von 2002 bis 2012 ist diese um 9,8 Prozentpunkte auf 52,3 Prozent angestiegen, die Quote der 60 bis unter 65- Jährigen ist im gleichen Zeitraum sogar um 16,7 Prozentpunkte gestiegen. Dabei ist die Quote unterschiedlich verteilt, besonders hoch ist der Anteil der über 50-jährigen an den Beschäftigten in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Auffallend ist, dass die Beschäftigungsquote in den städtischen Kreisen geringer als in den umliegenden ländlichen Kreisen ist. Eine mögliche Erklärung ist, dass der Anteil Älterer in den Städten geringer ist als auf dem Land.

Insgesamt ist bei der Betrachtung der Erwerbstätigkeit Älterer zu berücksichtigen, dass der Anteil der älteren Frauen in der Erwerbsbevölkerung stärker gestiegen ist als der der Männer. Dabei ist die Beschäftigungsquote von Frauen in den neuen Bundesländern generell deutlich höher als in den alten Bundesländern. Zwar ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Altersklasse der über 50- Jährigen gestiegen, die Wochenarbeitszeit in dieser Altersgruppe ist jedoch geringer als die tariflich festgelegte Arbeitszeit und die jüngerer Arbeitnehmer. Dies könnte durch Altersteilzeit zu erklären sein.

Grafisch dargestellt wird hier auf Kreisebene für das Jahr 2013 der Anteil der über 50-Jährigen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ist deutlich zu sehen: Während der Osten durch einem hohen Anteil älterer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter charakterisiert ist, haben die Kreise im Westen einen geringeren Anteil. Neben dem augenscheinlichen Ost-West-Unterschied sind auch der Süden Deutschlands und der westlichste Teil Niedersachsens auffällig. Hier ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Altersgruppe der über 50- Jährigen am niedrigsten. Ursächlich hierfür können einerseits erleichterte Lebensbedingungen für junge Familien sein, wie beispielsweise in Niedersachsen in der Region des Emslandes bis hin nach Nordrhein-Westfalen im Gebiet des Münsterlandes als auch in den ländlichen Regionen Bayerns. Andererseits siedeln sich ältere Menschen weniger stark in Regionen an, die durch wirtschaftliche Stärke geprägt und Anziehungsregionen für jüngere Menschen sind. Durch den Zuzug der Jüngeren bleibt der Anteil der Älteren gering und damit auch der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Altersklasse der über 50-Jährigen. Dies gilt insbesondere für Großstädte wie München und Frankfurt am Main.

Weitere Quellen:

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Ältere am Arbeitsmarkt, Nürnberg 2013.

Demografieportal (2014), Anteil der 65-Jährigen nimmt zu. [http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Regional/Bevoelkerung ueber65 Kreise.html](http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Regional/Bevoelkerung_ueber65_Kreise.html)

4. Literaturverzeichnis

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), Bildung in Deutschland 2012: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf.

Buchholz, S., Rinklake, A. und Blossfeld, H.-P. (2013), Umkehr von Frühverrentung in Deutschland Eine Längsschnittanalyse der Auswirkungen der jüngsten Rentenreformen auf den Zeitpunkt des Erwerbsausstiegs und die Rentenhöhe. Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft.

Bundesärztekammer (2013), Ärztestatistik.

<http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.3.11372>

Bundesärztekammer (2006), Ärztemangel in Ostdeutschland.

<http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.2.20.1828.2054.2090.2094>

Bundesagentur für Arbeit (2013), Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Ältere am Arbeitsmarkt, Nürnberg 2013.

Bundesagentur für Arbeit (2014), Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Februar 2014.

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Zeitreihen/zu-den-Produkten-Nav.html>

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2012), Erreichbarkeit von Oberzentren.

http://www.geoportal.de/SharedDocs/Karten/DE/Themenkarte_ZentraleOrte.html

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012), Ältere Migrantinnen und Migranten: Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014), Migrationsbericht 2014.

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ Ausgabe 1: Entwicklung des Arbeitsmarkts für Ältere

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ Ausgabe 2: Altersgerechte Arbeitsgestaltung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ Ausgabe 3: Länger gesund arbeiten

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013), Bericht der Bundesregierung.

http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/rentenversicherungsbericht2013.pdf?__blob=publicationFile

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013), Das Demografie Netzwerk, Wanderungssaldo.

<http://demographie-wiki.de/index.php?title=Wanderungssaldo>

Bundesministerium für Bildung, Jugend und Sport (2013), Empfehlungen für künftige Modelle der Grundschulversorgung im ländlichen Raum im Land Brandenburg.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012), Ausländische Studierende in Deutschland 2012.

http://www.studentenwerke.de/pdf/soz20_auslaenderbericht.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013), Ausländische Studierende in Deutschland nach Hochschularten und Herkunftsstaaten (Tab.2.5.33).

<http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/K25.gus?rid=T2.5.33#T2.5.33>

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013). Bürgerdialog Demografischer Wandel – Wie bleibt unser Land ideenreich und innovativ?

Bundesministerium für Bildung und Soziales (2013), Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikation 02/2013.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010), Ehe, Familie, Werte – Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Monitor Familienforschung (24).

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Familienforschung-Nr.24,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012), Altern im Wandel: Zentrale Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys (DEAS).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012), Familienatlas 2012 – Regionale Chancen im demografischen Wandel sichern.

Bundesministerium des Innern (2011), Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung – Migrationsbericht 2011.

Berliner Zeitung (2003), In den Ruhestand mit 40.

<http://www.berliner-zeitung.de/archiv/pensionen---telekom--und-post-beamte-kommen-den-staat-teuer-zu-steinen---auch-weil-sie-frueh-in-rente-gehen--in-den-ruhestand-mit40,10810590,10062786.html>

Bundeszentrale für politische Bildung (2008), Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61884/versorgungsempfaenger-des-oeffentlichen-dienstes>

Bundeszentrale für politische Bildung (2012), Beamtenversorgung.

<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/141581/beamtenversorgung>

Bundeszentrale für politische Bildung (2013), Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61714/oeffentlicher-dienst>

Bredtmann, J.; Kluge, J.; S. Schaffner (2009), Women's Fertility and Employment Decisions under Two Political Systems: Comparing East and West Germany Before Reunification, *Ruhr Economic Papers* No. 149.

Bücker, Herbert (2013), Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. Bertelsmann Stiftung.

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-B2FF5D90-7A2911B6/bst/xcms_bst_dms_37927_2.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011), Familienpolitik und Geburtenrate – Ein internationaler Vergleich.

Demografieportal (2014), Anteil der 65-Jährigen nimmt zu.

http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Regional/Bevoelkerung_ueber65_Kreise.html

Deutsche Rentenversicherung Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV Schriften 22.

http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/238700/publicationFile/62887/03_rv_in_zeitreihen.pdf

Deutsches Studentenwerk (2012), „Blaue Karte EU“: Erleichterungen für ausländische Studierende und Absolventen ab heute in Kraft.

<http://www.studentenwerke.de/presse/2012/010812a.pdf>

European Health and Life Expectancy Information System, EHLEIS Country Reports, Issue 6 – April 2013.
http://www.eurohex.eu/pdf/Reports_2013/2013_TR4%201_Country%20reports%206.pdf

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013), Ausländer zieht es an deutsche Hochschule.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/neue-studiengebuehrendebatte-auslaender-zieht-es-an-deutsche-hochschulen-12542921.html#Drucken>

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013), Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2013. Wiesbaden.

Hessisches Sozialministerium (2013), Sechster Hessischer Familienbericht – Hessen hat Familiensinn.

Hessische Staatskanzlei (2013), 3. Demografie-Bericht. Bericht aus der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Demografie“.

ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2010), Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen. 2. Auflage. ILS-Forschung 1/10. Dortmund: ILS.

Investitionsbank des Landes Brandenburg (2012), Final Report: DART - Declining, Ageing and Regional Transformation.

Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland [Childcare and fertility in Germany](2003), MPIDR Working Paper WP-2003-002.

Kreyenfeld, M., Krapf, S. (2010), Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung: eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kindertageseinrichtungen. In: Bildung als Privileg: Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, R. Becker und W. Lauterbach (Hrsg.). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 107-128.

Küpper Patrick, Annet Steinführer, Stefen Ortwein, Moritz Kirchesch (2013), Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen. Braunschweig und Bonn, September 2013.

Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH und Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (2010), Abschlussbericht Forschungsvorhaben: Maßnahmen von Bund und neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels. Im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer. Schwerin.

OECD Factbook 2013: Economic, Environmental and Social Statistics.
<http://www.oecd-ilibrary.org/sites/factbook-2013-en/12/01/01/index.html?itemId=/content/chapter/factbook-2013-95-en>

OECD Health Statistics [Zugriff auf Datenbank: 04.03.2014].

Raffelhüschen Bernd, Tobias Hackmann, Christoph Metzger (2011), Alter | Rente | Grundsicherung (ARG), Eine Studie für Sachsen im Auftrag des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz. Die Broschüre kann heruntergeladen werden unter www.publikationen.sachsen.de.

RWI (2009), Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Studie zu den Auswirkungen des BEEG auf die Erwerbstätigkeit und die Vereinbarkeitsplanung: Endbericht. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

RWI (2012), Berechnungen und wissenschaftliche Auswertungen im Rahmen des DCV-Projektes „Bericht über Bildungschancen vor Ort“. *RWI Projektberichte*.

Schneider, Norbert F.; Jürgen Dorbritz (2011), Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte, 10-11/2011, Demografischer Wandel.

http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Studien/Schneider_Niedrige_Geburtenrate.html)

Staatskanzlei Brandenburg, IMAG „Demografischer Wandel“ (2011), Anlage zur Kabinetttvorlage 357/11.

Stadt Oldenburg (2013), Demografiebericht 2013 - Bericht aus der Stabstelle Demografie.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009), Demografischer Wandel in Deutschland - Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern, Heft 3. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/KindertagesbetreuungSchuelerzahlen5871103099004.pdf?__blob=publicationFile

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg., 2009) - Demografischer Wandel in Deutschland – Heft 4 - Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbspersonen

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013), Allgemeinbildende Schulen: Absolventen/Abgänger nach dem Schulabschluss. Regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte.

Statistisches Bundesamt (2009), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 2 Reihe 2.2.

Statistisches Bundesamt (2011), Fachserie 11 Reihe 1 - 2011/2012, Tabelle 5.1.1-2011.

Statistisches Bundesamt (2011), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 2 Reihe 2.2.

Statistisches Bundesamt (2011), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/vorlaeufigeWanderungen.html>

Statistisches Bundesamt (2012), 10,3% mehr Studienberechtigte im Jahr 2011. (Pressemitteilung vom 01.03.2012 – 73/12).

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12_073_211pdf.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 10.03.2014]

Statistisches Bundesamt (2012), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 2 Reihe 2.2.

Statistisches Bundesamt (2012), Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen nimmt zu.

http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Deutschland/Erwerbstaetigenquote_Alter_Geschlecht.html

Statistisches Bundesamt (2012), Schulen auf einen Blick.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018129004.pdf;jsessionid=CC23E0032209289CD967100611AEA353.cae2?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2012), Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Bevoelkerung/VereinbarkeitFamilieBeruf_112.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2012), Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes. Fachserie 14 Reihe 6.1 <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/Versorgungsempfaenger.html>

Statistisches Bundesamt (2013), Ausländische Bevölkerung.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevoelkerung/Tabellen/StaatsangehoerigkeitJahre.html>

Statistisches Bundesamt (2013), Bildung und Kultur: Allgemeinbildende Schulen, Schuljahr 2012/2013. Fachserie 11 Reihe 1.

Statistisches Bundesamt (2013), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2011. Fachserie 1 Reihe 1.2.

Statistisches Bundesamt (2013), Pflegestatistik - Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse – 2011.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebniss_e5224001119004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2013), Schulen auf einen Blick.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018129004.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am: 18.02.2014].

Statistisches Bundesamt (2013), Weiter hohe Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2012.

<http://www.codeproduit.fr/news/802/Weiter-hohe-Zuwanderung-nach-Deutschland-im-Jahr-2012.html>

Statistisches Bundesamt (2013), Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter 2012 um 6,6 % gestiegen.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/10/PD13_356_221pdf.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2014), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2013. Fachserie 1, Reihe 2.

Statistisches Bundesamt (2014), Fachserie 14 Reihe 6.1, Entwicklung der Versorgungsempfänger insbesondere Dienstunfähigkeiten.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/AlteAusgaben/VersorgungsempfaengerAlt.html>

Statistisches Bundesamt (2014), Versorgungsempfänger des Öffentlichen Dienstes.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/Pensionaere/Tabellen/Versorgungsempfaenger.html>

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2009), Der demografische Wandel in Baden-Württemberg Herausforderungen und Chancen. Reihe Statistische Analysen, 1/2009.

Stern (2003), Frühpensionierung - Auffälliger „Grübelzwang“. 26. Februar 2003.

<http://www.stern.de/wirtschaft/arbeit-karriere/arbeit/fruehpensionierung-auffaelliger-gruebelzwang-504435.html>

Trappe, Heike (2013): Väter mit Elterngeldbezug: Nichts als ökonomisches Kalkül?. Zeitschrift für Soziologie (42:1), 28-51.

Walter Norbert, Heinz Fischer, Peter Hausmann, Hans-Peter Klös, Thomas Lobinger, Bernd Raffelhüschen, Jutta Rump, Susan Seeber, Michael Vassiliadis (2013). Die Zukunft der Arbeitswelt - Auf dem Weg ins Jahr 2030

Wanger, Susanne (2011), Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. IAB-Kurzbericht 9/2011.

http://www.demografieportal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Studien/Wanger_Teilzeit_Arbeitszeit.html